

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestimmungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gemeinschaftliche Besprechungen und Bekanntmachungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982

Freitag, den 17. November 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Belagerungszustand in Polen.

Die Revolution schreitet mit eherner Logik ihren Weg: jeder neue Gewaltstreik des verendenden Absolutismus wird zum Ausgangspunkt eines neuen gewaltigen Ausbruchs des Kampfes.

Der über Polen verhängte Belagerungszustand ist zur Lösung einer Wiederaufnahme des Generalstreiks in Petersburg, dann in Moskau, in ganz Russland geworden. Nächstens liegt wieder der Koloss, das Zarenreich, gefesselt, ohnmächtig danieder, „der starke Arm“ des revolutionären, Klassenbewußten Proletariats erhebt sich zur geballten Faust, der Belagerungszustand in Polen verwandelt sich in einen Belagerungszustand, den die Arbeiterklasse über den Zarismus verhängt.

Diese prächtige Aktion des Petersburger Proletariats ist besonders bemerkenswert als der erste Solidaritätskampf, zu dem von Petersburg aus das Signal gegeben wird. In der bisherigen Periode der Revolution war es gewöhnlich umgekehrt: die polnische Arbeiterklasse erwiderte jeden Anlauf, den ihre russischen Brüder im Kampfe nahmen, sowie jeden Streik, den die herrschende Gaunerbande gegen sie richtete, mit stammenden Solidaritätskundgebungen. Der 22. Januar wurde zum Signal einer Reihe von Generalstreiks in ganz russisch-Polen. Der Moskauer Eisenbahnerstreik fand in Polen sofort das lebendigste Echo. Hingegen blieben die grandiosen Märsche in Warschau, in Lodz, die blutigen Kämpfe der polnischen Arbeiterklasse bis jetzt ohne tätige Unterstützung, ohne Echo im eigentlichen Russland. Das lag freilich nicht an dem Mangel an brüderlichen Gefühlen, an tiefer Sympathie, an politischer Einsicht bei dem russischen Proletariat. Es lag vielmehr daran, daß die Proletariatsmassen in Petersburg und Moskau bis vor kurzem noch nicht mobil, noch nicht diszipliniert genug waren, um auf eine gegebene Parole sich sofort in Kampf-ordnung zu formieren. Die Bewegungen der Masse waren mehr spontaner, elementarer Natur, die eigentliche planvolle und zielbewußte Leitung der Sozialdemokratie war in Russland noch nicht vorhanden, die Bedingungen einer aus freiem Entschluß hervorgegangenen Massenaktion noch nicht geschaffen. Und nun welche Wandlung! In wenigen Stunden nach der Erklärung des Belagerungszustandes in Polen sah die führende Organisation der Petersburger Arbeiterklasse den Entschluß, eine Solidaritätsaktion für das polnische Proletariat hervorzurufen, in wenigen Stunden ist die Masse mobil, die Eisenbahnen stehen, die Fabriken ruhen, der Generalstreik ist glänzend durchgeführt. In dieser Aktion des gegenwärtigen Moments liegt ein so gewaltiger Fortschritt der politischen Schulung, der Kampfbereitschaft der Massen und des leitenden Einflusses der Sozialdemokratie seit den Januartagen, wie ihn eben nur der Sturmsturm der Revolution möglich macht. Unsere ängstlichen Gegner der Idee des politischen Kampfes, die sich mit solcher Behaglichkeit über die vor allem notwendige Disziplin und Schulung der Massen auszulassen pflegen, können jetzt angesichts des mitten im Feuer des Kampfes grandios fortgeschreitenden Werks der politischen Schulung des Proletariats zeigen, ob sie die unentbehrlichste Fähigkeit des politischen Kämpfers besitzen: zu lernen.

Eine hohe politische Reife verrät aber insbesondere der Beschluß der Petersburger Arbeiterklasse, der ausdrücklich zu einer Solidaritätskundgebung für das revolutionäre polnische Proletariat, und nicht etwa nach altem Sprachgebrauch für das „Polen“ aufruft. Es ist nämlich nichts, als die verlogene und plumpe Spekulation der zarischen Vasallen, die sie übrigens mit unserem „liberalen“ Vorkriegs-troß gemein haben, daß sie den Popanz eines nationalen Gegenjades und einer „nationalen Erziehung“ dazu zu fruchtbar suchen, die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats zu ersticken. Die zarische Regierung braucht den Belagerungszustand und die phantastische an die Wand gemalte „polnische Befreiung“ zu zweierlei Zwecken. Erstens um die russischen Liberalen, die ja im Grunde ihres Herzens gute „Patrioten“ sind und für die „Integrität“ des Zarenreiches schwärmen, in heilsamen Schreck ob der angeblichen staatsgefährlichen Tendenzen „der Polen“ zu jagen und so ihre Sympathien für die revolutionäre Bewegung überhaupt abzuführen. Zweitens sollte unter dem Vorwand der „nationalen Erziehung“ der rein politische Klassenkampf des polnischen Proletariats gewaltsam zur Ruhe gebracht werden.

In Wirklichkeit gibt es heutzutage in russisch-Polen auch nicht eine Spur einer nationalen Bewegung im Sinne der Bestrebungen zur Wiederherstellung des polnischen unabhängigen Staates. Die braven Schlachzigen und die kapitalistischen Geldsäcke russisch-Polens sind in ihrer „Loyalität“ gegenüber der Autokratie sogar den russischen Reaktionen weit voraus. Waren doch die bürgerlichen Klassen Polens die einzigen, die nach den Weisungen des 22. Januar in Petersburg und nach dem tschakischen Massenmord in Warschau am 1. Mai Deputationen an die Regierung schickten... mit Danksgewissen für den heuchlerischen „Toleranzakt“ in Religions-sachen, den sogar russische gemäßigte Liberale mit kalter Verachtung aufnahmen! War es doch ein polnisches Agrarierblatt, der „Dziennik Posenanski“, das in den Januar-tagen dem Zaren Nikolaus den nicht etwa ironisch gemeinten Rat gab, seinen bedenklich wackelnden Kopf und die Krone „schleunigt nach“ — Warschau zu retten, als dem einzigen Zu-

fluchsort, wo ihm die „Ordnungsparteien“ volle Sicherheit garantierten. Die bürgerlichen Klassen Polens stehen eben mit beiden Füßen auf dem feiten Boden der kapitalistischen Wirklichkeit, die das alte national-rebellische Polen längst in eine fromme Fabrik des alleinseligmachenden kapitalistischen Profits verwandelt hat. Und die Wirkung dieses kapitalistischen Verwandlungsprozesses ist eine so tiefgehende, daß Polen in der ganzen revolutionären Periode des Zarenreiches als die einzige Provinz da-steht, in der die bürgerlichen Klassen auch nicht die schwächste Freiheitsregung fundgetan haben. Keine Spur von bürgerlichem oder agrarischem Liberalismus, wie er in Russland selbst in so jämmerlicher Gestalt auftritt, keine Spur von bürgerlicher Demokratie in den Kreisen der städtischen Intelligenz. Das Proletariat ganz allein und gegen alle bürgerlichen Klassen und Schichten hat Polen zu einem der gewaltigsten Herde der russischen Revolution gemacht, das Proletariat allein — und unter der Fahne des klaren scharfen Klassenkampfes, im Geiste der Massen-solidarität und Zusammengehörigkeit mit der russischen Arbeiterklasse. Diejenige Partei in Polen, die noch vor wenigen Jahren die national-polnische Lösung der Wiedererrichtung Polens vertrat und die bis vor kurzem ihr kümmerliches Dasein hauptsächlich in Galizien fristete: die sogenannte „Nationale Demokratie“, ein kleinbürgerlich-antisemitisches Sammelmurium, hat im Jahre 1904, gleich bei Beginn der Revolution im Zarenreich offiziell ihr Programm als ein utopisches aufgegeben. Heute spielt sie in Polen die Rolle eines freiwilligen Kommiss des Absolutismus, indem sie ihren ganzen Eifer auf die Gründung „nationaler“ gelber Gewerkschaften und auf die Bekämpfung der polnischen Sozialdemokratie richtet. Diese „nationale“ Partei war es auch, die vor wenigen Wochen, vor blinder But über die von der Sozialdemokratie inszenierten Generalstreiks, das heißt über den „Kain der vaterländischen Industrie“, in ihrem Organ „Słowo Wolkie“ in Galizien die Worte schrieb: „Es ist endlich an der Zeit, offen herauszusagen, daß uns der russische Absolutismus viel weniger verhaßt ist, als die polnische Sozialdemokratie“. Die andere Partei, die die national-polnische Lösung vertrat, die „Polnisch-sozialistische Partei“, hat erst vor drei Monaten offiziell erklärt, daß auch sie nunmehr einsieht, ein nationalpolnischer Aufstand sei heutzutage in Polen vollkommen utopisch. So sind denn in den kräftigen Wellen der allgemeinen proletarischen Revolution des Zarenreiches, die alle Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität zu einem Meer verbunden und vor ein gemeinsames Ziel: die Erringung der politischen Freiheit im ganzen Zarenreich gestellt hat, die letzten schwachen Reste der alten national-polnischen Bewegung verschwunden. Die „nationale“ Phrase dient heutzutage in Polen nur noch als Dedmantel für die blutigste Reaktion der polnischen Bourgeoisie sowie des Kleinbürgertums und als bequemer Vorwand für Gewaltstreiche des Knutenregiments. Genau so wie die große „nationale“ Demonstration, die kürzlich von den „Edelsten und Besten“ in Warschau arrangiert worden ist, die Lösung hatte: es lebe die Einigkeit des Volkes gegen die „Klassenver-kehrende“ Sozialdemokratie, ebenso gehen der heisse Wunsch und die neulichen lakonischen „Deputationen“ der polnischen Bourgeoisie nach Petersburg dahin, durch eine möglichst rasche Lokalisierung des polnischen Proletariats vermittelst noch so schwächlicher autonomer Freiheiten die erhoffte „Ruhe“ und „Ordnung“ wiederherzustellen und die revolutionäre Sozialdemokratie sodann zu erdrosseln.

Aber die Spekulationen der polnischen Reaktionäre wie der zarischen Autokratie schlagen nun einmal fehl. Die Warschauer „Einigkeitssdemonstration“ der Bourgeoisie hat in Polen den Partei- und Klassenkampf nur noch zu höherer Flamme entfacht. Und der Belagerungszustand, der das polnische Proletariat von der russischen Revolution isolieren sollte, ruft gerade die erste planvolle kräftige Solidaritäts-aktion des revolutionären russischen Proletariats zu Hilfe seinem polnischen Klassengenossen!

Kein Tag ohne neue moralische Siege, keine Stunde ohne neue Fortschritte der Revolution! Es ist eine Lust zu leben!

Die Revolution in Russland.

Die ungeschriebene Verfassung.

Die Lage spitzt sich in diesem Augenblick in Russland und namentlich in Petersburg so scharf zu, daß die Verhängung des Belagerungszustandes auch in der Hauptstadt an der Nawa demnächst zu erwarten ist. Die Banditen des Zarismus wollen offenbar den verzweifelten Versuch machen, der vorwärts-schreitenden Revolutionsbewegung gewaltsam Einhalt zu tun. Aber das ist eben das Charakteristische der Revolution: in-zwischen hat sich, mitten im Sturm und Drang, ohne die Entschlüsse der Regierung und den „geschlichen“ Federzug der Stange abzuwarten, bereits die politische Freiheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens so kräftig durchgesetzt, daß es ein Zurück gar nicht mehr geben kann. Neben den unauhörlichen Massenversammlungen, die in allen Städten des Reiches zur täglichen Erscheinung, zum Lebensbedürfnis für die breitesten Volksschichten geworden sind, bietet namentlich die russische Presse gegenwärtig ein ganz eigenartiges Stück dieser „un-geschriebenen“ politischen Verfassungsfreiheit.

Ein eigentliches Preßgesetz ist ja noch gar nicht erschienen, formell existiert die Zensur in ihrer ganzen Rigorosität. Nächstens soll erst ein Gesetz veröffentlicht werden, wonach bei Zeitungs-gründungen eine wesentliche Erleichterung eintritt: für die russischen Blätter muß nur eine Anzeige vierzehn Tage, für nicht-russische drei Monate vor dem Erscheinen der ersten Nummer gemacht werden. Tatsächlich jedoch herrscht heute schon in der Presse Petersburgs, Moskaus, Warschaws eine Freiheit, wie sie in dem „Rechtsstaat“ Preußen-Deutschland erst zu wünschen wäre. An die Zensur kehrt sich kein Blatt mehr, sie wird einfach ignoriert. Auf die strenge Ermahnung des Zensuramts erwidern die Redaktionen: Die Zensur widerspreche dem zarischen Verfassungsmanifest und sei also widerrechtlich. Blätter, die von den Behörden verboten werden, erscheinen ruhig weiter. Dabei herrscht in der oppositionellen Presse der schärfste Ton der politischsten Kritik; die politische Satiratur und der politische Witz schärfen völlig ungeniert ihre Pfeile. In dieser freien Luft differenziert sich die Presse nach Parteirichtungen mit jedem Tage deutlicher. Eine ganze Reihe radikaler Arbeiterblätter sind bereits in Petersburg erschienen, so: „Golos Naroda“ („Volkstimme“), „Rabotshaja Gazeta“ („Arbeiterzeitung“), „Russkaja Gazeta“ („Russische Zeitung“) u. a. Daß zwei ausgeprochen sozialdemokratische Parteiblätter in Petersburg gegründet worden sind, ist schon früher mitgeteilt worden. Für die politische und geistige Nachsicherung der Sozialdemokratie in der jetzigen Revolution ist die Aufnahme bezeichnend, die die sozialdemo-kratrischen Blätter im Publikum finden. Als das mit recht be-scheidenen finanziellen Mitteln gegründete „Neue Leben“ erschienen war, wurde die gesamte Auflage von 100 000 Exemplaren binnen wenigen Stunden in Petersburg allein vergriffen und für die Provinz mußte nachts eine neue Auflage gedruckt werden. In der Geschäftsstelle der neuen Zeitung drängte sich das Publikum dermaßen, indem es sich zum Abonnement meldete, daß vor dem Laden den ganzen Tag über, wie vor einer Theaterkasse, eine dicke Menge Queue stand. Der ersten Nummer, die unter anderem eine künstlerisch sehr feine satirische Skizze von Tschirnikow: „Der Adler und das Huhn“ (gemeint ist das Proletariat und die Liberalen) enthält, war das offizielle Parteiprogramm der russischen Sozialdemokratie beigegeben. Die Nummer wurde auch richtig „konfisziert“, was natürlich ihre Verbreitung nicht verhindert hat. Der zweiten demnächst erscheinenden Partei-zeitung wird sicher dieselbe Aufnahme bereitet; die Nachfrage nach dem lebendigen und gedruckten Wort der führenden revolutionären Partei des Proletariats ist jetzt in Russland so enorm, daß mehrere Parteiblätter nebeneinander wohl bestehen können, zumal an eine Polemik zwischen ihnen unter den gegebenen Umständen nicht zu denken ist. Für die Preßverhältnisse ist auch die Tatsache bezeichnend, daß ein ehemals fortschrittliches, in der letzten Zeit zum ultrareaktionären Heißblatt gewordenes Organ „Słowo“ (Das Wort) ein-gehen mußte. Der Grund des sehr unfreiwilligen Abschiedes war, daß die Seher Petersburgs sich geweigert haben, das schmutzige Blatt herzustellen. Ein Glück für die „Post“ und die anderen Blätter ihres Kalibers, daß sie nicht in Peters-burg erscheinen.

Neue Kämpfe in Petersburg.

Petersburg, 15. November. Die Behörden treffen Vorbereitungen für schwere Strafenkämpfe. Ganze Batterien Maschinengewehre werden in Position gebracht. Die Bürgerschaft schlächtet. Alle nach auswärts gehenden Schiffe füllen sich im Augenblick mit Flüchtlingen, meistens Frauen und Kindern. Sie gehen mit größter Fahrgehwindigkeit nach deutschen Häfen. Die Arbeiter haben zu Donnerstag nachmittag eine bewaffnete Kundgebung von einer halben Million Mann angedroht. 99 000 Mann haben am Mittwoch die Arbeit eingestellt. Starke Truppenabteilungen verhindern Versammlungen, doch wurden trotzdem zahlreiche Zusammenkünfte abgehalten, in denen einstimmig Beschlüsse zugunsten eines Kampfes mit den Waffen gefaßt wurden.

Petersburg, 16. November. An der Spitze der erneut ausgedrohten Arbeiterbewegung befinden sich eine Anzahl früherer Beamter des Ministeriums des Innern aus der Zeit Plehoves, welche seitdem Sozialisten geworden sind. Infolge ihrer umfassenden Kenntnisse der Verwaltungs-zweige sind sie für die Arbeiterschaft von großem Nutzen. Die Gesamtzahl der Ausständigen wird auf 700 000 geschätzt. Die Hälfte der Straßen von Petersburg waren bereits gestern abend in Dunkel gehüllt infolge des Ausstandes der Gas-arbeiter.

Eine Proklamation Wittes.

Petersburg, 16. November. (Meldung der Petersburger Tele-graphen-Agentur.) Graf Witte hat an die Arbeiter aller Werke und Fabriken Telegramme folgenden Inhalts gerichtet: Brüder, Arbeiter! Nehmt die Arbeit wieder auf und hört auf, Euch an Unruhen zu beteiligen! Habt Mitleid mit Euren Frauen und Kindern und hört nicht auf die Ratsschläge Uebelgesinnter! Der Kaiser hat uns befohlen, der Arbeiterfrage besonderes Interesse zuzuwenden, und hat für diesen Zweck ein besonderes Handels- und Industrieministerium geschaffen, welches gerechte Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern schaffen wird. Gedr uns Zeit! Ich werde alles für Euch tun, was möglich ist. Hört auf den Rat eines Mannes, welcher Euch lieb und Euch Gutes wünscht. Graf Witte.

Die Petersburger Arbeiter werden es vorziehen, selbst zu tun, was sie für nötig halten, statt sich auf den Schwäger Bitte zu verlassen!

Lychnitz und Banerrevolten.

Das „Bureau Laffan“ meldet aus Petersburg:

Ein Lychnitzer wurde Dienstag früh an einem Kanalarbeamten in Libau vollzogen, der beschuldigt war, zu einer Judenmeyerlei aufzufahren. Eine Anzahl Arbeiter umringte ihn auf der Straße, stellte ein förmliches Verhör mit ihm an und verurteilte ihn zum Tode. Er wurde auf der Stelle mit einem Revolver erschossen. Darauf zerstreuten sich die Arbeiter.

Zurückbare Ausschreitungen sind in Burgade und Danzigeri in Westarabien gegen die Juden verübt worden. Mädchen und Frauen wurden nachts durch die Straßen geschleift und in gemeinsamer Weise behandelt.

Der Oberabbinder von Rishinow wurde mit Petroleum übergossen und lebendig verbrannt.

In den Gouvernements Saratow, Jekaterinoslaw, Tambow und in anderen Bezirken erheben sich die Bauern zu Tausenden, plündern die Güter und ermorden die Gutsherren. Der Zar hat besonders Bevollmächtigte entsandt, um die Bauern zu beruhigen.

Unter dem Bahnhöfen der Warschau-Wiener Bahn sind Weingräben entdeckt worden.

Dem Marineminister Admiral Birlew ist geraten worden, so wenig Teilnehmer an den Meutereien in Kronstadt wie möglich hinrichten zu lassen. Die Matrosen erklären, sie würden für jeden hingerichteten Meuterer einen Offizier töten und dabei mit Admiral Birlew anfangen. Die Offiziere drohen mit Defektion, falls Massen-Todesurteile gegen die Meuterer gefällt werden sollten.

Zarische Vertrauensstunde für die Schergen von Odessa.

London, 15. November. („Bureau Laffan.“) General Kaulbars, der Militärgouverneur von Odessa, ermächtigte den dortigen „Standard“-Korrespondenten durch seiner Adjutanten Obersten von Reber, mitzuteilen, daß die Meldungen von dem bevorstehenden Rücktritt des Generals nicht nur grundlos sind, sondern daß sogar der Zar an General Kaulbars ein in besonders gnädigen Ausdrücken gehaltenes Telegramm gerichtet hat, worin die Loyalität des Generals während der jüngsten Unruhen in Odessa anerkennend gewürdigt wird.

Der „Standard“-Korrespondent bemerkt dazu, angesichts des verdammenden Urteils, das allgemein über General Kaulbars gefällt wurde, verzichte er darauf, zu diesem Telegramm des Zaren eine Bemerkung zu machen.

Der Aufruhr in Wladivostok.

London, 16. November. („Bureau Laffan.“) Bei den Unruhen in Wladivostok wurden laut Meldungen über Shanghai gegen 800 Personen getötet oder verwundet. Das ganze Geschäftsviertel ist niedergebrannt. Eine Abschätzung des Schadens ist vorläufig unmöglich.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. November.

Der neue Kolonialsekretär.

Die Frage der Besetzung des neuen Reichsamtes für Kolonialpolitik ist nunmehr überraschend gelöst worden. Künftiger Staatssekretär für die Kolonien wird der Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg werden. Unsere Kolonialenthusiasten jubeln, sie versprechen sich von dieser Ernennung den Anbruch einer „neuen Aera“ der Kolonialpolitik, und sie scheinen allen Grund zu solchem Jubel zu haben. Denn wenn man einen Prinzen, der mit einer Prinzessin aus einem regierenden Hause vermählt ist und verwandtschaftliche Beziehungen zum Kaiserhause selbst besitzt, zum Leiter der kolonialen Angelegenheiten ernimmt, so müssen große Dinge im Werke sein.

Der neue Kolonialsekretär — der künftige Kollege eines Chamberlain — war seit 1900 bis zum Juli dieses Jahres als Vormund des minderjährigen Herzogs Karl Eduard, Regent in Sachsen-Coburg-Gotha. Er ist verheiratet mit einer Tochter des verstorbenen Herzogs Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha, dem Bruder der Kaiserin Friedrich. Der neue Kolonialsekretär ist also ein Mann von den einflussreichsten höfischen Konnexionen, eine Persönlichkeit, die mit einer ganz anderen Autorität auftreten wird, als der bisherige Kolonialdirektor Stübel. Ein Blatt bezeichnet es als „ein Novum der deutschen Geschichte“, daß „ein Erbprinz nun gleichfalls aus den Reihen der Bundesfürsten in die der Staatssekretäre tritt“. Und die „Germania“ urteilt: „Ein solcher Mann kann ganz anders durchgreifen und Widerstände überwinden, als es die Herren Kaiser, von Buchta und Dr. Stübel beim besten Willen vermöchten.“

Dieser gewaltigen Vorzüge hoher Geburt und einflussreicher Verbindungen gegenüber fällt für unsere Kolonialpresse der kleine Nebenumstand nicht ins Gewicht, daß der künftige Kolonialleiter seiner ganzen Vergangenheit nach von kolonialen Dingen eigentlich keinen blauen Dunst hat! Seine ganze koloniale Kapazität besteht darin, daß er der Sohn seines Vaters ist, und daß dieser Vater, der jetzige Statthalter von Elbaf-Lohringen, Mitbegründer der deutschen Kolonialgesellschaft, also eifriger Kolonialschwärmer ist! Während gerade unsere Kolonialreife bisher immer Leute vom Fach, ehemalige Afrikaner verlangten, genügt ihnen jetzt ein Kolonialsekretär, wenn er nur ein Prinz und Anverwandter des kaiserlichen Hauses ist.

Im Grunde freilich haben die Herren ja alle Ursache, sich zu freuen. Ein wirklicher Kenner unserer „herrlichen Kolonien“ hätte unter Umständen abenteuerliche Weltmachtpläne eher hemmen als fördern können. Den besten unserer Afrikaner, den Oberst Leutwein, hat man ja einfach kalt gestellt, weil er nicht ins Blaue hinein wirksam mochte. Bei dem Kolonialprinzen, dessen Tätigkeitsdrang vermutlich seinem Rang und Titel entsprechen wird, hat man so etwas wohl nicht zu befürchten.

So dürfte denn die Berufung des Prinzen Hohenlohe in der Tat eine neue Aera der Kolonialpolitik einleiten, das heißt eine Aera fieberhafter Projektmacherei. Die lang-ersehnte Kolonialarmee wird uns nun ja bald beschert werden, und daß diese Armee auch stets volle Beschäftigung hat, dafür wird das noch schneidigere Vorgehen der Kolonialverwaltung sorgen. Auch die Bahnbauten werden jetzt in flotterem Tempo betrieben werden. Mit einem Wort: Der Kolonialetat wird künftig auch die verwegentesten Ansprüche unserer Weltmachtphantasien befriedigen! —

Ein Jdhu! aus dem Musterstaat der Junker.

Aus Mecklenburg wird uns geschrieben:

Der mecklenburgische Landtag ist am Dienstag zu seiner diesjährigen Tagung zusammengetreten. Als eine Ruine, allerdings eine noch immer festgefügte, ragt er aus dem Mittelalter in unsere moderne Zeit hinein und verdient schon deshalb als politisches Monstrum eine gewisse Beachtung. Der Landtag ist beiden Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz gemeinsam. Seine Mitglieder, die im Gegensatz zu jedem modernen Parlament nicht gewählt werden, zerfallen in zwei Klassen, in den „Stand der Ritterschaft“ und in den „Stand der Landschaft“. Die Ritterschaft wird gebildet von den adeligen und nichtadeligen Besitzern der Rittergüter, deren es gegen 700 in den beiden mecklenburgischen Ländern gibt, und zwar wählen nicht etwa diese Rittergutsbesitzer Vertreter aus ihrer Mitte zum Landtag, sondern jeder einzelne ist „landtagsberechtigt“ kraft seines durch Erbschaft erworbenen oder gelaufenen Besitzes. Allerdings pflegen nur einige Duzend „Ritter“ ihre Landtagsrechte auszuüben, aber das Recht des persönlichen Erscheinens sowie der Teilnahme an den Beratungen und an den Beschlüssen des Landtags steht jedem der 700 Gutsbesitzer in gleichem Umfange zu.

Die zweite Klasse des Landtags, den Stand der Landschaft, bilden die Bürgermeister sämtlicher mecklenburgischer Städte, deren es 49 gibt. Die Bürgermeister sind auf Lebenszeit ange stellt. Sie werden entweder von den Großherzögen ernannt oder sie werden (in einzelnen Städten) von den Bürgervertretern aus drei ihnen vom Magistrat in Vorschlag gebrachten Personen auserwählt. Eine mecklenburgische Eigenartlichkeit ist es, daß der Landtag nicht in der Hauptstadt, sondern in zwei kleinen Landstädchen, abwechselnd in Malchin und Sternberg, abgehalten wird, und um dem persönlichen Einfluß der Herzöge auf die Landtagsmitglieder entgegenzuwirken, ist es den Herzögen unterlagt, während der Tagung in einem Umkreise von vier Meilen sich aufzuhalten. Die Herzöge können lediglich ihre Minister als landesherliche Kommissarien zum Landtage entsenden, aber diese Kommissarien dürfen heileibe nicht das Haus betreten, in dem Ritterschaft und Landschaft tagen, sondern sie sind ausschließlich auf den schriftlichen Verkehr angewiesen. Dagegen hat der Landtag das Recht, seine Beschlüsse durch „besonder Besandte“, die den Titel „erbliche Landmarschälle“ führen, mündlich zu übermitteln.

Das mecklenburgische Junkertum hat sich also durchaus nicht gescheut, von der Beschlusfassung auf seinen Landtagen die Träger der Krone nach Kräften auszuschalten, wohl aber hat es in Würdigung einer guten Aung die Kosten des Landtagsbesuchs nach Möglichkeit den Großherzögen aufgeladen, indem die Kommissarien verpflichtet sind, täglich offene Landtagstafel zu halten, zu der die großherzogliche Küche die Speisen und Getränke zu liefern hat und zu der jedem landtagsfähigen Ritter der Zutritt frei steht.

Die Leitung der Landtagsverhandlungen liegt einem Vorstand von drei Landräten ob. Die Landräte werden, und zwar auf Lebenszeit, von der Ritterschaft gewählt; eine Mitwirkung der Landschaft ist bei der Landratswahl ausgeschlossen. Ein mecklenburgischer Landrat ist also nicht, wie sein preussischer Namensvetter, ein Regierungsbeamter, sondern Träger eines ritterschaftlichen Ehrenamtes. Die Landräte besitzen eine große Machtvollkommenheit; sie bestimmen nicht nur, was an jedem Tag verhandelt werden soll, sondern sie schießen auch nach ihrem Gutdünken die Beratung und führen die Abstimmung herbei. Eine Debatte im modernen Sinne dieses Wortes existiert nämlich auf einem mecklenburgischen Landtage nicht; es gibt keine Rednerliste, keine Wortmeldung und keine Worterteilung. Jeder spricht, wie es ihm beliebt, ohne Rücksicht darauf, ob auch noch andere reden. Gewinnt der dirigierende Landrat die Ueberzeugung, daß genug geredet, oder fällt ihm das Getöse allzusehr auf die Nerven, so gibt er den hinter seinem Sessel postierten Landmarschällen ein Signal, worauf diese ihre Stäbe, die Zeichen ihrer Würde, so lange schwingen und domernd auf den Fußboden stoßen, bis selbst die eifrigsten Redner in dem Gefühl der Ohnmacht ihrer Lungenkraft ihren Redestrom abbrechen. Will ein Landtagsmitglied eine Vorlage in eingehenderer Weise besprechen oder bekämpfen und fürchtet er, seine Lungenkraft möchte nicht ausreichen, so übergibt er seine Rede schriftlich als sogenanntes „Diktamen“ dem Landrat, der dasselbe, vorausgesetzt, daß es ihm passend erscheint, zur Verlesung bringen läßt. Bei der Abstimmung entscheidet einfache Mehrheit, doch steht jedem Stand das Recht zu, die sogenannte „itio in partes“, das heißt Abstimmung nach Ständen zu fordern. Dann haben die Mitglieder der Ritterschaft in einem Raum für sich und die Mitglieder der Landschaft in einem anderen Raum gesondert abzustimmen. Ist das Stimmresultat ein gleiches, so wird dasselbe als Landtagsbeschluss verstanden; stimmt dagegen der eine Stand mit Ja und der andere Stand mit Nein, so hat der dirigierende Landrat zu verurteilen, daß in der betreffenden Angelegenheit ein gültiger Landtagsbeschluss nicht zustande gekommen sei.

Erscheint auch dieser Geschäftsgang höchst komisch, so wäre es doch grundverkehrt, wollte man die Schlussfolgerung ziehen, das mecklenburgische Junkertum habe es nicht verstanden, in dem ihm zur Verfügung stehenden Parlament seine Klassenherrschaft auszurichten. Im Gegenteil, das mecklenburgische Junkertum kann dem Proletariat der ganzen Welt als sehr brauchbarer Lehmeister dafür empfohlen werden, wie man vorzugehen hat, um die im politischen Kampf siegreich errungene Staatsgewalt festzuhalten. Dem mecklenburgischen Landtag steht nicht nur das Steuerungs- und Gesetzgebungsbereich für das Gebiet der Ritterschaft und der Landschaft, also für alle Rittergüter und alle Städte mit ihren Bewohnern zu, sondern er kontrolliert durch von ihm eingesetzte ständige Kommissionen fortgesetzt nicht bloß die ganze Landesverwaltung, sondern handhabt dieselbe in wichtigen Zweigen ganz selbstständig.

Nur auf das Gebiet des Domaniuns, also auf denjenigen Teil des Landes, der weder aus Rittergütern besteht, noch zu einer Stadt gehört, erstreckt sich die Macht des Landtags nicht. Die wichtigste dieser ständigen Kommissionen, die also auch nach Schluß eines jeweiligen Landtages dauernd in Tätigkeit verbleiben, bildet der „Engere Ausschuss“, zu dem die Ritterschaft vier und die Landschaft drei Mitglieder stellt. Ihm steht das Recht zu, selbständig Vorlagen an den Landtag zu bringen; er liefert durch seine Beamten die Steuern im Gebiete der Ritterschaft und Landschaft ein und führt sie an die großherzogliche Kasse ab; ihm steht die Befugnis zu, die Abführung der Gelder zu unterbrechen, sobald er bemerkt, daß sie zu anderen Zwecken benutzt werden, als der Landtag bestimmt hatte. Ferner hat der Landtag ständige Kommissionen eingesetzt zur Kontrolle des Gerichtswesens, der Gefängnisse, der Landarmenverwaltung, des Begebaues. Auch die Landesfiskalkommission, der die Disziplinargewalt über die Volksschullehrer zusteht, wird in ihrer Mehrheit vom Landtage ernannt.

Die Junker sind zwar auch in Preußen dank dem Dreiklassen-Wahlrecht und dem Herrenhaus, die herrschende Klasse, aber so ungeschminkt wie in Mecklenburg tritt doch diese Vorherrschaft nicht zutage. Daß die mecklenburgische Ritterschaft sehr wohl ihre Machtstellung auf den heimischen Landtag zur Wahrnehmung ihrer Standesinteressen, zur Festigung ihrer politischen Macht und zur

Entrenchung der Arbeiterklasse zu gebrauchen versteht, davon wissen die mecklenburgischen Arbeiter in Stadt und Land ein Lied zu singen.

Deutsches Reich.

Der Kampf um die Volksschule.

Die konservative und ultramontane Presse äußert sich immer zübersichtlicher über das neue Schulunterhaltungs-Gesetz. Sie macht nicht den mindesten Hehl daraus, daß es sich für sie um völlige Akerikalisierung, die rücksichtsloseste päpstliche Knebelung der Schule handelt. Wollten die Nationalliberalen nicht mehr mitlun, so werde die Regierung das Gesetz mit Konservativen und Zentrum allein machen.

Die „Königliche Volkszeitung“ nimmt an, daß allerdings die Nationalliberalen von dem Entwurf nicht erbaut sein dürften, da sie ja schon den ihnen feinerzeit mitgeteilten ersten Entwurf der Regierung nicht dem geschlossenen Kompromiß entsprechend gefunden hätten. Das sei ihnen freilich nur durch eine falsche Auslegung des Kompromisses möglich gewesen, habe doch im Landtag der national-liberale Wortführer, Dr. Hagedorn, eine glänzende Rede für das Kompromiß gehalten, die sich gegen die Simultanschule gerichtet habe. Und die Nationalliberale Korrespondenz“ habe diesen Ausführungen Beifall gesendet! Nicht die Regierung habe wider das Kompromiß verstoßen, sondern die Nationalliberalen selbst möchten jetzt gern ihr verpöndeltes Wort brechen. Möchten sie das immerhin tun: es gehe auch ohne sie!

Welch außerordentliche Bedeutung das rheinische Zentrumsgorgan dem Schulunterhaltungsgesetz beimißt, verrät der Schlagabtausch seines Artikels:

Das Schulunterhaltungsgesetz wird den Mittelpunkt der geistig-beruflichen Arbeiten des preussischen Landtages in der bevorstehenden Session bilden. Nachdem in der vorigen Tagung Vorlagen von großer materieller Bedeutung, insbesondere die Kanolverträge, im Vordergrund gestanden haben, wird es sich dieses Mal hauptsächlich um eine Vorlage von größter ideeller Tragweite, um die Frage handeln, ob das preussische Volksschulwesen ferner auf der von der Verfassung gewollten und praktisch bewährten konfessionellen Grundlage beruhen und ob diese Grundlage endlich gesetzlich fixiert werden soll. Es handelt sich da um eine Entscheidung, wie sie wichtiger für unser gesamtes Volksleben als die gesetzgebenden Körperschaften kaum herantreten kann.

Die „Königliche Volkszeitung“ ländigt also den rücksichtslosesten Kulturkampf an. Ob die Nationalliberalen diesen Fehdehandschuh aufnehmen werden? Der Ton ihrer Presse ist einseitig eher weinerlich als kampfschlaff. Ihre Situation ist auch wirklich nicht beneidenswert, müßten sie doch jetzt aufs schärfste bekämpfen, was sie selbst im vorigen Jahre unterstützt haben. Auf doch die „Königliche Zeitung“ zugeben, daß das Kompromiß, das die Billigung der Faktion erfahren, von der nationalliberalen Presse selbst als Erfüllung der Forderungen des Bedinglichen Schulgesetzes bezeichnet worden ist! Erst durch die Bewegung im Lande sei die Parteileitung zu einer Schwelung veranlaßt worden. Wenn deshalb das Blatt im Falle einer Erdrosselung der Simultanschule durch das Gesetz den „erbitterten Widerstand aller liberal gerichteten Kreise des Landes“ in Aussicht stellt, so vermag diese Drohung weder die Reaktion allzusehr zu schrecken, noch dem Volke allzuviel Zuversicht einzufößen. Nachdem die Nationalliberalen durch ihr Kompromiß die Regierung erst zur Einbringung der Vorlage ermutigt haben, gleicht ihre jetzige Opposition nur einer kläglichen Scheinattade, durch die man die Verantwortung für den selbst verschuldeten reaktionären Streich von sich abzuwälzen sucht! —

Die Reichstags-Stichwahl in Eisenach-Deimbach.

Der Wahlkampf im Eisenacher Reichstagswahlkreise spitzt sich, je näher der Stichwahltag heranrückt, immer schärfer zu. Die Antisemiten kämpfen mit allen Mitteln der Verleumdung und Entstellung und finden dabei die Unterstützung der Alerikalen, die offen für ihren Geistesverwandten Schad eintreten. Auch die nationalliberale Partei bemüht sich nach Kräften um die Wahl des antisemitischen Werlufingers. Ihre Leitung hat folgenden Aufruf erlassen:

„Nachdem die sozialdemokratische Partei noch auf ihrem letzten Parteitag zu Jena ihre vaterlandlose und revolutionäre Bestimmung öffentlich zum Ausdruck gebracht hat, ist es die erste Pflicht jedes vaterlandliebenden Mannes, gegen die Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. Wir fordern deshalb unsere Parteigenossen auf, am Tage der Stichwahl Mann für Mann ihre Stimme für den bürgerlichen Kandidaten, Herrn Wilh. Schad aus Hamburg, abzugeben, und machen dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Stimmhaltung gleichbedeutend mit Unterstützung der Wahl der Sozialdemokraten ist.“

Dagegen hat die Leitung der freisinnigen Volkspartei sich zu einer offenen Stellungnahme für den sozialdemokratischen Kandidaten, den Genossen Leber-Jena, nicht aufzuschwingen vermocht, doch fordert der im ersten Wahlgang unterlegene Kandidat dieser Partei, Kühner, unbekümmert um die Bedenken des Berliner Freisinn, seine Wähler auf, Leber ihre Stimme zu geben. In seinem Aufruf heißt es:

„Nieder mit der Reaktion, die mit gleißenden Versprechungen und wilden Agitationen sich bei uns einzunisten veruchte. Wir müssen unseren Wahlkreis vor einer rücksichtslosen, völkfeindlichen Vertretung bewahren und die auswärtigen Elemente, die in frevelhaftem Uebermut unter hebräischen Angriffen auf alle bürgerlichen Parteien den Wahlkreis vor die heutige Situation gestellt haben, entschieden zurückweisen. Ohne irgendwie die Momente zu verwischen oder zu veressen, die uns weit von der Sozialdemokratie trennen, fordere ich, den Wünschen vieler Genossen in unserem Wahlkreis und den Wünschen zahlreicher freisinniger Organisationen im Reich entsprechend, alle meine Wähler, denen ich für ihr Vertrauen von Herzen danke, auf, in der Stichwahl im Interesse der Kultur und des Fortschritts ihre Stimme nur dem Kandidaten Herrn Leber-Jena zu geben.“

Die morgen, am 17. d. M., stattfindende Wahl wird zeigen, ob die freisinnigen Wähler diesem Aufruf folgen. —

Wegen Verweigerung des Kaiserhofs hatte sich am Donnerstag das Kriegsgericht der Landwehr-Inspektion Berlin zu beschaffen. Der Reichsarsenaleidung in Verbindung mit Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft war angeklagt der Landwehr-Unteroffizier Schriftsteller Gerhard Hildebrand, der im Sommer nach einer 14tägigen Landwehrstrafe in das vor der Entlassung der Mannschaften ausgebrachte Hoch auf den Kaiser absichtlich nicht eingestimmt haben sollte. Die Verhandlung, die drei Stunden dauerte, fand leider unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Man weiß ja, daß diese Geheimnisräumerei bei unseren Militärgerichten immer häufiger wird. Begründet wurde der Ausschluß der Öffentlichkeit mit „militärischem Interesse“. Aus der öffentlichen Verlesung des Urteils und der gleichfalls öffentlich gegebenen Begründung war nicht zu erraten, welches militärische Interesse denn eigentlich gefährdet worden wäre, wenn man bei offenen Türen verhandelt hätte.

Der Angeklagte ist Sozialdemokrat — ein Umstand, der ihn seinen Vorgesetzten von vornherein verdächtig gemacht zu haben scheint. Denn wir aus der Urteilsbegründung richtig schließen, so hat Hildebrand zugegeben, daß er tatsächlich nicht in das Hoch eingestimmt oder mindestens nicht in hörbarer Weise mitgerufen

habe. Bestritten hat er aber, daß er es absichtlich unterlassen habe, einzustimmen. Die Ursache seines Schweigens könnte man fast erdennend finden, wenn die Angelegenheit nicht so ernst wäre. Er hat nämlich den Fehler begangen, in der Front sich seine Gedanken zu machen. Das soll, wie Kemner behaupten, schon manchem Soldaten zum Bösen angeschlagen sein. Als der Oberleutnant, der die Übungen geleitet hatte, nach ihrer Beendigung an die Mannschaften seine Gaben in Form von Lob und Tadel austeilte, glaube er, in der Oberleutnants-Rede einige „Unstimmigkeiten“ zu entdecken. Während er noch darüber nachdachte, siehe bereits das Kaiserhoh ein, und nun scheint der denkende Soldat in Verwirrung geraten zu sein. Erst beim dritten Ruf fiel ihm ein, daß er mitmüssen, und er öffnete den Mund — aber jetzt machte plötzlich sich bei ihm ein Gedächtnis geltend, das ihm seit langem anhaftet: die Stimme verweigerte ihm. Ein Offizier, der ihn beobachtet hatte, zeigte ihm an.

Vor Gericht wies er durch das Gutachten eines ärztlichen Sachverständigen nach, daß der eigentümliche Bau seines Kehlkopfes ihn tatsächlich zu plötzlichem Versagen der Stimme disponiert. Geladen waren mehrere Zeugen, die ihm bestätigen sollten, daß sie bei verschiedenen Gelegenheiten dieses Versagens der Stimme an ihm beobachtet haben. Die Zeugen scheinen auch in diesem Sinne ausgesagt zu haben. Bezeugt wurde außerdem durch den Schriftsteller Laurenzbrüder, daß er vor Beginn der Landwehrübung ihm ausdrücklich erklärt hatte, er werde in allem so handeln, wie er als Soldat handeln müsse. Vor allem werde er sich jeder Betätigung seiner sozialdemokratischen Bestimmung enthalten.

Das Gericht sah als nicht erwiesen an, daß er, entgegen diesem Vorbehalt, absichtlich den Hochruf unterlassen habe. Nicht widerlegt sei, daß er dem einsetzenden Hoch zunächst keine Beachtung geschenkt, und daß ihm dann die Stimme versagt habe. An dem Gutachten des Angeklagten, daß er zum Versagen der Stimme disponiert sei, wurde nicht gewisfelt. Hiernach gelangte das Gericht, trotz der tatsächlich unterbliebenen Beteiligung an dem Kaiserhoh, zur Freisprechung des Angeklagten.

Das Urteil ist so vernünftig, daß es die „patriotisch“ lachende Schatzmacherpresse zu den beständigen Lulaustrüben erregen wird.

Die Fortführung der Kartell-Enquete soll am 30. d. Mts., wie wir erfahren, mit der Erörterung des Tapeten-Syndikats vor sich gehen.

Weißgewaschene Flotten-Jungfrauen. In Ermangelung einer nützlicheren Tätigkeit haben einige deutsche Jungfrauen sich zur Begehung einer welthistorischen Tat, zur Gründung eines Flotten-Draufbundes entschlossen. In dem sinnig-zarten Aufzug heißt es: „Wie die winzigen, fleißigen Ameisen rastlos die schweren Lasten aufzutragen, bis der große Bau vollendet ist, so laßt uns Scherlein um Scherlein zusammentragen, bis wir dem Deutschen Reich ein ganzes großes Kriegsschiff schenken können. Jedes Mitglied des Flottenbundes erhält eine kleine Sporbüchse in Form eines Schiffes, in welche es allmonatlich ein Scherlein hincintut; denn es sollen keinerlei Heftlichkeiten zum Besten des Flottenbundes veranlaßt werden.“

Die Schokoladen- und Bonbonfabriken müssen sich also darauf gefaßt machen, daß in nächster Zeit einzelne junge Damen einen Teil ihres Taschengeldes statt in Pralinen in „Schiffchen“ anlegen.

Ein freisinniges Wahlspiel. Am Juli d. J. mußte im Wahlkreis Rürth befallentlich eine Nachwahl stattfinden, weil der Reichstag die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Barbed laßiert hatte. Der Wahlkampf nahm einen überaus scharfen Charakter an, da die vereinigten Liberalen alles aufboten, um den Sieg wieder an ihre Fahne zu fesseln, und dabei die schärfsten Mittel anwendeten. Die liberalen Agitatoren luden alle Welt zu ihren Versammlungen ein, wo sie in der unerhörtesten Weise über die Sozialdemokratie und ihre Führer, besonders den Kandidaten Genossen Segis schimpften. Nächsten, hierdurch gereizt, anwesende Sozialdemokraten ihrer Entrüstung durch Zwischenrufe Luft, so pochten die Liberalen auf ihr „Hausrecht“ und denungierten die Anführer des Sozialbundes.

Ein Prosch dieser Art wurde am Dienstag vor dem Schöffengericht Rürth verhandelt. Der Damenschneider Reich und der Fabrikarbeiter Stengel waren wegen Hausfriedensbruchs angeklagt. Sie sollen in einer liberalen Wählerversammlung am Abend des Wahltages „sich lärmend benommen und ein Hoch auf die rote Internationale ausgebracht haben“. Vor Gericht stellte sich heraus, daß die Liberalen in ihrem freisinnigen Uebereifer sogar einen der Ihrigen denungiert hatten, denn Reich ist nach Aussage der Zeugen ein „hochpatriotisch“ gesinnter Mann, der sogar patriotische Gelegenheitsgedichte fabriziert hat. Wie er selbst aussagte, hat er bei der Wahl seine Stimme für Barbed abgegeben. Er hätte sich in der Versammlung etwas laut benommen, weil er mit einem gehörigen „Haarbeutel“ behaftet gewesen sei.

Stengel bekannte sich als Sozialdemokrat; er hat das Hoch auf die Internationale ausgebracht und den Liberalen zugerufen: „In drei Jahren sehen wir uns wieder.“ Da mit dem „Hausfriedensbruch“ nichts zu machen war, mußte der Allerweltspargraph, der vom großen Unfug handelt, erhalten. Stengel wurde zu 25 M. Geldstrafe ev. 5 Tagen Haft verurteilt, während Herr Reich wegen seiner Haarbeutelverfassung mit 10 M. oder 2 Tagen Haft davon kam.

Die Fleischnot in Baden. Aus dem von dem Statistischen Amt der Stadt Baden veröffentlichten statistischen Material ergibt sich eine fortwährende Verschärfung der Fleischnot in den letzten Monaten. Nach den Nachweisungen des Schlacht- und Viehhofes sank die Stückzahl des im September geschlachteten Viehs von 4672 in 1902, 4870 in 1903, 5173 in 1904 auf 4207 in 1905. Das Schlachtgewicht betrug im September 1902: 482 932 Kilogramm, 1903: 508 812, 1904: 500 588, 1905: 440 276 Kilogramm. Pro Kopf der Bevölkerung betrug die geschlachtete Fleischmenge im September 1902: 3,30 Kilogramm, 1903: 3,52, 1904: 3,49, 1905 aber nur 2,98 Kilogramm. Der Mangel zeigt sich bei allen Vieharten; nur bei dem Pferdefleisch bewegte sich das Schlachtgewicht wie folgt: September 1902: 10 085, 1903: 8140, 1904: 9920, 1905: 15 395 Kilogramm. Die Fleischnot wird in Baden außerordentlich verschärft durch die dortigen äußerst niedrigen Löhne und die trotz aller Anträge von sozialdemokratischer Seite von der Zentrumskatholikmehrheit aufrechterhaltene hohe örtliche Fleischsteuer.

Gefallen als Opfer der Kolonialpolitik. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Am 7. November d. J. bei Wasserfall bei Gamlöb gefallene Unteroffizier Julius Reich, geboren am 18. Februar 1876 zu Bollmaringen, früher im königlichen 8. Württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 126; Reiter Henry Griebel, geboren am 6. Juli 1883 zu Ottenen, früher im kombinierten Jäger-Regiment zu Pferde. Am 11. November d. J. bei Hoogongais verwundet: Reiter Heinrich Swade, geboren am 4. September 1880 zu Hötenleben, früher im Infanterie-Regiment Nr. 26, schwer, Schulterwunde. Am 11. November d. J. an Ruybus gefallene: Schriftleiter Paul Zeise, geboren am 8. September 1879 zu Kostenblut, früher im Kürassier-Regiment Nr. 1, in der Kantonsammelschule Kubab; Reiter Paul Henke, geboren am 4. Februar 1889 zu Biberleben, früher im Dragoner-Regiment Nr. 16, im Lazarett Reetmanshoop; Reiter Hermann Kürschner, geboren am 17. Dezember 1883 zu Spremberg, früher im Grenadier-Regiment Nr. 12, im Lazarett Reetmanshoop.

Husland.
Oesterreich-Ungarn.

Im Zeichen des Kampfes und Wahrschrei. Am Dienstag wurde in Graz die Wahl von sechs Gemeindevätern des dritten Wahlkörpers vorgenommen. Der Erfolg war ein glänzender Sieg der Grazer Sozialdemokratie; denn sie eroberte alle sechs Mandate, um die gekämpft wurde. Die Genossen Wilari und Nader wurden mit 1452 bzw. 1440 Stimmen wiedergewählt, die Genossen Gaidinger, Doppler, Freitag und Aufsösch mit 1388 bis 1416 Stimmen neugewählt.

Die Liste der Gegenkandidaten der „vereinigten Grazer Gewerbetreibenden“ erhielt nur 770 bis 814 Stimmen!

Die Grazer Sozialdemokratie hat nunmehr sämtliche 16 Sitze des dritten Wahlkörpers inne. Man kann sich die Freude der Arbeiterklasse denken. Vor dem Rathaus versammelte sich eine vieltausendköpfige Menge und nahm das ihr verkündete Wahlergebnis mit brausendem Jubel entgegen. Dann zog sie vor die Redaktion der Parteizeitung „Arbeiterwille“, um auch hier ihrer Freude Ausdruck zu verleihen. Genosse Resel hielt eine Ansprache, in der er unter tosendem Beifall erklärte:

„Die Wahl ist nur eine Episode im Kampfe um's allgemeine Wahlrecht!“

Man sieht aus allem, daß die österreichischen Arbeiter in den bevorstehenden Kämpfen um's Recht ihren Mann stehen werden. —

England.
Die Arbeitslosen, die Königin und Bernard Shaw.

London, 14. November. (Fig. Ver.) Wie wir schon mitteilten, empfing der Premierminister Mr. Balfour kürzlich eine Deputation von arbeitslosen Frauen, denen er aber keine Staatshilfe in Aussicht stellen konnte. — Am 9. d. M., beim Einführungsbanquet des neuen Lord-Mayors der inneren Stadt, ersuchte Balfour die City-Magnaten, Gelder für die Arbeitslosen zu sammeln. Um die Reichen zu ermuntern, sandte, wie wir gestern meldeten, die Königin 40 000 M. für den Unterstützungsfonds. Gegen diese Hilfsaktion wendet sich heute Bernard Shaw in einem „Eingefandt“ an die „Times“, das er „Der Staatsstreik der Königin“ betitelt, und in dem er sagt: „... Die Tat der Königin hat die Krise beschleunigt, die früher oder später kommen mußte. Die Lage ist nicht neu. In Städten wie im alten Rom und im modernen London erzeugt die auf Konkurrenz gegründete Wirtschaft ein Proletariat, das zu zahlreich ist, um sich niederzwingen, und das zu klug ist, um sich durch die Lehren einer falschen Nationalökonomie oder durch oberflächliche, fromme Redensarten über die Heiligkeit von „Gefetz und Ordnung“ narren zu lassen. Als die Arbeitslosen im Jahre 1888 die Fenster der Klubs in Pall Mall einschlugen, da besaßen sich die Reichen, den Arbeitslosen ein „Losegeld“ von 980 000 Mark zu zahlen, wovon das meiste in die Hände derjenigen fiel, die nichts weniger als Arbeiter sind. — Dann kam ein Geschäftsaufschwung, und die Gefahr war für einige Zeit vorüber. Aber jetzt ist sie wieder da und die Frage entsteht: Sollen wir „Panem et circenses“ (Brot und Spiele) als einen festen Bestandteil des hauptstädtischen Lebens betrachten? Dies müßten wir tun, wenn wir nur die Wahl hätten zwischen Verhungern und Plündern. Die Königin will es nicht gestatten, daß die Arbeitslosen verhungern, und organisiert Panem. (Die Zirkusspiele werden nachkommen!) Wenn wir den Beschäftigungslosen keine Arbeit verschaffen, so werden sie sich bald — glauben die oberen Klassen — einen Geschmack für ein arbeitsloses Einkommen aneignen. Es ist eine kritische Lage, die gefährlich werden kann, wenn wir zu höflich oder zu feige sind, uns offen darüber auszusprechen.“

Die Wohlthätigkeit der Königin ist das letzte Häkchen einer bankrotten Zivilisation. . . . Aber können wir nichts Besseres leisten? Ich für meine Person sehe keine Schwierigkeit, wie den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben sei. Sehen wir uns nur die Häuser an, in denen die Arbeitslosen wohnen. Es ist dringend notwendig, diese Wohnstätten niederzureißen, die verfallenen Trümmer zu verbrennen und sie durch neue, lustige, gesunde Wohnungen zu ersetzen.

Anstatt die Arbeitslosen darauf aufmerksam zu machen, daß sie, wie im Jahre 1886, ein demoralisierendes Losegeld von den Reichen kassieren können, wäre es viel ehrlicher, sie ihre eigenen Häuser brechen zu lassen. Die Königin wäre dann nicht gezwungen, ihr privates Einkommen zu schmälern und unter dem Bewußtsein zu leiden, daß ihr Geld das Leben der Arbeitslosen auf Kosten des Charakters dieser Armen rettet. . . . Ist es wahr, daß kein wirtschaftliches Bedürfnis für eine neue, gesunde Stadt vorhanden sei? . . .

Wie lange noch müssen wir zusehen, wie große Rationen nur für kaufmännische Profite arbeiten? Wie lange noch sollen wir die kleinen Seelen behalten, die von Regierung nichts weiter verstehen als das was Profit bringt? Ich wünschte, ich könnte die Königin überzeugen, daß es weder an Geld, noch an Arbeit oder Wohlthätigkeit fehlt.

Wohl aber fehlt es an Charakter und staatsmännischer Begabung, und diese kann man durch Checks und Geldanweisungen nicht erzeugen.“ —

Norwegen.
Also Karl V.!

Die guten Monarchisten haben's schrecklich eilig: Schon am Sonnabend soll die Königswahl stattfinden; man hegt sich ab, als ob zu fürchten wäre, die biedereren königslüsternden Norweger könnten sich die Geschichte noch einmal überlegen. Auch die Apanage ist bereits festgesetzt: Dem Monarchen werden für seine zu erwartende große Arbeitsleistung pro Jahr 750 000 Kronen, ferner 50 000 Kronen für Erhaltung der ihm zur Verfügung gestellten Schlösser bezahlt werden. So beschloß es der Storting mit 100 gegen 11 Stimmen bei Abwesenheit von sechs Mitgliedern. Der Vorschlag des Radikalen Tveiten, es bei einer halben Million Kronen bewenden zu lassen, fand keine Gegenliebe.

Natürlich herrscht eitel Jubel in den hohen und höchsten Kreisen aller Länder. Ist doch die Entstehung einer neuen Republik vereitelt und das internationale Monarchentum um einen würdigen Vertreter reicher geworden. Auch in Deutschland hat das freudige Ereignis in gewissen Kreisen sicher freudige Empfindungen ausgelöst, und so kann denn die skandinavische Zeitung „Vort Land“ melden, daß den Prinzen Karl auf seiner Fahrt nach Kristiania außer den englischen auch deutsche Kriegsschiffe begleiten werden.

A propos: der Name des Herrschers! Er hat sich entschlossen, als „Karl V.“ zu firmieren. Rum darf und soll man ja von einem Könige — zumal von einem neugeborenen — wahrhaftig keine großen geschichtlichen Kenntnisse verlangen. Aber so viel müßte er doch gelernt haben, um sich sagen zu können, daß er durch die gewählte Beistellung eine Parallele mit Karl V. von Frankreich, der den Beinamen „Der Weiße“ führte, selber heraufbeschwört oder gar einen Vergleich mit dem römisch-deutschen Kaiser Karl V., dem Sohne Philipps von Kastilien und Johannes der Bahnsinnigen. Und letztere Parallele bietet für junge Könige nicht viel Erfreuliches; denn Kaiser Karl V. entsagte nach fast 40-jähriger Regierung freiwillig dem Throne und starb, wie die Sage zu melden weiß, einsam und verlassen im — Kloster.

Die ganze norwegische Angelegenheit hat nur ein erdentliches Moment: Gemäß der Mitteilung des Blattes „Aftenposten“ wird der norwegische Karl V., wie eine Ministerkonferenz beschlossen und verkündet hat, eine sozialdemokratische Klage führen: purpurrot mit goldenem Löwen! —

Türkei.
Türkische Wirtschaft.

Das „Attentat“ auf den Chef der türkischen Geheimpolizei, Herrn Fehim Pascha, scheint wahrhaftig, wie schon gestern angedeutet war, Mache zu sein. Ein paar Privattelegramme in Scheris Blättern geben dieser Vermutung reichliche Nahrung. Das erste lautet:

„In unterrichteten Kreisen weist man darauf hin, Fehim Pascha habe als Chef der Geheimpolizei während der Dauer der Untersuchung über das Attentat auf den Sultan, das sich im Sommer ereignete, große Extrahonorare bezogen, ebenso wie andere Würdenträger. Da diese Untersuchung nun vor kurzem ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat, wurden neue Attentate inszeniert, damit die Geldquelle nicht versiege.“

Eine erteilte Nummer, dieser Herr Fehim Pascha! — Das zweite Telegramm lautet:

„Der Sultan erhielt sichere Beweise dafür, daß ein großer Teil der Bomben und Dynamitvorräte, deren Einführung den Armeniern zugeschrieben wurde, von solchen türkischen Würdenträgern beschafft und an verschiedenen Orten niedergelegt wurde, die mit der Untersuchung der angeblichen armenischen Umtriebe betraut waren! So wurden die im österreichischen Hospital gefundenen Explosivstoffe von einer griechischen Frau auf höheren Befehl eingeschmuggelt. Der Sultan ist äußerst erzürnt und will alle Schuldigen von ihren Posten entfernen.“

Diese korrupte Bande, die den Verdacht immer so schön auf die Armenier abzulenken wußte, hat sich also kein Gewissen daraus gemacht, daß Tausende von unglücklichen Armeniern mit Leib und Leben die Frevel anderer büßen mußten.

Es ist höchste Zeit, daß der türkische Stall einmal gründlich ausgemistet wird. —

Amerika.
Die amerikanische Armee.

In einem Jahresbericht über das amerikanische Heerwesen gibt Generalmajor Amstorth die Stärke der Armee am Schlusse des letzten Fiskaljahres auf 68 956 Mann, darunter 3034 Offiziere an. Er bespricht die zahlreichen Desertionen und beklagt, daß die öffentliche Meinung in dem Defektur keinen Verbrecher sehen will! Im letzten Jahre desertierten 6333 Mann. In dem Bericht heißt es: „Unser Volk nimmt tatsächlich in Friedenszeiten wenig wirkliches Interesse an der Armee und hat sich von den frühesten Tagen der Republik an gewöhnt, das Heer als eine mehr oder minder überflüssige Institution zu betrachten. . . . Der Eintritt in die Armee zu Friedenszeiten wird nicht selten als ein Beweis für die Unbrauchbarkeit des Mannes für einen bürgerlichen Beruf betrachtet, und in Desertionen sieht man allgemein nichts Schlimmeres als den Bruch eines Dienstvertrages unter bürgerlichen Verhältnissen. Der Defektur verliert wenig oder gar nicht an Ansehen durch sein Vergehen, und es fehlt ihm selten an Freunden und Mitführenden, die bereit sind, ihn vor der Verhaftung zu schützen, und die für ihn eintreten — in den verhältnismäßig seltenen Fällen, daß er wieder in die Hände der Militärbehörden gerät.“

In der Marine ist es ebenso; die Desertionen wollen kein Ende nehmen, und die Reuanwerbungen geeigneter Leute begeben oft großen Schwierigkeiten. Daß es übrigens in Kriegzeiten an Menschenmaterial nicht mangelt, hat der Krieg mit Spanien 1898 bewiesen, als die freiwilligen in Waffen in allen Staaten zu den Fahnen eilten und die Truppen überall Obationen von der Bevölkerung erfuhren. —

Kommunales.
Stadtverordneten-Versammlung.

32. Sitzung vom Donnerstag, den 16. November 1905 nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhand eröffnet die Verhandlungen um 5 1/2 Uhr.

Die Abteilungen haben die Wahl von je 10 Mitgliedern in die gemischten Deputationen zur Revision der Leit- und Grundzüge für Aufnahme in die Heimstätten und zur Vorbereitung von Maßnahmen zur Abwehr der Forderungen der Vororte in bezug auf Zuschüsse für Gemeindefürsorge und dergleichen vorgenommen; der ersten Deputation gehören von den Sozialdemokraten die Stadtv. Heimann und Stadthagen, der letzteren die Stadtv. Borgmann und Singer an.

An Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Dr. Reumann ist Erjäh zu wählen in den Wahlprüfungsausschuß, in die Direktion des Märkischen Provinzialmuseums, in die Deputation für Statistik, in das Kuratorium der Heimann Drehler-Stiftung und in die Sanitätskommission. Dr. Reumann war fraktionslos. Gewählt werden in den Wahlprüfungsausschuß Stadtv. Kelle (A. L.), in die Sanitätskommission Stadtv. Gelpke (Fr. Fr.); die übrigen Wahlen, bei denen mehrere Bewerber konkurrieren, werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Mit der Verlegung des Friedrichsgymnasiums zu Ostern 1906 aus der Friedrichstr. 126 nach dem frei werdenden Schulhause des Friedrichs-Reals-Gymnasiums in der Albrechtstraße 26 hat sich der eingesehene Ausschuss einverstanden erklärt. Auf letzterem Grundstück soll auch ein Direktorialgebäude neu errichtet werden. Die Räume des Friedrichsgymnasiums sollen eine der Pflichtfortbildungsschulen aufnehmen und während der Zeit der Benutzung der Anstalt zu diesem Zwecke der Direktor seine jetzige Wohnung behalten. Außerdem beantragt der Ausschuss, dem Magistrat zur Erwägung zu geben, ob in der Albrechtstraße 26/27 außer der Direktorenwohnung ein besonderes Gebäude für Zwecke der Pflichtfortbildungsschule zu errichten möglich ist. In diesem Falle würde man das „sehr kostbare“ Grundstück in der Friedrichstraße für den Verkauf frei bekommen.

Referent ist der Stadtv. Cassel. Ohne Debatte tritt die Versammlung den Auswahlanträgen bei.

Zur Freilegung der Straße 66b, Abt. X' des Wohnungsplanes, zwischen Wad- und Christianiastraße, sind von den Grundstücken Pringelallee 75—80 Landabteilungen erforderlich. Mit den Eigentümern der Grundstücke 77—80 haben die gepflogenen Verhandlungen zum Ziele geführt; die betr. Flächen von 320 + 243 + 568 Quadratmeter sollen zum Preise von 60 bezw. bei dem Grundstück 79/80, der Weißbierbrauerei Gebhardt gehörig, von 65 M. pro Quadratmeter freibändig abgetreten werden. Die Verlage findet ohne Disjunktion die Zustimmung der Versammlung.

Der Kommission für den freihändigen Ankauf der Grundstücke des Scheunenviertels, der auch die Verwaltung der erworbenen Grundstücke obliegt, soll aus den bereits bekannten Gründen auch die fernere Ermächtigung erteilt werden, die in das Eigentum der Stadtgemeinde übergegangenen Häuser abzureißen und die Abbruchstage hierfür selbständig festzustellen. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Zur Vollziehung und Ueberreichung der Urkunde über die Verleihung des Prädikats „Stadtältester“ an den bisherigen Stadtkammerer Raab sollen 8 Stadtverordnete ernannt werden. Es wird beschlossen, die Auswahl dem Vorstand vorzunehmen zu lassen.

Der erste deutsche Städtetag ist auf den 27. d. M. anberaumt. Die Tagesordnung führt auf: 1. Konstituierung; 2. die Fleischversorgung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischverteilung; 3. Referenten Oberbürgermeister Körte-Königsberg, Handelskammer-Syndikus Dove-Berlin, Magistratsrat Dr. Besh-München. Berlin ist zur Entsendung von 20 Mitgliedern berechtigt; es sollen 8 Magistratsmitglieder und 12 Stadtverordnete deputiert werden. Zu letzteren sollen die beiden Vorsteher gehören, die anderen 10 durch die Abteilungen gewählt werden.

Nach Erledigung einiger minder bedeutender Vorlagen schließt die öffentliche Sitzung um 1/7 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik oberschlesischer Bergleute wird uns geschrieben: Dicht an der schlesisch-russischen Grenze, in unmittelbarer Nachbarschaft der nun seit Wochen im politischen Streik sich befindenden russisch-polnischen Arbeiter des Dombrowsker und Sosnowitzer Industriebezirks, haben nun auch oberschlesische Bergleute die Arbeit eingestellt und ihnen werden wahrscheinlich die in der gleichen Gegend beschäftigten Hüttenarbeiter folgen. Es handelt sich im wesentlichen um die bei Schoppinitz gelegenen Gruben der Gewerkschaft von Giesches Erben, auf welchen zirka 4500 Arbeiter beschäftigt sind, von denen bis jetzt etwa die Hälfte in den Streik eingetreten ist. Die von bürgerlichen Blättern aufgestellte Behauptung, den ganz unerwarteten Ausbruch des Streiks hätten die polnischen Sozialdemokraten veranlaßt, ist natürlich erfunden. Die Sozialdemokratie hat bei den Arbeitern im Schoppinitz-Rosdziner Bezirk leider noch gar keinen Einfluß; während bei der jüngsten Reichstagswahl der sozialdemokratische Kandidat in jenem Bezirk 66 Stimmen erhielt, fielen auf den polnischen Kandidaten Korfanty 1635 Stimmen. Natürlich sind die Streikenden auch nicht gewerkschaftlich organisiert; ohne Vorbereitung und Plan, ohne irgend welche Mittel haben sie die Arbeit eingestellt, nachdem eine Deputation bei der Verwaltung in formloser Weise Forderungen gestellt hatte, auf die von dieser gar nicht geantwortet wurde.

In den Kreisen der oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeiter herrscht tiefgehende Erbitterung. Gestatten doch die ohnehin sehr niedrigen Löhne jetzt bei der langdauernden Preisnot und der erheblichen Teuerung aller notwendigsten Lebensmittel den vielen tausenden Proletariern hier eine irgend zureichende Ernährung seit Monaten nicht mehr — die Leute verhungern langsam aber sicher bei schwerer, lebensgefährlicher Arbeit! Der ganz unerwartete glänzende Sieg des polnischen „Arbeitervertreter“ Korfanty hat aller Welt die weitgehende Erbitterung der Massen offenbart. Nach Korfantis Wahl ist die meist immer schon sehr schlechte Behandlung der Arbeiter durch die „schwer gekränkten“ Vorgesetzten nicht besser, sondern schlechter geworden. Und um das Maß zum Ueberlaufen zu bringen, haben die Herren den Bergarbeitern eine neue Arbeitsordnung beschert mit Bestimmungen, die den Horn der Armen zu hellen Flammen anzufachen mußten. So sollen Schlepper zu Häuerarbeiten verwendet werden können, ohne daß sie Anspruch auf besseren Lohn haben sollen, eine Bestimmung, die die schon sehr niedrigen Löhne noch tiefer herabdrückt. Daß die ganze Kameradschaft vor Ort verantwortlich sein sollte für Vergehen einzelner, falls der Schuldige selbst nicht ermittelt werden kann, empörte die Arbeiter, ebenso wie das Verbot, Vorgesetzten in polnischer Sprache zu antworten. Und was derlei aufreizende Bestimmungen mehr waren in der famosen Arbeitsordnung.

Nun ist zunächst den dicht an der Grenze wohnenden gepeinigten Bergarbeitern der Gebuldsfaden gerissen. Vielleicht ist doch ein Punkt von drüben in das Pulverfaß gesunken? Sind doch die Frauen und Töchter der Streikenden in Scharen Woche für Woche über die Grenze gezogen, um drüben in russisch-polen für die letzten paar Pfennige etwas billiges Fleisch einzukaufen. Dabei haben sie erfahren, daß die Arbeiter drüben die Arbeit einstellten, um sich vom unerträglichen Joche zu befreien. Ist es nicht begreiflich, daß das Beispiel ermutigend wirkte, daß man in der Verzweiflung und Empörung zu der einzigen Waffe griff, die zur Verfügung stand und sie ohne Ueberlegung gebrauchte?

In ihrer Hilflosigkeit haben sich die Streikenden an den Deutschen Bergarbeiter-Verband gewandt und von diesem wurde im Kattowitzer Gewerkschaftslokal eine Versammlung der Streikenden veranstaltet, in der die Situation beraten wurde. Ergreifend waren die Schilderungen, die in kurzen, ungelinkten Ausführungen von den Zuständen auf den Gruben und von den Lebensverhältnissen der oberschlesischen Bergarbeiter in dieser Versammlung gegeben wurden. Von Rußland zu sprechen, verbot der überwachende Beamte. Fürchte er, daß ein Vergleich russischer Verhältnisse mit oberschlesischen Verhältnissen zu ungunsten der letzteren ausfallen könnte?

Eine von den streikenden Arbeitern gewählte Kommission hat der Verwaltung der bestreikten Gruben, zu denen sich im letzten Augenblick noch die der Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenindustrie gehörende Myslowitzgrube mit über 2000 Arbeitern gestellt hat, schriftlich formulierte Forderungen unterbreitet. Die Herren haben aber alle Verhandlungen abgelehnt. Sie wollen gnädigst mit ihren Arbeitern verhandeln, wenn diese vorher die Arbeit wieder aufgenommen haben. Ob die Herren auf diesem Standpunkt verharrten werden, wenn die Hüttenarbeiter einhellig die Arbeit niederlegen, ist die Frage, da die Einstellung der Hütten eine sehr schwere Schädigung der Aktionäre bedeuten würde. Leider sind die armen Arbeiter ohne alle materiellen Mittel zur Fortsetzung des Streiks und werden nach kurzer Zeit durch den Hunger in die Knechtschaft zurückgetrieben.

Einen wirklichen Erfolg im Kampfe mit den übermächtigen Kapitalisten werden die oberschlesischen Proletarier erst erzielen, wenn sie sich vom polnischen Demagogentum befreit haben und als Klassenbewußte Kämpfer den starken Kampforganisationen der deutschen Arbeiterschaft angehören!

Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Auf Myslowitz-Grube ist die gesamte Belegschaft zur geistigen Nachtschicht nicht eingefahren. Der Betrieb ruht vollständig.

Die Direktion der Giesche-Gruben teilt mit, daß sich die Verhältnisse wieder etwas gebessert haben; auf dem Nächstofen-Schacht können bereits wieder Verladungen vorgenommen werden.

Berlin und Amgegend.

Parteiagnossen Berlins!

Die Hutarbeiter und Arbeiterinnen in Liegnitz sind ausgesperrt bzw. befinden sich im Streik. In der zehnten Aussperrungswoche gepflanzte Verhandlungen verliefen resultatlos, weil die Liegnitzer Hutfabrik vorm. Klein u. Co. den Streikenden das höhnische Anerbieten machte, einen Lokuntarif anzunehmen, der noch größere Lohnreduktionen aufwies, als der erste reduzierte Tarif, der die ohnehin fargen Löhne bis zu 50 Proz. reduzierte. Die Liegnitzer Hutfabrik unterhält auch in Berlin Wäden und zwar in der Wilsnaderstr. 63, Ritterstr. 19a, Friedrichstr. 250, Oranienstr. 204, Große Frankfurterstr. 94.

Verband der Hutmacher. Filiale Berlin.

Lohnbewegung der Konditoren. Wie bekannt, haben die Konditoren in mehreren Geschäften (Fabriken von Zucker- und Schokoladen-

waren) ihre Tarifforderungen durchgesetzt. Bei der Firma Werkmeister u. Meydorf, welche die Forderungen nicht bewilligen will, wird deshalb gestreikt. Eine sehr stark besuchte Versammlung der Konditoren und Hilfsarbeiterinnen, die am Mittwoch tagte, beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Ueber die Situation bei Werkmeister u. Meydorf wurde berichtet, daß zwar eine Anzahl von Arbeitswilligen dort beschäftigt sind, die aber bei weitem nicht ausreichen, um die notwendigen Arbeiten zu erledigen. Die Firma Werkmeister u. Meydorf sucht sich nun dadurch zu helfen, daß sie Ware von anderen Geschäften bezieht. Um dies zu verhindern, wird den Arbeitern der betreffenden Geschäfte zur Pflicht gemacht, keine Streikarbeit für Werkmeister u. Meydorf anzufertigen. Weiter beschloß die Versammlung, die Tarifbewegungen noch auf andere Firmen auszuwehnen. Die günstige Konjunktur, welche die Weihnachtsferien bietet, soll ausgenutzt werden, um die Forderungen, welche bereits von verschiedenen Firmen anerkannt sind, auch in einer Reihe anderer Geschäfte durchzusetzen. Zu diesem Zweck wurden zehn Firmen, deren Arbeiter in der Versammlung vertreten waren, namhaft gemacht. Diesen Firmen wird der Tarif sofort eingereicht und bis Freitag Antwort erwartet. Nach dem Ausfall der Antworten wird eine am Freitag stattfindende Versammlung die weiteren Maßnahmen beschließen.

Die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen Berlins nehmen heute in einer öffentlichen Versammlung in Anton Voelgers Festhalle, Weberstr. 17, Stellung zu der Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung in den einzelnen Betrieben. Das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung (siehe Annonce in heutiger Nummer des „Vorwärts“) hat der Vorsitzende des Verbandes Karl Deichmann (Bremen) übernommen. Bei der Wichtigkeit dieser Versammlung für die gesamte Zigarettenindustrie Berlins ist es die unbedingte Pflicht aller Tabalarbeiter und Arbeiterinnen, vollzählig in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung, Vergolder und Lackierer! In der Lackiererei von A. Wetke, Berlin, Kochstr. 62, sind sämtliche Vergolder wegen Verweigerung der Ueberstunden entlassen worden. Zugug von Vergoldern und Lackierern ist darum streng fernzuhalten. Der Vorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Achtung, Steinarbeiter! Unsere Kollegen bei der Firma Holzmann u. Co., Horkstr. 50c, befinden sich in der Lohnbewegung. Jeder Junge ist streng fernzuhalten. Die Mitglieder der anderen Plätze mögen besonders darauf achten. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Ein Kampfends für die Eringung des Achtstundentages zu gründen, haben die Leipziger Gasanstaltsarbeiter beschloffen. Der Wochenbeitrag wurde mit 15 Pf. bestimmt. Der Fonds soll dazu dienen, diejenigen Gemeindefunktionäre, die bei den Kämpfen um die Durchföhrung des Achtstundentages gemahregelt werden, Unterstützung zu gewöhren.

Arbeitererrettung.

Die Steinmehren der Weltfirma Kreuzer u. Böhringer in Lindensfels (Odenwald) schloffen sich kürzlich dem deutschen Steinarbeiterverband an. Am 15. November erhielten deshalb zirka 120 Mann ihre Kündigung. Herr Böhringer nahm sich jeden Skänder einzeln vor und gab kund und zu wissen: „Wer organisiert ist, wird entlassen.“ Betont sei, daß die Firmeninhaber beim Steinmehremeisterverband mit die erste Geige spielen. — Auch in den Filialbetrieben dieser Firma in Elmshausen und Wobenskirchen wurden wegen Verbandszugehörigkeit mwanzig Mann entlassen. Gegen ein solches Vorgehen werden sich die organisierten Steinarbeiter zu wehren wissen.

Einen schönen Erfolg errangen die Steinarbeiter bei der Firma „Deutsche Steinindustrie“ in Reichenbach (Odenwald). Auch dort sollten 18 Mann aufs Pfahler fliegen. Der Spieß wurde umgedreht und für 130 Beschäftigte ein Tarif abgeschlossen und die Anerkennung der Organisation erzwungen.

Den Achtstundentag haben die Leipziger Lithographen durchgesetzt. Die der „Vorwärts“ berichtet hat, hatte der Deutsche Lithographenbund sich an die Prinzipalität mit der Anfrage gewandt, ob diese bereit sei, vom 1. Januar 1908 die achtstündige Arbeitszeit in ihren Betrieben einzuföhren. Die bis zum 15. November erbetene Antwort ist nun bereits vorher im bejahenden Sinne ergangen.

Ausland.

Der Streik in den Kriegshäfen.

Paris, 14. November. (Eig. Ber.) Der Streik in den Kriegshäfen Brest, Cherbourg, Toulon, Orient und Rochefort hat begonnen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten scheint die Teilnahme an Ausstand nicht überall gleichmäßig zu sein. In Cherbourg und Brest soll nach den offiziellen Depeschen die Zahl der Streikenden nur einige hundert betragen, aber dieser Behauptung widerspricht schon die Tatsache, daß das Arsenal geschlossen worden ist. In Toulon und Rochefort ist die Zahl der „Arbeitswilligen“ trotz der Agitation der gelben Gewerkschaft ganz unbedeutend. In Toulon sind von 6000 Arbeitern nur 150 in den Werkstätten erschienen. Die Streikenden haben an die Spitze ihrer Forderungen die Freiheit der Meinungsäußerung gestellt, die durch die Wahrgelung antimilitaristischer Redner verletzt worden ist. Daneben erheben sie auch Forderungen wirtschaftlicher Natur. Aber es ist kein Zweifel, daß ohne das provokatorische Auftreten des Vrestler Seepfaffen, der nicht nur „Herr im eigenen Hause“ sein wollte, sondern sich auch noch anmaßt, den Arbeitern bestimmte Bestimmungen zu verbieten, der Streik vermieden worden wäre. Es steht den „Patrioten“ wirklich schlecht an, die Arbeiter anzulassen, daß sie die nationale Verteidigung beeinträchtigen. Es ist übrigens kein Geheimnis mehr, daß hinter der nationalistischen und progressivistischen Scharfmacherpresse nicht nur die kapitalistische Reaktion im allgemeinen, sondern auch bestimmte, auf Zuckerprofit ausgehende Spekulantentriebe im besonderen wirken. Schon hat man die Meinung ausgesprochen gehört, der Staat solle überhaupt die neuen Schiffsbauten und Geschäfsfabrikationen nicht in den eigenen Werkstätten, sondern von der privaten Industrie ausführen lassen.

Die Haltung der Regierung ist ganz nach dem Sinn der Ausbeuter. Gestern noch hat der „radikalsocialistische“ Marineminister Thomson eine Drohnote versendet, in der er erklärt, daß er niemals dulden werde, daß die Arbeiter ihre Arbeit verlassen, was bei Leuten, die mit einem solchen Dienst betraut sind, einer wahren Desertion gleichkäme. Das besagt also, daß die Arsenalarbeiter kein Streikrecht haben. Die Konfusion, die in dieser Gewaltpolitik herrscht, wird dadurch illustriert, daß der Unterpräfekt von Brest einem Interviewer der „Patrie“ gestern abend ausdrücklich versichert hat: „das Recht auf den Streik sei ein heiliges Recht des Arbeiters und er verlange nur, daß die Arbeiter auch die ‚Freiheit der Arbeit‘ achten, die gleichfalls heilig sei. Man sieht, zwei einander aufs schärfste widersprechende Auffassungen, was aber nicht verhindern wird, daß der Unterpräfekt das heilige Recht im Einverständnis mit dem Marineminister bereitwillig von Dragonerpferden niederkampeln lassen wird. Herr Thomson hat in seinem Zirkular allen Streikenden die sofortige Entlassung und den Verlust des Rechts auf Wiederanstellung angekündigt, allerdings neben der Peitsche auch ein wenig Zuckerbrod setzen lassen. Er zählt alle Reformen und Lohnherabsetzungen auf, die die Regierung seit 1900 den Arbeitern bewilligt hat und verspricht weitere Aufbesserungen. Die Regierung „studiere“ jetzt, ob die Altersversicherung und die Abvancementsordnung nicht verbessert werden könne.

Die Situation ist ernst. Es gibt nicht wenig Leute, die den Augenblick für gekommen erachten, das Koalitionsrecht der Marine-Arbeiter auch formell aufzuheben. Zu ihnen gehört vor allem die ganz verpaffte Admiralität.

In den Häfen sind jetzt große Militärmasse konzentriert und halb Frankreich ist von Gendarmen entblöht worden, um dem „heiligen Streikrecht“ die Ehrbezeugungen zu leisten. Von der bürgerlichen Presse protestiert einzig die „Lanterne“, die Beziehungen zu Pelletan hat, gegen diese Maßregeln, die, wie sie sagt, die Wiederholung der blutigen Ereignisse von Limoges befürchten läßt. Für die Charakterlosigkeit der Bourgeoisradikalen charakteristisch ist die Haltung des radikal-socialistischen Senators Despech, eines Hauptes der freimaurerischen „Liga der Menschenrechte“, der herausgefunden hat, die Koalition aller Staatsangestellten müsse untersagt werden, weil Frankreich — eine Demokratie sei! Dem die Situation der Staatsangestellten werde durch Befehle geregelt und in einer Demokratie sei das Befehl das höchste Gut!

Ueber den Fortgang des Kampfes kommen einander widersprechende Nachrichten. So meldet ein Telegramm:

Paris, 16. November. In sämtlichen Werkstätten der Arsenalen zu Toulon und Rochefort wurde heute vormittag die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein anderes Telegramm besagt:

Paris, 16. November. Die Arsenalarbeiter von Toulon, Brest und Orient haben für die Fortsetzung des Ausstandes gestimmt trotz des von ihren Delegierten nach der Unterredung mit dem Marineminister erteilten Rates, die Arbeit aufzunehmen, da ihnen Zugeständnisse gemacht werden sollten.

Und weiter wird gemeldet:

Paris, 15. November. Die Arsenalarbeiter in Toulon beschloffen, den Ausstand fortzusetzen. Die organisierten Arbeiter von Brest und die Industrie-Arbeiter von Orient beschloffen, sich mit den Arsenalarbeitern dieser beiden Städte, die den Ausstand fortsetzen wollen, solidarisch zu erklären.

Versammlungen.

Eine Versammlung sämtlicher hädtschen Markthallenarbeiter und Arbeiterinnen fand am Donnerstag bei Paill statt. Als Delegierte zur Kranienklasse wurden Giesse und Persföls einstimmig vorgeschlagen. Dann wurde an der Inspektion I sowie an dem städtischen Arbeitsnachweis eine kräftige Kritik geübt. So wurde mitgeteilt, daß in der Halle I Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen seien, darunter einer, der schon ziemlich zwei Jahre in den Markthallen beschäftigt war, mit dem Hinweis, sie sollten jede Wohnungsveränderung der Inspektion mitteilen, da sie bei etwaiger Bilanz sofort eingestellt würden. Obgleich die Betroffenen ihre Adresse abgegeben hatten und auf dem städtischen Arbeitsnachweis waren, wurden andere Leute angenommen. Einstimmig wurde beschloffen: Die heut bei Paill tagende Versammlung beauftragt den Arbeiterausföhrer in Sachen Vog, Sungenl und Müller beim Herrn Direktor vorstellig zu werden. Unter Verschiedenem stellten die Kellerarbeiter der Halle I einen Antrag, daß sie den Kolonnenarbeitern in der Arbeitszeit sowie in bezug auf die freien Sonntage gleichgestellt werden und ersuchten den Arbeiterausföhrer, beim Herrn Direktor vorstellig zu werden. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die erste Schreckenskunde des Belagerungszustandes. Lemberg, 16. November. Die polnische Sozialistenführerin Golde aus Oberschlesien, die vor einigen Tagen in Warschau eingetroffen war, wurde erschossen.

Wir wollen noch an die furchtbare, erschütternde Nachricht nicht glauben! Die Genossin Golde ist vor einer Woche etwa in Warschau eingetroffen und hat in einigen öffentlichen Versammlungen gesprochen. Wollen wir noch hoffen, daß sich diese grauenhafte Kunde als irrtümlich herausstellt und die junge tapfere Genossin der revolutionären Bewegung noch lange erhalten bleibt.

Militär und Revolution.

Petersburg, 16. November. (W. Z. B.) In den Ausstandsgebieten von Moskau und Waku haben Militärversammlungen stattgefunden, in denen die Resolution des Generalfreist-Komitees angenommen wurde. Die Garde-Marineequipe hielt ebenfalls eine Versammlung ab, in der sie sich mit dem Programm des Komitees einig erklärten. Das einzige nichtoffizielle Blatt, das jetzt erscheint, sind die Nachrichten des Streikausföhrers. Sie erscheinen außerhalb jeglicher Zensur.

Weitere Ausdehnung des Streiks.

Petersburg, 15. November. (W. Z. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Stadt ist ruhig. Das Personal mehrerer Apotheken hat sich dem Ausstand angeschlossen. Die Zeitungen sind nicht erschienen. In den Elektrizitätswerken sind die Ausständigen durch Matrosen ersetzt. Die Nikolai-Bahn hat um 3 Uhr nachmittags den Betrieb eingestellt.

Wir marschieren!

Bielefeld, 16. November. Eine Privatdepesche aus Bielefeld meldet uns, daß die dortigen Genossen bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung mit 3400 Stimmen gegen 2678 Stimmen der vereinigten Gegner einen Sieg errungen haben. Bravo!

Ein neuer Sieg.

Hanau, 16. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nach einem heftigen dreitägigen Wahlkampf ist ein glänzender Sieg über die vereinigten Gegner zu verzeichnen. Sämtliche vier sozialdemokratischen Stadtverordneten-Kandidaten wurden gewählt. Wir rücken nunmehr mit acht Vertretern unserer Partei ins Stadtparlament.

Wahlaußfall in Hessen.

Mainz, 16. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Bei der gestern vollzogenen Landtagswahl haben wir unseren Bewußtstand in den Kreisen Grohgerau und Langen glänzend behauptet und außerdem den Kreis Flunghödt hinzugewonnen. Unsere Stimmenzahl hat beträchtlich zugenommen.

Einberufung des österreichischen Parlaments.

Wien, 16. November. Wie „W. Z. B.“ meldet, wird der Reichstag zum 28. November zusammenberufen werden.

Zum Ausstand der Arsenalarbeiter.

Paris, 16. November. (W. Z. B.) Der Ausstand ist auch in den Arsenalen von Brest und Orient beendet. Im Marineministerium hofft man, daß morgen auch in Toulon die Arbeit wieder aufgenommen werden wird.

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Am Mittwochabend tagten die Berliner Parteifunktionäre und der Parteivorstand gemeinsam, um eine Erklärung in Sachen des „Vorwärts“-Konflikts zu beraten. Der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ hatte eine solche ausgearbeitet, der die sechs ausgeschiedenen Redakteure im voraus ihre Zustimmung gegeben hatten. Parteivorstand und Pressekommision hatten aber an den Hauptpunkten einschneidende Änderungen vorgenommen und legten am Mittwochabend die beiden Erklärungen den Funktionären vor mit dem Antrage, der von ihnen abgeänderten Erklärung ihre Zustimmung zu geben. Zweck der Erklärung sollte sein, nach Annahme derselben durch beide Teile die Polemik einzustellen. Nach dreistündiger lebhafter Debatte lehnte die große Mehrheit die Annahme irgend einer Erklärung ab, Vorstand und Pressekommision blieben mit ihrem Antrage in der Minorität. Mit der Einstellung der Polemik in der Parteipresse wollte man sich einverstanden erklären, doch sollten die Parteiorganisationen das Recht haben, ihr Urteil in dem Streite abzugeben und sollte die Parteipresse über diese Verhandlungen und die angenommenen Resolutionen berichten.

Eine Resolution des Genossen L. Krone, die in ihrem ersten Satze den sechs Redakteuren einen Tadel aussprach, im zweiten und dritten Satze einen verdeckten Angriff auf Parteivorstand und Pressekommision enthielt, im vierten Satze die Berliner Genossen ersuchte, den ersten drei Sätzen beizutreten und im fünften Satze den „Vorwärts“ als Lokalblatt für die Berliner Genossen reklamieren wollte, wurde, da der Antragsteller genötigt war, vor der Abstimmung sich zu entfernen, einstimmig abgelehnt. Der Versuch in diesem Augenblicke die Lokalisierung des „Vorwärts“ aus sehr durchsichtigen Gründen auf die Tagesordnung zu bringen, ein Versuch, den der Genosse Heine unterstützte, wurde scharf zurückgewiesen.

Der erweiterte Vorstand und die Bezirksführer des vierten Berliner Wahlkreises (Südost) haben sich einstimmig mit den Wahlnahmen des Parteivorstandes und der Pressekommision in der „Vorwärts“-Angelegenheit einverstanden erklärt.

Der Sozialdemokratische Verein zu Dresden beschäftigte sich am Dienstag mit der Sache. Die Debatte wurde nach der Begründung, es habe keinen Zweck, den Streit auch noch in die Partei in Dresden zu tragen, mit großer Mehrheit endgültig geschlossen. Eine Resolution nach irgend welcher Richtung wurde nicht vorgeschlagen. Genosse Saug als Vorsitzender das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß Fehler auf beiden Seiten gemacht worden seien und daß die Versammlung deshalb davon Abstand nehmen, einen Beschluß zu fassen. Als ein Vertrauensvotum für die Haltung des Dresdener Parteivorstandes, das von vornherein völlig einseitig gegen Vorstand und Pressekommision Stellung nahm, kann man dies Resultat der Versammlung schwerlich ansehen.

Die Gewerkschaftskartelle fangen jetzt an, sich mit der unglaublichen Haltung des „Correspondenzblattes der General-Kommission“ zu beschäftigen. So wird unserem Kieler Bruderorgan geschrieben: „Zum „Vorwärts“-Konflikt hat die Redaktion des „Correspondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ einen Artikel ausgedrückt und hat Abzüge davon an alle Redaktionen der Gewerkschaftsblätter gesandt mit der Bitte um schleunigen Abdruck. Das „Correspondenzblatt“ bringt den Artikel in seiner neuesten Nummer natürlich auch zum Abdruck. In dem Artikel werden die Gewerkschaften zu ganz energischem Protest gegen den Parteivorstand aufgefordert. Der Vorstand des Kieler Gewerkschaftskartells beabsichtigt die Angelegenheit in der am Donnerstag stattfindenden Sitzung zur Sprache zu bringen, um das Kartell zu veranlassen, zu dem eigenartigen Vorgehen Stellung zu nehmen.“ Wir können dies Vorgehen, das sicherlich Nachahmung finden wird, nur zustimmend begrüßen, denn nachdem einmal das „Correspondenzblatt“ mit den Implikationen der sechs die Angelegenheit so einseitig und verteilend in die Gewerkschaften hineingeragen hat, haben unsere Parteigenossen in den Gewerkschaften keinen Grund, diese hineingeragene Streitart nicht möglichst häufig aufzunehmen. Sie werden dort zweifellos ebenso gut und wirksam ihren Namen spielen wie in den eigentlichen Partei-Organisationen.

Die „Münchener Post“. Unser Angriff auf dieses Parteiblatt hat die gewünschte Wirkung gehabt. Die „Münchener Post“ wurde gezwungen, denselben abzurufen und ihre Entschuldigung daran zu knüpfen. Das Blatt sucht nun zunächst rechnerisch nachzuweisen, daß seine gefälschten Veröffentlichungen von Erklärungen des Parteivorstandes und der Pressekommision nicht schlechter weggekommen seien, als die Entsendungen der sechs ehemaligen Redakteure. Das ist einfach nicht wahr, und außerdem hat es die letzte Erklärung von Parteivorstand und Pressekommision seinen Lesern ganz unterschlagen. Aber in derselben Nummer, in der es mit höflichen Bemerkungen auf jene Erklärung nur hinweist, hat es Raum genug gehabt, den Artikel Heines gegen Parteivorstand und Pressekommision wörtlich abzurufen, wie es in seiner nächsten Nummer den Artikel des „Correspondenzblattes der General-Kommission“ zum größten Teile wiedergab. Und solch eine grobe Fälschung seiner Leser sucht das Blatt als „abgefälschte Verächtlichkeit“ zu rechtfertigen.

Die weitere Behauptung der „Münchener Post“, der „Vorwärts“ habe seinen Lesern die Parteipartei unterschlagen, ist, wie ein Bild in unsere Spalten zeigt, eine Unwahrheit. Sind nicht alle Parteipartei abgedruckt worden, so doch die stärksten, die gegen Parteivorstand und Pressekommision gefaßt sind. Die „Münchener Post“ hat aber bisher wohl zahlreiche Stimmen gegen den Parteivorstand und die Pressekommision veröffentlicht, aber nicht eine einzige zugunsten derselben, sie fährt also auch in dieser Richtung ihre Leser irre.

Schließlich sagt die „Münchener Post“, sie habe die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagcs angeregt, die Kontrollenure möchten dieser Anregung nachkommen. Die „Münchener Post“ ist offenbar in den Bestimmungen der Parteioorganisation so schlecht bewandert, daß sie übersah, daß sie selbst Schritte für die Einberufung eines solchen außerordentlichen Parteitagcs tun kann. Nach § 16 des Organisationsstatuts muß ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden, wenn mindestens 15 Wahlkreise darauf antragen. Sollte der Einfluß der „Münchener Post“ so gering sein, daß sie von den 48 bayerischen Wahlkreisen nicht 15 für diesen Antrag gewinnen kann?

Bei dem Verhalten der „Münchener Post“ in dieser Angelegenheit verwundert es auch nicht, daß sie den in unserem Angriffe enthaltenen Satz: „das Blatt scheint die Ansicht zu haben, daß die Münchener Genossen Schlafmägen sind, denen es ein so frivolcs, parteiverderberisches Spiel zumuten darf“, dahin verdreht, wir hätten die Münchener Genossen Schlafmägen genannt. Wer mit solch plumpen demagogischen Kniffen operiert, richtet sich selbst, sie sind aber auch ein Zeichen für die niedrige Einschätzung, welche die „Münchener Post“ den Münchener Genossen zuzuschreiben läßt. Wir hoffen, daß nunmehr die Münchener Genossen endlich Veranlassung nehmen, zu untersuchen, wo „Recht und Gerechtigkeit wohnen“ und dabei auch die Frage

aufzuwerfen, ob ein Parteiblatt die Aufgabe und das Recht hat, die Parteigenossen über die wichtigsten Vorgänge in der Partei durch tendenziöse Berichterstattung irre zu leiten und an der Nase herumzuführen. Lassen sich das die Münchener Genossen gefallen, so verdienen sie die Redaktion, die sie für ihr Parteiblatt besitzen.

Personales. Genosse August Raden, Mitglied der Kontroll-Kommission und Abgeordneter für Dresden-Kreuzstadt, mußte sich einer Operation des Auges (grauer Star) unterziehen; er befindet sich erfreulicherweise auf dem Wege der Genesung. Die Operation ist gut gelungen.

Eine Verfassung von der Weinungsfabrik in Lichterfelde erhalten wir darüber, daß sie „den Parteiredaktionen zur privaten Information tatsächliches Material geliefert habe“. Ueber diese Verfassung hinaus sogenannten „Berichtungen“, deren welterschütternder Inhalt uns ebenso wenig wie die große Mehrheit der Partei interessiert, und die wir ihm daher zurücksandten, zumal sie sich regelmäßig gegen Behauptungen wandten, die wir erst anderen Parteiblättern entnahmen.

Ueber den politischen Massenstreik sprach am Dienstagabend in einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Hamburger Wahlkreis Genossin Dr. Luzemburg. Sie schilderte eingangs ihrer mit großem Beifall aufgenommenen Rede die Wandlung in den Anschauungen bezüglich des Massenstreiks. Vor kurzen noch bezeichnete man in Deutschland den Massenstreik als etwas Phantastisches, Wesenloses und glaubte ihn mit dem Diktum: „Generalkonsum“ abtun zu können. Dann kam der plötzliche Umschlag in der politischen Bewertung dieser Idee. Wie bei uns der Massenstreik, so galt auch bis vor Jahresfrist in Rußland der Besatz-Resolution als ein wesentloses Phanton. Das Proletariat habe sich jetzt nach neuen Kampfmitteln umgesehen, und eins dieser Mittel sei der politische Massenstreik, den man in Rußland durch eine Resolution von zehn Jellen wegzudeklarieren versucht habe. Die Masse gehe aber oft in ihrem Instinkt sicherer als die Führer; so auch hier. Der Massenstreik sei kein mechanisches Instrument, das man beliebig anwenden könne, sondern der Massenstreik dürfe nur dann gebraucht werden, wenn die Situation dafür gegeben sei. Die Grundprinzipien der Sozialdemokratie seien historisch abgeleitet, von der ökonomischen Notwendigkeit bedingt. Der Massenstreik könne nur bei solchen Situationen zur Anwendung kommen, die ein Auslösen der revolutionären Kraft nach sich ziehen. Welcher Art diese Situationen sein werden, lasse sich nicht im voraus sagen, denn revolutionäre Situationen lassen sich nicht herbeiführen, sondern müßten zu gegebener Zeit ausgenutzt werden. Kalkulatorische Redenmeister, wie die Abgeordneten Heine und Frohme, könnten nicht begreifen, wie das Volk zur Eroberung von Rechten zu hungern vermag; Reuten mit so vielen Bedenken müsse man zurufen: „Wacht nach Rußland, dort könnt Ihr lernen, was das Volk vermag!“ Wir müssen in den Massen den Geist der Kampfesfreude und das politische Verständnis zu erwecken suchen. — Eine Diskussion fand nicht statt.

„Parteilich“. Die Frankfurter „Vollstimme“ veröffentlicht Nachrichten, die mit dem erledigten Redaktionskonflikt im „Vorwärts“ im Zusammenhang stehen, unter der Epithete „Zur Parteilich“. Die Frankfurter „Vollstimme“ scheint mit mächtigen Vergrößerungsgläsern zu arbeiten, daß sie den Streit um ein paar ausgeschiedene Redakteure, in dem auch eine Anzahl Redaktionen von Parteiblättern sich gründlich blamierten, zu einer Parteilich aufbauscht.

Soziales.

Fort mit dem menschenwürdigen Kost- und Logiswesen im Hause der Arbeitgeber! Das ist die Forderung, die in der soeben erschienenen Publikation der Zentral-Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges eindringlich gerechtfertigt wird. Die 20 Seiten lange Broschüre schildert die Nachteile, welche mit dem Kost- und Logiszwang für den Arbeiter und den Konsumenten verbunden sind, in knapper, eindringlicher Weise. Besonders hervorzuheben werden die elenden Bewohnungsverhältnisse im Schlächtereibücherei, Gärtnerei- und Gastwirtschaften. Als einen sehr glücklichen Griff können wir die Veranschaulichung einiger Vorrats- und Wohnräume durch photographische Abbildungen bezeichnen. Seite 9 finden wir einen „Vorratsraum“ im Hofe einer Berliner Bäckerei: Butter, Marmelade, Marzipan und andere zur Kuchenwaare nötigen Produkte stehen in einem Klotzraum und haaren dort ihrer Umwandlung. Der Bäckereimeister hatte sich durch die naturgetreue Schilderung dieser Raumbewertung beleidigt gefühlt. Nach der Weltweitaufnahme, bei der insbesondere diese Photographie eine Rolle spielte, erfolgte Freisprechung des für Verbesserung der Verhältnisse der Bäckergesellen kämpfenden Angeklagten. Mehrere Abbildungen veranschaulichen die prächtigen Villen von Kunst- und Handelsgärtnern und die menschenwürdigen Wohnräume für Gärtnergesellen aus Orten bei Berlin. Abbildungen 4 und 5 schließlich und den Blick in eine Schiffs-„Wohnung“ in Charlottenburg. Neben der Tür zur Gehilfenwohnung erblickt man zuerst den Abort, einen kleinen Holzbau, der von der modernen Kultur mit ihrer Bolleripilung noch nicht befestigt wird. Dadurch kann der aufgesammelte Inhalt der Gärtnerei leichter zugänglich gemacht werden.

Neben diesem verschwiegenen Zubereitungsort für die landwirtschaftlichen Betrieben so nützlichen Rohstoffe, führen einige Seiten hinab zur eigentlichen „Wohnung“. Der Vorräum ist ein Aufbewahrungsort für Stroddeden. Die Wohnung selbst ist geradezu ein Loch zu nennen. Von den Wänden ist der Kalk abgefallen, und zohrende Löcher kann man in der Wand sehen. Ein Kasten mit Häckern eingerichtet, dient als Schipind: Länge 75 Zentimeter, Höhe 75 Zentimeter und Breite 25 Zentimeter. Weiteres Inventar ist ein kleiner, etwas defekter Ofen, drei Schmelz, ein Spind, zwei Betten und ein Tisch 10 x 60 Zentimeter groß. Höhe des Zimmers 2,75 Meter, Breite 2,90 Meter, Länge 4,10 Meter. Wenn es stark regnet, steht die Wohnung unter Wasser.

Als Gründe für Arbeitgeber zur Aufrechterhaltung des Kost- und Logiszwanges führt die Broschüre an: Erhöhung des Profites der Arbeitgeber an den Arbeitern in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, Möglichkeit einer nach Belieben ausgedehnten Arbeitszeit und den Wunsch, die Arbeiter in einer möglichst engen Zwangsjacke zu haben, sie von jedem Verkehr mit der Außenwelt, mit ihren Berufskollegen und ihrer gewerkschaftlichen Organisation abzuschließen, damit sie unmöglich bleiben über das, was sie als Menschen in der heutigen Zeit zu fordern berechtigt sind. Die Streikfrist gegen das Unwesen der Verköstigung und Verhousing im Hause des Arbeitgebers schließt mit einem warmen Appell zum Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen. Das Schriftchen können wir allen Genossen zur Verbreitung unter den den Organisationen noch fernstehenden Arbeitern angelegentlich empfehlen. Zum Schluß möchten wir die Bitte wiederholen, alle auf dem Gebiete des Kost- und Logiszwanges zur Kenntnis des einzelnen gelangenden Mitglieder an die Zentral-Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges (Adresse: P. Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 56) gelangen zu lassen. Je weniger die herrschende Klasse geneigt ist, die Körper und Geist zerrütenden Unzulänglichkeiten auf dem Gebiete des Wohnungs- und Kostzwanges zu beseitigen, desto notwendiger ist die Selbsthilfe der Arbeiterschaft durch Veröffentlichungen und gemeinschaftlichen Zusammenschluß, um schließlich reichsweitigen Arbeiterschutzes durchzuführen.

Ursachen der Bauunfälle. Ein Neubau in dem Stadtteil Warmbeck stürzte Ende voriger Woche zusammen. Vier Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Eine aus Anlaß dieses Bauunfalls am Montag in Hamburg abgehaltene Versammlung aller im Baugewerbe tätiger Arbeiter sprach sich mit Entschiedenheit für schärfere Maßregeln zugunsten eines Bauarbeiterschutzes aus. Eine ausreichende Baukontrolle durch von Arbeitern gewählte Arbeiter und Beteiligung der Affordarbeit wurde allseitig verlangt. Die Zahl der tödlich verlaufenen Bauunfälle hat sich von 9 im Jahre 1898 auf 37 im Vorjahre in Hamburg vermehrt. Die Behörden entwickeln nach jedem größeren Unfall in Hamburg einen großen „Reformeifer“, es wird alles mögliche versprochen und — es bleibt alles beim alten. Als im Jahre 1898 in der Papenhuderstraße ein großer Neubau zusammenbrach und unter den Zeugnern elf Tote hervorgerufen wurden, versprachen Senat und Bürgerschaft, eine Novelle zum Baupolizeigesetz zu schaffen, die einschneidende Bestimmungen enthalten sollte. 1899 setzte die Hamburger Bürgerschaft einen Ausschuß ein, der sehr „gründliche“ Arbeit verrichtete, denn bisher hat er immer noch nichts von sich verlauten lassen. Halte man sich dagegen die Fie vor Augen, mit der der Ausschuß der Wohlfahrtsräuber arbeitet. Freilich hier handelt es sich um die Bekämpfung von Volksfeinden, dort „nur“ um Schutz des Lebens und der Gesundheit von Arbeitern.

Kaufmannsgerichtswahl in Essen. Vorgefien fanden in Essen die Wahlen zum Kaufmannsgericht statt. Von den 761 eingetragenen Wählern übten 529 ihr Stimmrecht aus. Bei den Wahlen von 12 Besitzern hat nach dem Statut jeder Wähler je vier Personen zu wählen. Auf die Liste des Zentralverbandes (in Gemeinschaft mit dem Lagerhalterverband und dem Verein der deutschen Kaufleute) entfielen 444 Stimmen, auf die Liste der Deutschen Nationalen 789, auf die der verschiedenen Vereine 874 Stimmen, so daß der Zentralverband 2, die Deutschen Nationalen 4 und die verschiedenen Vereine 6 Besitziger erhalten.

Zur Schulanst. In Sachsen-Meiningen, dessen Schulverhältnisse bedeutend besser als die Ostelbiens sind, herrscht auch Ueberfüllung der Volksschulen. Sachsen-Meiningen besitzt noch 40 einklassige Schulen, welche über 80 Schulkinder zählen, davon fassen 9 Klassen über 100, 8 über 90, 23 über 80 Kinder. Außerdem bestehen 23 mehrklassige Schulen mit über 80 Kindern und zwar 9 Klassen mit über 100, 8 mit über 90, 6 mit über 80 Kindern. Die Anzahl Schulen, welche 60—80 Köpfe zählende Klassen haben, ist ganz bedeutend!

Städtische Ausschüsse für Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Stadtmagistrat in Regensburg hat für die städtischen Betriebe Arbeiterschüsse errichtet. Nach den Sitzungen sollen die Ausschüsse Wünsche und Beschwerden der Arbeiter erledigen, auch können sie in allen die städtischen Arbeiter betreffenden Fragen gutachtlich gehört werden. Jeder Ausschuß soll aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen. Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt durch Stimmzettel auf drei Jahre. Wahlberechtigt sind alle ständigen Arbeiter nach zweijähriger Tätigkeit in einem städtischen Betriebe, zeitweilige Unterbrechungen der Arbeit infolge Krankheit, Wechsel der Jahreszeit, Militärdienst u. werden nicht angerechnet. Den städtischen Arbeiterinnen ist für die Ausschüsse sowohl das aktive als das passive Wahlrecht zuerkannt.

Aus der Frauenbewegung.

Weisensee. In der am Dienstag, den 14. November, im „Palais“ stattgefundenen Versammlung sprach Genossin Jäger über „Kinderarbeit“. Sie ging davon aus, daß der derzeitige Schulunterricht eine Ueberanstrengung zur Folge habe. Die Einführung des praktischen wie des theoretischen Handfertigungsunterrichts sei unbedingt notwendig. Ferner sei ein Verbot der Kinderarbeit zu erlassen, das bestehende Kinderschutzgesetz sei sehr lächerlich. Besonders der Straßenhandel vererbe die Kinder moralisch. Der Ausbeutung der Kinder durch die Industrie und Landwirtschaft könne durch einseitige Eltern Einhalt geboten werden. Der Schaden der Kinderarbeit sei ein doppelter, indem sowohl die geistige Entwicklung, wie auch die Ausbildung des Kindes darunter leiden, andererseits durch Kinderarbeit verminderte Erwerbstätigkeit und Lohnrückerei für Erwachsene einträte. Die hierauf folgende Diskussion, an der sich auch der amtsende Volkschullehrer Herr Lorenz beteiligte, gestaltete sich zu einer sehr interessanten. Letzterer erklärte sich im allgemeinen mit der Genossin Jäger einverstanden. Der Lehrverein erwarte von der hiesigen Einwohnerchaft Frauen und Entgegenkommen in dieser Beziehung, denn gerade die Lehrer hätten sich die Hebung des Volksschulunterrichts und Schutz für die Kinder mit zur Hauptaufgabe gemacht.

Adlershof. Der Verein für Frauen und Mädchen hielt Montag, den 13. November, bei Wälflein seine Mitgliederversammlung ab. Frau Jeger referierte über „die alte und neue Weltanschauung“. Dem interessanten und belehrenden Vortrag folgte eine sehr rege Diskussion. Als Schriftführerin wurde Frau Böttner gewählt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschul-Direktion. Weizen Ia 64—68 pr. 100 Pfund, IIIa 57—61, IIIb 50—55, IVa 40—48, Roggen Ia 65—70, IIa 72—82, IIIa 56—70, Dammelfeld Ia 65—75, IIa 50—60, Schmeinfeld Ia 74—78, Rotmehl I und II 35—52 pr. 100 Pfund, Ia 3,50—4,00, IIa 2,50—3,00, Raminchen Ia 0,60—1,00, Krammelsbrot 0,10—0,25 pr. 100 Pfund, Mehl Ia 0,80—1,10, junge Ia 0,00, junge Mehl 0,00—0,00, alte Ia 0,70—0,75, alte IIa 0,00—0,00, Dübner pro Sack, alte 0,50—1,50, junge Ia 0,50—1,25, IIa 0,50—0,70, Lauben, junge 0,40—0,55, alte 0,38—0,40, Ganten junge 1,40—2,20, Ganten pro Sack, Ia 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50, pro Sack, Ia 0,58—0,63, IIa 0,45—0,55, Gorte 75—83 pr. 100 Pfund, unsort. 0,00, Waile, groß 0,00, mittel 0,00 pr. 100 Pfund, 45—48 pr. 100 Pfund, 0,00 pr. 100 Pfund, Schafwolle 30—31 pr. 100 Pfund, 19—20 pr. 100 Pfund, Schafwolle (gelb) 37—44 pr. 100 Pfund, Mehl, Mehl, Schaf 0,00 pr. 100 Pfund Ia 122—126, IIa 115—123, IIIa 111—114, abfallende 50—110, Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,50, Rollen 0,00—0,70, blaue 0,00—0,00, runde rote 1,80—2,00, Birnglobl pr. Sack 4,00—5,00, Weizfchl 6,00—8,00, Rotfchl 4,00—5,00, holl. 10—13 pr. Saure Gurken, Schaf 2,00 pr.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7½ bis 9¼ Uhr Nach. geöffnet; abends 7 Uhr. 6. 23. Eine Klage können Sie mit Ruhe eingereichen, da Verjährung vorliegt und die Vermutung dafür spricht, daß Sie die vor 14 Jahren gekaufte Ware bezahlt haben. — R. R. Die Ehefrau hat vollen Anspruch auf Alimentation, falls sie mit Einwilligung des Mannes getraut lebt oder falls ihr das Zusammenleben aus berechtigten Gründen nicht zugemutet werden kann. In der Regel ist gerichtliche Gestattung, getraut leben zu dürfen, nachzulassen. Auch ohne solches Gestattung ist die Ehefrau keineswegs verpflichtet, die Ehemannschaft mit einem Verhältnis des Mannes zu teilen. Sie können Ihre Mutter auf Grund einer schriftlichen Vollmacht vertreten. Ihre Mutter sollte das Armenrecht nachsuchen. Den Weg finden Sie S. 524, 525 des „Arbeiterrechts“ vorgezeichnet. — G. G. Wegen dem Steinlieferanten und dem Steinmetzmeister ist in einer gemeinsamen Klage zu klagen. Die Klage erscheint aussichtslos. — 9576. I. und 2. Ja. 3. Nein. — G. G. 1. Nein. 2. Immerhin eines Jahres nach der Heirat kann Aderhaltung der Hälfte der Rentenbeiträge begehrt werden, wenn 90 c. der Heirat mindestens 200 Markes gelöst waren. Ob Rückzahlung oder Beitragsrückzahlung sich empfiehlt, muß Sie selbst entscheiden. Die Beitragsrückzahlung hat die Möglichkeit, aufrecht, die Hälfte Aufnahme in einer Ehehülle sowie Alters- oder Invalidenrente zu erhalten. — 97. 10. 1. Sie leben außer Ehemannschaft. 2. Ja; Unterhaltungs- und Selbstverschönerung. — C. T. 105. Der gezahlte Betrag ist angemessen, falls nicht nach Beweise Nachzahlen haben. — G. W. 21. Die Voraussetzungen zur Anstellung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben finden Sie S. 300 des in

den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden, Arbeiterrecht. — G. R. G. Klein. — 5. 2. 19. Eine vorherige Werbung ist wohl nicht erforderlich. ...

Abteilung des Innern, einen Staatsangehörigkeitsnachweis erteilen und ...

Witterungsbericht vom 16. November 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Lists stations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, Wien.

Weiterprognose für Freitag, den 17. November 1905. Mild und vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen...

Wasserstand am 15. November. Elbe bei Hufsch + 1,10 Meter, bei Dresden - 0,10 Meter...

Urania Tauben- für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion...

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser.

Schiller-Theater N. (Gledr.-W.H. Th.). Freitag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Carl Weiß-Theater. In Berlin ist was los. Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice. Budapest Pöschel-Theater. 132 Linienstr. 132.

Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Soll und Haben.

Theater. Freitag, 17. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyranus von Kida.

Sternwarte. Invaliden- str. 57/62. D. GASTAN'S PANOPTICUM.

Schiller-Theater O. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater N. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Crainquebille.

Schöneberger Wintergarten. Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer. Stralauerstr. 1.

Theater. Freitag, 17. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyranus von Kida.

Joëls Traum. Pompeji! Die Ehre des Vaters!

Zirkus Busch. Zum 62. Male: Mexiko. Gr. Ausstattungs-Pantomime...

Zirkus Albert Schumann. Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr: Zum 2. Male: Die zwei größten Sensationen...

Schöneberger Wintergarten. Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer. Stralauerstr. 1.

Schiller O. (Wallner-Theater). Der Veilchenfresser.

Kasino-Theater. Lothringert. 37. Täglich 8 Uhr: Das Opferlamm.

Passage-Theater. Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr: Bozena Bradsky.

Vier indische Zauberer. Hofkünstler des Maharadsja v. Mysori...

Meyer-Bilder. Erschienen ist eine neue Ansichtskarte: „Gotthold Ephr. Lessing“.

Jenensia-Räder. Brennabor-Räder. Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie...

Apollo-Theater. Heute Freitag wegen Vorbereitung von Prinzeß Rosine.

Prinzeß Rosine. von Paul Lincke. geschlossen. Premiere.

Bozena Bradsky. in ihrer entzückenden Duncan-Parodie.

Englischen Derby. Sonntag: 2 Vorh., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei), und abends 7 1/2 Uhr.

Komische Oper. Friedrichstr. 104-104 a. Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Berliner Theater. Die Jungfrau von Orleans. Komische Tragödie in 5 Akten von J. Schiller.

Aber, Herr Herzog! Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise!

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Familientag.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnensstr. 16.

Eröffnungs-Vorstellung! „Hoffmanns Erzählungen“.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag: Die Jungfrau von Orleans.

Kinder-Vorstellung. „Hänsel u. Gretel“ in Amerika. Kleine Preise.

Fröbels Allerlei-Theater. Schopenhauer Allee Nr. 148. Jeden Sonntag und Mittwoch.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Eröffnungs-Vorstellung! „Hoffmanns Erzählungen“.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Ein Semmernachtstraum. Morgen u. folgende Tage: Ein Semmernachtstraum.

Herrnfeld-Theater. Zum 14. Male die Noctül: Familientag im Hause Prellstein.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4. Direktion Wilhelm Roemer. Sonntag, Mont., Donnerst.:

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Eröffnungs-Vorstellung! „Hoffmanns Erzählungen“.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Zentral-Theater. Täglich mit großem Erfolge: Musette.

Herrnfeld-Theater. Zum 14. Male die Noctül: Familientag im Hause Prellstein.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4. Direktion Wilhelm Roemer. Sonntag, Mont., Donnerst.:

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Eröffnungs-Vorstellung! „Hoffmanns Erzählungen“.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Ein Bliglmädel.

Herrnfeld-Theater. Zum 14. Male die Noctül: Familientag im Hause Prellstein.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4. Direktion Wilhelm Roemer. Sonntag, Mont., Donnerst.:

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Eröffnungs-Vorstellung! „Hoffmanns Erzählungen“.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Der letzte Troubadour.

Herrnfeld-Theater. Zum 14. Male die Noctül: Familientag im Hause Prellstein.

Palast-Theater. Borsigstr. 24, 2 Min. v. H. B. B. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Eröffnungs-Vorstellung! „Hoffmanns Erzählungen“.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Ani - in's Metropol!

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl.

Palast-Theater. Borsigstr. 24, 2 Min. v. H. B. B. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Eröffnungs-Vorstellung! „Hoffmanns Erzählungen“.

Wintergarten. Phant. Oper 1. 3 Uhr, einem Vor- und einem Nachspiel u. Jacques Offenbach.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler
Soubretten-Weistreit.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säng.
Zum Schluss: **Reu!**
Fraulein Doktor.
Selbstdarstellung von Reu!
Abend: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Abend: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.
Neu! Signor Franzosko, Neu!
munderbarer Froschenschanz am Trapes.
Neu! Die 4 Vollmers, Neu!
Elite-Strabaten.
Neu! Das gebildete Dienstmädchen,
Pöste mit Gesang.
Neu! Der eifersüchtige Ehemann,
Pöste mit Gesang.
und 15 Spezialitäten.

Königshof, Bülowstraße 37
an der Lutherkirche.
Heute sowie jeden Freitag:
Humoristische Soiree
der allbeliebten
Steidl-Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entree 30, Sperr. 50.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Münsterstr. 10.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof
Parladorstr. 26, Stendalerstr. 18.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den
geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartett-Sänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Etablissement Buggenhagen
Horstaplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

4894L*
Ein Riesenposten
Mocketplüsch
130 Cmr. **Meter** von 4 65
breit, a Mk. 4, van
haltbarster buntfarbiger Möbel-
stoff. Reste spottbillig!
Proben franko.
Teppichhaus
Emil Lefèvre,
BERLIN S. Oranienstr. 158.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Guthausstr. 46, Berlin S. Oranien-
str. 46, verleiht gegen Rücknahme
garant. neue Bettfedern d. Bld. 66 Pf.,
diesjährige Halbwaren d. Bld. 21.25,
bessere Halbwaren d. Bld. 1.75,
vorzügliche Downen d. Bld. 21.25.
Von diesen Downen gekügelte
3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett
Verordnung frei. Vers. u. Proben
gratis. Bitte Anfertigungsfahr.

Jacob Golde
Spez.-Wäschegeschäft
Arbeiter-Berufskleidung
119 Gr. Frankfurterstr. 119
10 % Rabatt.
Über 40 Jahre im Osten Berlins!

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den
Wahlkreis Bromberg Stadt und Land.
Sonntag, den 18. November, abends 8 Uhr, in Fritz Wilkes
Festsälen, Brunnenstr. 188 (am Rosenfelder Tor):
1. Stiftungs-Fest
bestehend aus Konzert, Vorträgen und Ball
unter gütiger Mithilfe des Gesangsvereins „Vereinigte Säng. Monbits“,
sowie Reigenfahrten, ausgeführt von der vierten Abteilung des
„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins“ (Mitgl. d. Arb.-Kad.-B. „Solidarität“).
NB. Da der Ueberzueh des Festes zur Agitation für den Wahlkreis
Bromberg Stadt und Land verwendet wird, so bitten wir die Partei-
genossen um zahlreiche Unterstützung. 298/5 Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche (Gruppe der
Zementarbeiter).
Sonntag, den 19. November 1905, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale Brunnenstraße Nr. 188.
Tages-Ordnung: 159/9
1. Jüngere Angelegenheiten der Gruppe. — 2. Verschiedenes.
Wir erlauben sämtliche Mitglieder der Gruppe, zahlreich und pünktlich
in der Versammlung zu erscheinen.
Der Gruppenvorstand.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
(Filiale Berlin.)
Sonntag, den 19. November 1905, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Buggenhagen, am Moritzplatz (großer Saal).
Tages-Ordnung: 100/13
Fortsetzung der Versammlung vom Montag, den 13. November.
(Antrag Oskar Greth von der Firma H. W. Pelt.)
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser für den ferneren
Verlauf unserer Bewegung wichtigen Versammlung zu erscheinen. Kollegen,
welche in anderen Verbänden organisiert sind, haben Zutritt.
Der Vorstand.

Achtung! Einsetzer. Achtung!
Sonntag, den 19. November, vormittags 11 Uhr, bei Feuerstein,
Alte Jakobstr. 75:

Oeffentliche Versammlung
sämtlicher Einsetzer Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Welche Vorteile würde und eine event. Einführung der Lohnarbeit immer-
halb unserer Branche bieten? Referent Kollege W. Koschka. 2. Diskussion.
Kollegen! Im Anfang nächsten Jahres läuft der Tarif, den
wir mit den Unternehmern vereinbart haben, ab. Deshalb ist es
nötig, beiseite zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Darum tue
ein jeder seine Schuldigkeit, und Sorge für einen Mahenbesuch
dieser Versammlung. Kein Einsetzer darf fehlen.

Die Kommission der Einsetzer des Holzarbeiter-Verbandes.
A. N.: G. Lehmann. 97/2

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Zahlstelle Osten.
Sonntag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, in Boekers
Festsälen, Weberstr. 17:
Mitglieder-Versammlung für den Osten.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen A. Kleinlein. 2. Diskussion. 3. Vereins-
angelegenheiten. 142/10
Gäste willkommen.
Der Vorstand.
NB. Montag, den 20. November, bei Graumann, Raun-
hofsstr. 27: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird noch
bekannt gemacht. D. O.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Freitag, 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Anton Boekers Festsälen,
Weberstr. 17:
Oeffentl. Versammlung
der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Verein Deutscher Zigaretten-
fabrikanten zu Berlin. Referent: Erster Vorsitzender des Deutschen Tabak-
arbeiter-Verbandes Karl Reichmann-Bremen. 2. Diskussion und Stellung-
nahme zu den Verhandlungen. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.
Die Bevollmächtigten. A. N.: Sally Rosenthal. 187/15

Verband des technischen Bühnen-Personals
Sitz Berlin.
Sonntag, den 18. November, abends 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.
NB. Unser sechstes Stiftungsfest findet am Dienstag, 21. Novbr.
(Tag vor dem Buhtag) in der Alhambra, Ballhausstraße 15, statt.
Anfang 9 Uhr. Das Komitee.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 4122L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Sonntag, den 19. November 1905, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher
im großen Saal des
„Vereins Berliner Musiker“ (C. Elsner), Kaiser Wilhelmstraße 18m:
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über: „Weltanschauung und Taktik
des Proletariats.“ 2. Verschiedenes.
Um den Kollegen unserer Branche die Gelegenheit zu geben, der Fort-
setzung der Diskussion beizumohnen, ist auch für diese Versammlung eine
Kontrolle notwendig. Die Kollegen werden im eigenen Interesse ersucht,
sich rechtzeitig mit ihrem Mitgliedsbuch einzufinden.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass.

Sonntag, den 19. November 1905, vormittags 10 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für Köpenick und Umgegend
im Lokale von Jakob Moll, Grünauerstraße 7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Bause-Berlin über: „Der Kampf in der
Electro-Industrie und welche Lehren ziehen wir daraus?“
2. Diskussion.
3. Verbands-Angelegenheiten.
Ehrenpflicht aller in Köpenick wohnenden Verbandskollegen ist
es, diese Versammlung pünktlich zu besuchen.

Sonntag, den 19. November 1905, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in der Metall- und Eisen-Industrie beschäftigten Hobler,
Bohrer, Stoßer und Fräser
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Alexander II. von Rußland und der Nihilismus.“
Referent: Genosse Max Schütte.
2. Diskussion.
3. Ergänzungsarbeiten zur Agitations-Kommission.
4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
NB. Um die Versammlung pünktlich eröffnen zu können, werden die
Kollegen ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Achtung! Konferenz! Achtung!
Sonntag, den 19. November 1905, vormittags 10 Uhr:
Konferenz
aller Werkzeugmacher aus den Spezialfabriken
für Schlitze und Stangen
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal V).
Tages-Ordnung:
Die Aussperrung und ihre Folgen.
Kollegen! Die Unternehmer der Electro-Industrie planen einen
Schlagzug gegen unsere in ihren Betrieben beschäftigten Kollegen. Die
Konferenz soll der Aussprache über die eventuelle Stellungnahme dienen.
Zahlreichen Besuch erwartet

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Gente Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer Nr. 15: 97/1
Sitzung der Ortsverwaltung.
Kamm- u. Bürstenmacher.
Sonntag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, Saal 1:
Unterhaltungs-Abend.
Vortrag des Hrn. Heydemann über: „Der Freiheitsdichter Heine“.
Humoristische u. Gesangsvorträge von Mitgl. des Berl. Theatervereins.
Eintritt 20 Pf. Tanz. Eintritt 20 Pf.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.
Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin II.
Bretterträger und Brettschneider!
Sonntag, den 19. November cr., vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr,
im Königsplatz-Rasino, Holzmarktstr. 73:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Delegierten zum Verbandskongreß. 2. Verbandsangelegen-
heiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Der Vorstand.
NB. Erscheinen eines jeden Kollegen unbedingt erforderlich.

Achtung! Rixdorf! Achtung!
Sonntag, den 19. November cr., vormittags präzis 10 Uhr,
bei Thiel, Bergstraße 151-152:
Quartals-Versammlung
der Zentral-Krankenkasse der Maurer und Stukkateure Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeit“.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Be-
sprechung und Beschlußfassung über den neu zu gründenden Invalidenfonds.
3. Verschiedenes in Kasernenangelegenheiten.
Um rege Beteiligung bitten
Die Ortsverwaltung. A. N.: Albert Grodetzki.
149/19
Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“
bei Erkner.
Am Mittwoch (Buhtag), den 22. November 1905:
Großes Schlachtfest (Wurstessen a. Portion 60 Pf.),
wogu ich hiermit die berechtigten Vereine etc. ganz gehorfsam bei ihren
Gerrenpartien einlade.
Friedrich Saewert. 506/13

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am Dienstag, den 14. d. M.,
verstarb nach schwerem Leiden
der Kartonnarbeiter
Hugo Schildt
im 21. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 17. d. M., nachm.
3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Lang-
bansstraße 55, aus nach dem
Weißenseer Kirchhofe statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung. 29/8

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten, Kollegen und
Kolleginnen zur Mitteilung, daß
meine Frau
Anna Büchner
geb. Schimmelpfennig
am 15. November nach langem
Leiden verstorben ist. [4614]
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, den 19. November, nachmit-
tags 3 Uhr, von der Charité
aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Alex. Büchner nebst Kindern,
Ober-Schöneweide.

Dankjagung.
Sage hiermit allen Kollegen,
Freunden und Bekannten für die
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, des Schlossers
Karl Schwarz
meinen innigen Dank. 50629
Witwe Elise Schwarz
nebst Tochter.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Sonntag, den 19. November:
1. und 2. Abt., früh 8 Uhr: Rennen,
Kunze. Start: Kaiser Wilhelm-Gedächtnisstraße. Mittags 1 1/2 Uhr: nach
Hakenfelde, Teichow. Start: 1 1/2 Uhr
an der Lutherstraße, Bölowstraße.
Desgl. nach Hagenwerder, Freund.
Start: 1 1/2 Uhr am Brandenburger
Tor. Gäste stets willkommen.
Am 22. November (Buhtag):
Nach Hohannisthal, Krüger. Start:
1 1/2 Uhr Schleißische Brücke.
Nachmittags 5 Uhr, im Chiffon,
Landberger Allee 40/41: Vereins-
versammlung mit nachfolgendem
Vichtbilder-Vortrag und gemächtem
Beisammensein. Vollzählige Belei-
gung erwünscht. 27/14

**Arbeiter-Radfahrer-
Verein Rixdorf**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes Solidarität.
Sitzung der ersten Abteilung
jeden ersten Dienstag im Monat bei
H. Thiel, Bergstr. 151/152,
abends 9 Uhr; der zweiten Ab-
teilung jeden zweiten Dienstag im
Monat bei **F. Hoppe, Hermann-
straße 49/50,** abends 9 Uhr;
Hauptversammlung jeden dritten
Dienstag im Monat bei **Thiel.**
Am Mittwoch, den 22. No-
vember, abends 5 Uhr, findet ein
Vortrag statt über „Ernährung und
Stoffwechsel“, Referent: **Dr. Woll-
helm.** Nach dem Vortrage gemüt-
liches Beisammensein. Freunde
und Gönner sind hierzu herzlich
eingeladen. 27/15
Am 25. November findet unter
diesjähriger Pannabend in Fritz
Hoppes Festsälen, Hermann-
straße 49/50, statt. Anfang 10 Uhr.
Mit Preisverteilung für die Original-
penne. Freunde und Gönner des
Vereins sind herzlich willkommen.
Während des Winterhalbjahres
finden die Starts zu den Vereins-
tourneen jeden Sonntagvormittag
1 Uhr bei **Thiel** statt. Ziel wird
am Start bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Selowsky's
„Bolero“
feinste
2 Pfg.
Zigarette.
Gesetzlich geschützt!
Nur Handarbeit!
4830L*

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Schönhauser Vorstadt.

Sonntag, den 19. November, abends 6 Uhr, in den „Berolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28:

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Düwell über: „Die verschiedenen sozialen Schichtungen“. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vertrauensmann.

Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Freitag, den 17. November 1905, abends 8 Uhr, bei Keller, Kopenstraße Nr. 29:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal. 2. Wahl eines Ausschuss-Mitgliedes. 3. Gewerkschaftliches. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. 5. Zahlreichen Besuch der Versammlung erwartet

Der Zweigvereins-Vorstand. J. A. Emil Thöns.

NB. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Friedrichsberg fällt dieser Versammlung wegen aus.



Josetti Cigaretten
Erstklassige deutsche Fabrikate.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 20/14* Haut- und Haarleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III. Nr. 5028.

Sonntag, den 19. November, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Benthstr. 20:

Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion der Verfassung vom 13. Oktober und Beschlusfassung über die Genetal-Versammlung. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. H. A. Juppelatz.

Stukkateure!

Montag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr (pünktlich), in O. Elsners Festsälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

Regelmäßige Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortragen aus der Aufsichtung in der Elektro-Industrie. Referent: Kollege Krebs. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen und Verschiedenes.

Gäste und Nichtmitglieder haben Zutritt! Besonders sind die Genossen Cohen (Metallarbeiter) und Silber-schmidt (Gen.-Kom.) eingeladen worden.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 18. November, wegen des Stiftungsfestes die Beitragsammler nur von 7-9 Uhr Beiträge entgegennehmen.

Die Ortverwaltung.

Gewinn

Lose der königl. Preussischen Lotterie zahlen sofort aus

Heinrich Kron, Bank- u. Lotteriegeschäft, Alexanderstr. 54.

9. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 16. November 1905, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

27 89 183 234 336 513 79 727 832 931 1024 23
63 77 129 54 210 488 544 650 2118 90 203 402 82 588
642 716 832 3044 63 (3000) 183 277 310 45 817 810
63 980 4292 500 800 21 37 35 975 5257 (500) 364
71 814 652 822 72 (3000) 6073 111 816 475 535 43
53 638 712 881 725 75 333 535 790 895 8037 273
1500 (500) 81 9128 693 712 832 918 46 (500)
10360 706 940 78 11650 117 252 449 709 20 898
911 40 12325 402 605 11 740 79 13101 47 306 817
[500] 765 14044 197 432 94 604 783 84 872 851 90
[1000] 15044 625 90 16183 227 310 91 437 (1000)
55 (10000) 659 722 846 940 17194 270 283 487
553 605 7 57 780 18231 (500) 604 767 (500) 967
19010 83 340 649 91 890 (500)
20023 67 81 106 15 247 222 647 (3000) 66 808
21532 69 22122 251 352 635 23122 (3000) 57 358
731 828 940 24045 363 600 25023 47 115 34 73
534 91 849 80 942 89 84 26095 (1000) 112 212 90 644
[3000] 799 (500) 908 78 27001 31 81 163 245 405 75
28121 66 210 474 (500) 98 (500) 11 690 711 17 48 848
[1000] 55 (500) 98 980 29088 363 (1000) 70 94 (500)
574 (500) 77 83 627 83
30265 67 82 44 47 889 97 925 (3000) 99 31025
502 47 492 3 12 61 667 72 92 782 944 32066 54 230
501 762 869 912 32201 54 433 74 678 719 34148 47
389 427 71 (3000) 589 688 897 930 87 35124 287 596
664 36321 697 779 37566 648 83 727 74 977
38000 178 210 842 92 623 785 899 943 (500) 39016
88 192 (500) 307 (1000) 307 95 (3000) 442 343 62 706 913
40012 69 346 528 90 95 329 93 668 88 763 913
41255 (3000) 67 84 371 472 614 42055 (500) 76 304
19 443 74 626 46 (3000) 873 882 43063 150 (500) 858
91 44001 15 91 150 66 (3000) 284 655 63 75 945
45088 107 42 90 845 621 74 817 915 46155 238 90
[1000] 442 43 556 86 773 816 903 47650 113 (500)
284 322 88 816 41 645 77 708 4875 512 728 70 931
40121 367 (500) 94 406 97 884 694 74 76 706 874
50213 301 427 74 95 51139 255 318 (1000) 52
387 722 34 93 876 52089 205 (1000) 435 71 (500) 517
62 638 710 91 817 72 986 (1000) 53068 100 290 316
408 503 627 756 882 54129 (500) 305 842 776 841 90
925 55004 80 153 84 90 343 428 (1000) 680 (500) 975
56113 55 229 315 91 99 431 40 516 610 57012 (3000)
446 544 330 31 75 58199 290 405 71 89 798 889
59194 201 55 93 347 603 711 89
60036 391 (1000) 576 671 95 846 50 915 (500) 35
65 61379 405 (3000) 54 (500) 622 611 735 71 30
[1000] 874 76 62018 61 120 28 353 404 71 833 624
758 (3000) 907 (1000) 63278 348 67 98 436 70 515
806 64157 216 556 684 923 35 65038 (1000) 39
501 327 656 96 66058 182 258 (3000) 92 311 502 49
60 718 67035 68 69 180 244 946 68377 401 555 784
822 907 69015 82 86 510 90 623 75 (3000) 814
7075 81 (500) 181 399 786 939 71064 111 30
56 206 654 83 701 34 60 (1000) 913 56 (500) 81 72060
484 (500) 792 891 73135 206 (1000) 27 72 379 459
85 801 785 64 6 74209 37 376 463 67 530 56 683 84
[500] 805 21 75401 531 51 56 96 702 829 76007 74
224 346 461 69 670 77109 12 285 654 880 63 92 828
82 90 78074 111 86 (1000) 667 79 708 814 57 (500)
79124 31 305 (500) 427 97 682 869 932
80065 233 88 385 83 84 535 96 (500) 983 81156
601 709 833 87 82197 329 571 99 859 66 86 869
83026 244 80 307 76 413 78 896 984 (1000) 84120
[3000] 207 90 352 95 460 94 533 76 890 937 (500) 49
[500] 61 65103 419 521 47 61 68 630 82 70 729 808
86047 131 91 (1000) 624 523 (3000) 692 87125 250
85 802 48 88088 (500) 127 31 (1000) 241 73 47 469
893 655 93 600 15 89020 21 (500) 23 45 395 471 361
[1000] 71 96 629 723 35 888
90065 82 169 70 86 (1000) 291 732 78 91110 206
[500] 315 16 33 574 790 884 905 43 74 (3000) 92122
[500] 53 91 (3000) 282 477 633 796 93087 (1000)
1504 521 28 489 796 820 52 964 94073 83 (5000)
[500] 53 91 86 806 822 821 88 95015 158 203 376
453 (1000) 514 (500) 739 96016 285 88 392 471 710
33 97006 74 128 39 424 933 (1000) 98023 (500) 1
183 (500) 357 87 (500) 449 535 840 (500) 908 11 99102
282 389
100347 697 727 (500) 818 (10000) 101017
[500] 87 89 216 420 (500) 294 85 823 954 102061 128
[1000] 63 337 765 906 87 103087 313 28 440 521 671
877 40 104128 290 456 822 732 105044 246 88 894
827 105084 140 77 292 387 451 500 5 648 788 (500)
75 107048 115 60 480 83 805 (5000) 645 (500) 717
859 956 108501 290 (500) 88 305 513 737 56 930 78
109031 463 679
110720 61 191 2 202 473 585 888 837 656 111173
263 373 443 71 524 743 69 939 112015 118 205 603
45 526 (500) 947 113035 68 193 350 447 68 (5000)
90 718 847 988 114013 (1000) 294 447 65 71 (500)
770 (3000) 919 40 86 115127 65 88 244 (3000) 65 356
880 (500) 60 (500) 118469 99 (1000) 579 624 33 81
884 117160 315 118017 29 85 408 88 791 (500) 879
962 (500) 111095 982
120390 480 87 507 82 97 967 121147 279 543
89 599 618 17 719 122130 40 43 245 633 51 968 (1000)
81 123104 227 42 340 64 91 482 738 61 87 124067

104. 313 587 (500) 756 125189 301 549 636 761 968

126236 54 94 329 (1000) 41 95 437 576 663 736 56 84
876 918 24 63 727059 164 312 647 99 128007 69
114 21 243 617 727 129073 227 572 529 37 45 (3000)
671 (500) 779 83 974 83 84
130117 (1000) 236 82 314 29 634 849 52 982
131065 (1000) 140 224 51 347 404 6 515 29 67 633 726
588 132112 262 68 319 (1000) 470 76 571 88 631 63
807 70 133942 (3000) 93 103 385 686 830 54 134249
390 481 547 600 1 4 943 57 135134 209 (500) 504
709 800 914 136082 298 480 519 33 607 55 761 72
807 932 70 137320 (5000) 596 838 138227 76
[1000] 320 (500) 514 (500) 880 844 916 139107 42
276 318 403 39 667 629 780 813 42 83
140025 26 105 382 93 501 692 896 927 88 91 (500)
141182 277 448 94 380 81 (500) 802 24 76 905 (1000)
24 27 142101 96 334 489 (1000) 549 (1000) 90 621
68 804 143041 83 175 225 (500) 86 506 685 (500) 717
822 973 144109 17 391 401 532 48 710 826 926 145121
[500] 249 418 322 840 940 (500) 146168 (1000) 351
65 475 816 147010 (500) 197 (500) 277 751 826 61
148017 34 112 75 235 447 56 528 40 (3000) 97 617 702
823 149011 29 58 79 244 91 85 688 001
150225 (500) 42 88 (3000) 629 61 968 151110
32 264 399 488 626 85 719 38 87 150229 230 417 (500)
71 588 (1000) 92 659 784 92 870 153144 (500) 229
300 511 970 (5000) 91 154002 128 205 97 325 89
[500] 95 459 466 883 927 155119 (500) 634 827 38
822 156235 164 99 (500) 458 897 908 157043 182
327 (500) 789 85 844 158036 (500) 193 246 389 (1000)
730 62 159115 (5000) 90 577 630 756 98 812 21
160091 223 58 305 80 488 574 668 89 894 (1000)
967 (3000) 161078 190 217 307 565 645 53 722 97
962 74 162303 631 59 (500) 772 916 163210 324
[500] 436 99 601 824 95 (500) 164197 432 538 785
89 893 165164 205 434 428 84 879 166060 158 77
[500] 253 370 479 559 743 90 956 167035 212 370
402 50 90 531 719 (10000) 51 168044 (3000) 90
122 264 (3000) 344 529 671 867 906 169113 54 206
337 95 (500) 592 637 748 837 74
170212 213 395 514 23 656 171046 (500) 75 81
[1000] 88 171 336 545 64 830 82 915 56 172066 129
39 72 78 234 286 480 (500) 684 (1000) 744 90 820
173251 377 476 621 90 95 714 833 940 174050 78
[500] 105 287 97 418 558 628 717 45 868 82 (1000)
175053 172 270 548 756 875 935 176055 (1000)
127 (3000) 369 73 (1000) 622 96 177111 (500) 28
310 (3000) 19 88 750 178596 96 (500) 796 81 179070
222 346 538 600 70 83 848 935
180178 90 650 83 902 13 181147 304 435 822 33
99 967 182117 (500) 54 456 98 511 68 693 747 84
183102 21 293 33 528 749 890 184068 510 92 630
749 (3000) 849 185102 228 410 28 500 630 43 956
186390 435 500 706 89 909 951 187019 50 430 549
628 736 57 188192 (1000) 928 189010 79 (500)
214 (500) 17 35 537 933 (500) 72
190217 16 78 98 632 89 832 191249 371 465
[1000] 192033 78 410 53 (1000) 61 972 193174 392
427 551 690 61 999 194222 362 434 99 (500) 532
[500] 615 (500) 6 880 943 195294 723 857 62 196290
449 62 510 34 737 848 197379 (1000) 88 488 70 523
661 95 802 3 29 50 (3000) 971 198021 58 712 115 39
288 310 928 199035 180 234 (500) 49 389 83 (500)
700 80 8 75
200192 95 237 322 (3000) 57 79 411 509 84 866
201117 302 57 729 39 41 83 907 202001 67 312
472 (500) 580 640 730 856 908 203099 190 405 629 881
204145 273 447 695 991 205135 88 348 78 635 727
37 893 967 80 206399 674 (500) 87 787 844 47 (1000)
207010 39 184 275 334 (500) 888 942 730 43 (500) 64
208291 411 58 76 818 85 906 41 43 57 209062 156
228 49 475 617 824 (3000) 63 935 99
210990 206 (500) 319 422 532 91 211152 (3000)
56 75 361 925 67 81 677 707 (500) 212010 100 (500)
14 29 305 316 52 679 701 19 823 (1000) 96 91 (1000) 930
213063 228 (5000) 512 601 47 989 214121 392 421
[1000] 723 844 51 93 215078 (3000) 177 534 97 631
[500] 62 90 658 70 701 19 27 (500) 931 94 216398
[500] 18 30 (1000) 66 523 618 49 812 58 217960 130
258 328 33 56 413 983 749 905 89 218017 41 124 396
427 530 618 (1000) 219733 49 (1000) 925
220164 262 90 354 68 72 (3000) 85 633 45 83 808 60
221219 346 499 601 788 (500) 570 222001 76
[3000] 97 147 54 216 70 96 373 402 551 647 83 305 82
619 223092 (500) 198 405 592 823 (500) 74 224076
248 (500) 490 507 38 (500) 898 225197 298 (500) 417
556 824 943 55 226046 94 231 (15000) 60 733 79
556 675 882 (500) 902 227274 681 97 812 852 (1000)
228381 (500) 790 906 229313 35 405 845 912
230184 238 322 88 40 66 641 738 822 64 (3000)
231001 3 135 51 86 271 327 463 506 41 724 232406
[3000] 674 799 (1000) 800 10 58 922 233111 308 310
609 797 911 77 234114 (500) 16 234 501 15 63 83
[1000] 748 909 67 (3000) 235082 252 89 (500) 389 405
24 43 518 699 778 (1000) 236072 162 357 62 433 50
308 75 696 773 865 895 237149 544 808 966 238012
27 100 233 58 72 436 519 81 708 58 (500) 381 (1000)
239012 251 483 580 (1000) 82 717 (3000) 26 (500) 60
807 (3000) 47
240148 90 203 (3000) 33 70 318 365 738 968 (500)
241000 141 280 312 (1000) 456 516 54 625 82 242005
75 129 231 315 24 78 806 901 79 243157 92 336 78 417
569 985 244178 39 556 605 805 245116 295 882 710
882 97 246133 312 42 51 456 566 744 (3000) 806 60 77
926 247011 14 29 87 94 (3000) 437 719 38 60 882 900

9. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 16. November 1905, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

87 661 (500) 835 1044 94 231 83 697 57 77 879 963
2004 413 796 73 3000 176 298 944 90 454 60

Die Straßenbahner und ihre „wohlwollende“ Direktion.

Am Mittwoch wurde im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung der im Betriebe der „Großen Berliner Straßenbahn“ beschäftigten Angestellten abgehalten.

Verbandsvorsitzender Schumann hielt das Referat über: „Lebensmittelverteilung, Straßenbahnerlöhne und Unternehmergewinne“.

Einleitend bemerkte der Redner, daß es sich ein Teil der bürgerlichen Presse nicht habe vermerken können, daß Statistiken dieser Versammlung zu einer schreienden Sensationsnachricht auszumachen, indem Schauerworten verbrochen wurden mit der Ueberschrift: „Straßenbahnerstreik in Sicht!“

Gehaltserhöhung auf:

Table with 2 columns: Duration (In den ersten 6 Monaten pro Tag, folgenden 2 Jahren pro Tag, Vom 1. bis 5. Jahre nach der Anstellung, Nach dem 5. Jahre) and Salary (3,25 M., 3,60 M., 110, 120, 125, 130).

Ferner: Erhöhung des Kilometergeldes von 50 auf 75 Pf. pro Tag und diesen Betrag in festen Lohn anzulegen.

Erhöhung des Lebensmittelgeldes für das Erzieher- und Referatpersonal von 25 resp. 30 auf 50 Pf. Aufschlag für Nachtendienst. Vertiefung der Dienstzeit für Schaffner von 11 resp. 10 1/2 auf 10 Stunden.

nennenswerteste Lohnaufbesserung gebe. Um der Direktion aber deutlich zu zeigen, welche berechtigten Erwartungen die Verbandsmitglieder in die wohlwollende Prüfung setzen, beschloß die Versammlung einstimmig, folgende Forderungen durch die Vertrauensmänner einreichen zu lassen:

Table with 2 columns: Duration (In den ersten 6 Monaten pro Tag, folgenden 2 Jahren pro Tag, Vom 1. bis 5. Jahre nach der Anstellung, Nach dem 5. Jahre) and Salary (3,25 M., 3,60 M., 110, 120, 125, 130).

Ferner: Erhöhung des Kilometergeldes von 50 auf 75 Pf. pro Tag und diesen Betrag in festen Lohn anzulegen. Erhöhung des Lebensmittelgeldes für das Erzieher- und Referatpersonal von 25 resp. 30 auf 50 Pf.

Aus Industrie und Handel.

Von der Schmelzwerke. Zu dem Geschäftsbericht der Gesellschaft, in welchem eine Steigerung der Löhne betont wird, schreibt man uns: Eine Lohnsteigerung ist nicht eingetreten.

Kohlenversorgung deutscher Großstädte.

Soweit die deutschen Großstädte in Betracht kommen, ergibt die Statistik eine überaus starke Steigerung der Zufuhr. In den ersten neun Monaten 1905 überstieg die Versorgung die des Vorjahres um nicht weniger als circa 8 Proz.

Die Berliner Handelskammer teilt mit,

daß die kgl. Eisenbahndirektion Berlin neue Grundzüge über die Abgabe von Erklärungen und Vollmachten für die Abholung und Abrolung von Gütern aufgestellt hat.

Wannvollernete der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1904/05.

Die Wannvollernete der Vereinigten Staaten belief sich für das mit Ende August schließende Jahr 1904/05 auf 13 665 856 Ballen.

Dividenden. Die Brille- und Braunkohlen-Industrie Aktien-Gesellschaft Berlin verteilt 12 Proz. (10 Proz. in v. J.)

Die Generalversammlung der Chemischen Fabriken zu Leopoldsdorf setzte eine Dividende von 5 Proz. fest (3 Proz. für Stammaktien).

Stimmungsmache. Bezeichnenderweise wird in bürgerlichen Blättern fortgesetzt das Gespenst eines neuen großen Bergarbeiterstreiks an die Wand gemalt.

Krise im Bergbauischen Verein.

Ueber die eigentlichen Gründe des Konfliktes im Bergbauischen Verein ist bisher offiziell noch nichts bekannt geworden. Die Angelegenheit dürfte mit dem Kampfe zwischen den großen Bergwerksgesellschaften und kombinierten Werken einerseits und den reinen kleineren Bergbauunternehmen andererseits zusammenhängen.

Vermischtes.

Ausgaben von Milliarden.

Der „Corriere della Sera“ veröffentlicht in einem Briefe aus New York Schilderungen über die Verschwendung, die von Milliarden getrieben wird.

Auf dem Simpsonpfe verirr.

Aus dem Wallis wird berichtet: Die Einheimischen pflegen bei Ueberschreitung des Simpsonpfe (2000 Meter) die große Straße durch teilweise Benutzung des alten Saumweges zu kürzen.

Spanien im Orkan.

Erst mehreren Tagen wird Spanien und auch die Hauptstadt von schwerem Unwetter heimgesucht. Madrid ist völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Fab.-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- " Frieden-Straße 98. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbier in fast allen
Kolonialwa-en-Handlungen. 45107.*

DEGEA DEGEA DEGEA



ist der beste Glühstrumpf!

Nur echt zu haben bei den
Gasanstalten sowie allen
Geschäften, welche durch
unser Plakat mit dem roten
Auer-Löwen kenntlich sind.



Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft
(Auer-Gesellschaft), BERLIN SW. 13, Alte Jakobstrasse 139.

Heute gibt es
wieder
Frische Wurst
in
bekanntester
lofer Qualität.

Rich. Augustin Oranienstr. 103
Soil parterre.
Frühstücks- und Mittagstisch.
Zafe und Vereinszimmer
nach mehrerer Bodenhöhe frei.
Telephon: Amt IV, 5652

**Enorm
billig**

gelangen in dieser Woche
tägl. u. 9. Sonntag bis 2 Uhr
zum Verkauf die aus letzter
Wassur zurückgewaschenen,
nur hochvernehmen Herren

**Anzüge
Paletots**

die aus feinsten Kasentoffen
gefertigt worden. . . 10-35 M
Rock, Reiterrock-Anz. 20-42 M
Herrnbesen. 7-12 M
Rechts-Loisentoppen. 7-12 M
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 63, 1. Trepp.

Stolas-Jackets

in feinsten Ausführung, sehr preiswert.
57 Leipzigerstr. 57 Hof
neben den Rekonabern.

Kein Schaukasten!

Franko Berlin.

Ischlische, 7 Zentimeter stark, gleichviel
welches Muster, pro Satz 1.10 bis
1.15 M., sowie alle sonstig. Dreifler-
arbeiten empfiehlt die **Pattburger
Drechslerwaren-Fabrik**,
G. m. b. H. Pattburg i. Schlesw.-Holst.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Empfehlung:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für corpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reifenden, die nur einen
Monat ihre Garderobe tragen. 38802*
Fahrtgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Zähne schmerzlos, naturgetreu v. 2 Mk. an eingeseilt. Plomben
von 1.50 Mk. an. Schmerzl. Zahn. Nervenlos etc. billigt.
Sprechst. 7-9, auch Sonntag. Rep. von Ab. Löwenstein, pract. Dentist an-
gebildet an deutsch. Universitäten, früher langjähr. tätig in G. u. K. als Zahn-
d. Prot. Dr. Albrecht, Berlin, u. Dr. Bruck, Breslau, Rosenthalerstr. 49, II.

Preisermäßigung Brennspritus Preisermäßigung
10 Pf. 10 Pf.

= pro Liter = „Marke Herold“ = pro Liter =
Original-Literflaschen mit Patentverschluss.



Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschluss-
streifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt
sind! 48601.*

30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. %
exkl. Glas

33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. %
exkl. Glas

In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.

Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.

Waldschlocher 3 frei 1. Jan. 1. Wohn. 22 W. D. Bern. I.

Weidenweg 12 frei ein Laden mit Wohnung 75 M. und kleine
Wohnung. D. Bern. I. Etage.

Blutarmut

führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den
Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,
trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines 1/2 oder 1/3 mit Wasser gemischt
1/2 Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen. 4828L*
Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtsschem. Dr. C. Bischoff. Käufl. in Apotheken, Drogen- u. Delikatessgeschäften

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Das erste
teilgedruckt
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

**Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 14**
Dedbett, Unterbett, Kissen mit
glattrotem Zeilett, zusammen 10,50,
nur (Wandliche) Andrastrasse 98. *

**Wotroja-geliebtes Dedbett, Unter-
bett, zwei Kissen, 18,00, Andra-
strasse 98. 10005***

**Vommersches Sauerbett, Ded-
bett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00,
Großes Laten, Stück 1,00, Wandliche
Andrastrasse 98. Kleinfische nach
überall. 10078***

**Leppische! (fehlerhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Leppischer Reform, Pader-
Markt 4, Bahnhofs Börse. 254/12***

**Wairagen, Sofas, Tischsöfas
Chaiselongue kaufen Sie am billigsten
in der Fabrik Lazarus, an der Markt-
halle, Andrastrasse 57, Wand-
betten 17, Kleiderständer 28, Kom-
moden, Tischspiegel, Tische, Ver-
bindungen, Küchenschränke, hat Geld laßt.**

**Leppische mit Gardinenfabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 11**

**Winterpaletots, Jacketanzüge,
spottbillig, Wandlichehaus, Weiden-
weg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Gefrodanzüge,
spottbillig, Wandlichehaus, Weiden-
weg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Joppen, spott-
billig, Wandlichehaus, Weiden-
weg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Herrenhosen,
spottbillig, Wandlichehaus, Weiden-
weg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Tischdecken,
spottbillig, Wandlichehaus, Weiden-
weg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Aufsteuermäntel,
spottbillig, Wandlichehaus, Weiden-
weg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Bettdecken,
spottbillig, Wandlichehaus,
Weidenweg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Leppischer Kauf,
Gardinenverkauf, haunenerregend,
Weidenweg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Steppdecken,
spottbillig, haunenerregend, Weiden-
weg neuzuehn. 735***

**Winterpaletots, Tischdecken, haun-
enerregend, Weidenweg neuzuehn,
Ladenchluss. 735***

**Steppdecken billig Gebraucht Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 11**

**Leihhaus Küstnerplatz 7, billige
Gebrauchsgüter für Herren aller Art,
großes Lager in Wäsche, Betten,
Uhren, Goldschmuck, Teppiche, Stepp-
decken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. ***

**Wandwerke, Teilzahlungen. In-
validenstr. 148 (Eingang Berg-
straße), Stahlstraße 40, Große
Frankfurterstraße 56. 9338***

**Fahrräder, neue und wenig ge-
gebrauchte, aufgabehalber sehr billig,
auch Teilzahlung, Große Frankfurter-
straße 14. 440***

**Sofa, wie neu, 21,00, Weide,
Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20**

**Herrenanzüge, Winterpaletots,
wenig getragene Monatsgarderobe von
5 Mark an, große Auswahl, für jede
Figur, auch neue, elegante, nicht ab-
geholte Wollwaren kaufen man am
billigsten aus erster Quelle direkt
nur beim Schneidemeister fürstentel,
Kohlenhofstraße 15 nur 3 Treppen. ***

**Winterpaletots, Anzüge, Re-
monturhosen, Uhrenten spottbillig
Leihhaus Grünerweg 113, früher
Reanderstraße. 57/8***

**Spottbillig Leppische, Betten,
Steppdecken, Gardinen, Portieren,
Tischdecken, Regulatorien, Gasströ-
mter, Bilder, Spiegel, Leihhaus Grüner-
weg 113, Teilzahlungen gestattet. ***

**Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittel-
markt. Anfolge des großen Umzugs
bestehen sich am Lager viele zurück-
gegebene und verlassene gewesene Möbel,
die wie neu sind, Kleiderständer,
Bettische 27,00, Ausziehisch 10, Wand-
schlische mit Federmatratze und
Stellische 30, Tischsöfas 30, Kom-
moden 70, Wandstille 20, Klei-
schel 25, ganze Einrichtungen billig,
Transport frei. 57/11***

**Sehr große Federbetten, Stand
20 Mark, Dresdenerstraße 33, vorn
II. Hof. 57/12***

**Steppdecken spottbillig Gebraucht
Große Frankfurterstraße 60. 7116***

**Nähmaschinen. Zahl bis 10,00
Mark, mit Teilzahlung kauft oder
nachweilt Sämsliche Systeme. Woche
1,00. Ohne Anzahlung. Postkarte.
Gausler, Dillstrasse 90. 741***

**Betten, Stand 11,00, zweifachteilig
18 Mark, Steppdecken, Uhren, spott-
billig, Wandliche Gubenstraße 2. ***

**Landliehhaber! In der herrlich
gelegenen Villenkolonie Birchow, an
weitestgehende Reiten vom Zentrum
Berlins, genehmigter Bebauungs-
plan, fünf Plätze für Schule etc., also
keine wilde Parzellierung, keine Kie-
selgruben, sind gutgebaute Bau-
parzellen, 8 Mark Quadratmeter zum
Ankaufen, direkt von dem Eigen-
tümern Hugo Burdhardt, Blumberg,
und Franz Schulz, Rixdorf, Rena-
straße 12/13 zu kaufen. 4248***

**Kinderwagen, Kinderbesteck,
gebrauchte, zurückgegebene, Puppen-
wagen spottbillig, Schneider, Kur-
fürstentel 172. 4105***

**Nähmaschinen, gebrauchte,
Wheeler-Wilson von 8 Mark und
Kangaroo von 10 Mark an. Ver-
kauf, Goltzowstraße 26. 9042***

**Nähmaschinen. Vergüte bis 10,00,
wer kauft oder nachweilt, ohne An-
zahlung. Woche 1,00. Köpfer-
straße 60/61, Große Frankfurter-
straße 43, Brenzlauerstraße 59/60. ***

**Monatsanzüge und Winter-
paletots von 5,00 an, Joppen von
4,50 an, Hosen von 1,50 an, Ge-
frodanzüge von 12,00 an, Frack
von 2,50 an, sowie für corpulente
Figuren. Neue Garderobe zu
staunend billigen Preisen, aus Wand-
lichen verlassene Sachen kauft man
am vorteilhaftesten bei Nag, Anla-
straße 14. 440b***

**Herrenanzüge, Winterpaletots,
zurückgegebene, hochvernehm, 18,00 bis
35,00. Täglich, Sonntagsverkauf,
Deutsches Versandhaus, Jäger-
straße 63, I. 4365***

**Gardinen, Stores, Bekleiden,
enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster
Extraordentlich. Gardinen-Verland-
haus Bernsdorferstraße 11/12. 10178***

**Kanarienhähne, Stamm Eisler,
verkauf Göbde, Reinholdsdorfer-
straße 54. 440b***

**Kanarienvögel spottbillig Köpfer-
straße 11. 252/19***

**Schleifher, Turmstraße 85, ist
der billigste und reellste Lieferant für
Herrenanzüge. 6963***

**Möbelverkauf. Ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung liefert die Möbel-
fabrik, Schützenstraße 73/74. 8958***

**Hochvernehm Herrenhosen aus
feinsten Rohstoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verlandhaus Germania, Unter den
Linden 21. Keine Anzahlung. 9178***

**Gänge! Gänge! feinstgeschliffen,
in großer Auswahl verlässlich. Sa-
mariterstraße 21. Bettfedernverkauf,
Paul Hoff. 57/17***

**Vianini, 60,-, goldgraviert (kein
Zahlfaktor), Turmstraße 8, parterre.**

**Schuhgeschäft verkauft billig
Göbde, hier 35. 4626**

**Ruhbau-Wirtschaft fast neu
verkauft. Königsbergerstraße 11,
erstes Obergebaude I. Etage. 741**

**Grüntruggeschäft, 4 Jahre in
einer Hand, schöner Laden nebst
Wohnung, billige Viehle, umkän-
delt billig veräußert. Fildin-
straße 29. 4656**

**Kolonial, Obst- und Gemü-
geschäft, flottgehend, wegen Krankheit
sofort billig zu verkaufen. In er-
fahrenen Vinnener-Direktor Herr, Char-
lottenburg, Wilmersdorferstraße 32.**

**Restaurant, 1900,00, für Anfänger
passend, fruchtbringender zu verkaufen.
Ersagen Skalierstr. 107, Jäger-
geschäft. 4708**

**Winterjackets, Rohstoffe,
Woll-, aus guten Stoffen selbstge-
fertigt, verkaufe, da keine Rohstoffe,
zu ausfallend billigen Preisen. Ge-
legenheitskauf in Belgisches, Rittauer,
Ornamentstraße 4 J. 4746**

Verschiedenes.

**Kunstkopiererei von Frau Klotz,
Charlottenburg, Goethestraße 84, I. ***

**Singerbobbin, Ringschiffgesch,
Beerwald, Schiedlerstraße 12. ***

**Handriehe, Brunnstraße 63,
täglich 8-8, Sonntag bis 2. 9858***

**Patentanwalts Bessel, Gitschiner-
straße 94. 2096***

**Herrenanzüge nach Maß fertigt
aus modernsten Stoffen, besten Ju-
talen von 20 Mark an, Schneid-
meister Vogel, Königstraße 17, Großes
Stofflager. 25/59***

**Damen- und Kinderkleider fertigt,
auch auhertm Hause. Frau Schneider,
Frankfurter Allee 31, Garten-
haus III. 7131**

**Allen Freunden und Genossen
empfehle meine Restauration. Großes
Vereinszimmer, 50 Personen fassend,
mit Fernsprecher, passend für Fest-
liche sowie auch für kleine Festlich-
keiten, steht zur Verfügung. Roewe,
Revalerstraße 5, am Bahnhof Wars-
chauerstraße. 742***

**Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterhosen 15,00. Wagner,
Schneidemeister, Nollnerstraße 9
(Balladenstraße). 57/16***

**Zeichenerunterricht für Maurer
und Zimmerer. Ausbildung von
Fensterputzern, Buchholz, Architekt,
Gartenstraße 103. Anmeldungen
7-9, Sonntag 9-1. 4726***

**Achtung! Wenn Stoff geliefert,
mache Anzug oder Paletot für
20 Mark. Guten Stoff, dauerhafte
Jutaten garantiert Kronowski, Schnei-
demeister, Dillstrasse 98. 10188***

Schlafstellen.

**Möblierte Schlafstelle für zwei
Herren zu vermieten bei Jagzholz,
Koppenstraße 46 vorn I. 4696***

**Schlafstelle sofort oder später.
Witwe Müller, Reichlerstraße 45.**

Mietgesuche.

**Zaubere, möblierte Schlafstelle ge-
sucht, allein, Südost oder Halbes
Tor. Offerten unter A. 4 mit Preis-
angabe in der Expedition abzugeben.**

Vermietungen.

Wohnungen.
**Cubenstraße 36, 37, 38, billige
Altenwohnungen, von 19 Mark ab.
Röhrens Wirt 37. 4158***

**Germaunstraße 62, Rixdorf, neues
Haus, Wohnungen von 2 und 1
Zimmer, Balkon, Subschd., sofort
billig zu vermieten. 10102**

**Wühlischstraße 37, Neue billige
Wohnungen. 442***

Stellengesuche.

**Edlholz, Bogdanowit, Duett, auch
Gesellschaft. Gropiusstraße 6. 17885***

**Volkskünstler. Gerhardt, Bran-
gelstraße 22. 417***

**Volkskünstler Holz, auch Ge-
sellschaft, Rastsee frei, Rantuffel-
straße 41. 417***

**Blinder Stubischlechter bietet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgeliefert. U. Gläzer, Wuland-
straße 27. 14685**

**Im Arbeitsmarkt durch
befordernden Druck vorzuziehens
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
einen tüchtigen

Korrektor,
welcher auch Versammlungsberichte re-
zu schreiben hat. Flotter Stenograph
benötigt. Gehalt nach Uebereinkunft.
„Märk. Volksstimme“,
Forst, Lausitz.

**Verband
d. Wäschearbeiter.**
Die Wäschefabrik Cohn & Daniel,
Wallstraße 11-12, ist für alle Zu-
schneider, Plätterinnen, Stärker-
innen, Näherinnen und Heim-
arbeiter gepeert.
252/2*
Der Vorstand.

**Achtung!
Bauhandwerker!**
Der Streit der Röhren ist beendet.
Geperert sind:
G. Wolke, Dillstr. 103,
A. Krause, Sternstr. 25,
C. Jugo, Prinz Eugenstr. 27,
und eruchen wie sämtliche Röhren,
diese Firmen streng zu meiden.
Die Robustmission.

**Achtung!
Bauarbeiter!**
Da eine Anzahl entlassener Arbeits-
williger versuchen bei verschiedenen
Fabrikanten Arbeiten auf den Bauern
unter dem Titelpreis anzunehmen,
machen wir darauf aufmerksam, daß
niemals Kollegen **grau**, monatlich
gestaltende Kontrollkarten haben und
auf Verlangen vorzeigen. 95/8*

**Kommission
der Jalousie-Arbeiter.**
Zentralverband der Töpfer.
Filiale Berlin.
Kauf dem Bau Müllerstraße 29,
Unternehmer Opitz,
haben alle Kollegen wegen schlechten
Arbeitsmaterials, rigoroser, schärfster
Behandlung teilens des Bauern die
Arbeit niedergelegt.
Der Vorstand.
301/3
Eingetragener Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den
Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Betriebs-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul
Singer & Co., Berlin SW.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 270. Freitag, den 17. November 1905.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechendes Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 19., und Mittwoch, den 22. November (Festtag), vormittags 8 Uhr, findet im 1., 2., 6. und 7. Bezirk eine Flugblattverbreitung statt. Es haben sich alle Parteigenossen bei den Flugblattverbreitungen sowie bei den Donnerstagen, den 23. November, stattfindenden Sitzungen durch Mitarbeit zu beteiligen (§ 7 des Ortsstatuts) und zwar treffen sich die Genossen vom 1. und 5. Bezirk bei Pasche, Potsdamerstr. 44, die Genossen vom 2. Bezirk bei Bode, Rehringstr. 25, die Genossen vom 2b und dem 4. und 8. Bezirk bei Fuhrmann, Kaiser Friedrichstr. 45c, die Genossen vom 3b und 6. bei Sellin Nachf., Strummstr. 43, und die Genossen vom 3a, 8c und 7. bei Grafender, Wielandstr. 4. Nicht politisch Organisierte, welche sich an dieser Arbeit beteiligen wollen, haben sich in einem der genannten Lokale einzufinden, jedoch als Legitimation ihr Mitgliedsbuch der Gewerkschaft mitzubringen. Gleichzeitig sind die Genossinnen am Ort verpflichtet, sich an dieser Arbeit zu beteiligen und sich in einem der genannten Lokale einzufinden. — Die Genossen des 5. Bezirks treffen sich vor der Verbreitung bei Pasche.

Reinickendorf-Ort. Das Herbstvergüngen der Reinickendorfer Genossen findet am Sonnabend, den 18. November, in dem renovierten Saale des Herrn Leder, Residenzstr. 101, statt. Das reichhaltige und sorgfältig zusammengestellte Programm macht das Erscheinen aller zur Pflicht. Da öffentliche Kasse nicht stattfindet, sind Billets zum Vergnügen nur bei den Bezirksführern und in dem mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. Der Vorstand.

Rudow. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Palm statt. Genosse Vogel hält einen Vortrag über das Parteiprogramm. Der wichtigsten Tagesordnung halber sind die Genossen verpflichtet, vollständig zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gäste willkommen.

Staaten bei Spandau. Am Sonnabend, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Gnädig, Berlinerstraße, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Erklärungen zur Gemeindevertretung, 2. Diskussion. Referent wird in der Versammlung benannt. Zahlreicher Besuch, auch von Frauen, wird erwartet.

Vorort-Nachrichten.

In der Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten vom letzten Mittwoch kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten. Es dürfte noch in Erinnerung sein, was für unangenehme ekelhafte Debatten gelegentlich der Wahlen von unbesoldeten Magistratsmitgliedern stattgefunden haben. Anstatt nun in Zukunft etwas mehr als bisher auf die Würde und das Ansehen der Versammlung bedacht zu sein, haben die früheren feindlichen Brüder, die Unpolitischen und die Liberalen, sich verständig, die Verlegung derartiger Debatten in die geheime Sitzung zu beantragen. Unser Genosse Hirsch bekämpfte diesen Gelegenheitsantrag und wies dabei auf das heuchlerische Gebahren der Liberalen hin, die die persönlichen Debatten, die sich an den Fall Ströhler knüpften, auf Skrupellosigkeit zur Wahllogikation ausgenutzt haben und nun, nachdem sie durch solche Manöver die Herrschaft erlangt, sich plötzlich in die geheimen Sitzungen flüchten wollen, um dort ihre schmutzigen Wäsche zu waschen. Redner wies im Anschluß an ein Wort des alten Franz Hegler, der die Öffentlichkeit der Verhandlungen forderte, weil dabei keine Clique zu bestehen vermöge, noch, wie das ehemals liberale Bürgertum von Stufe zu Stufe geklungen sei, und ersuchte um Ablehnung des Antrages. Nachdem Stadtdr. Dr. v. Liszt und Oberbürgermeister Schuster zu sich für den Antrag erklärt hatten, ergriff Gen. Waacke das Wort. Er bezeichnete den Antrag als eine Verletzung des § 45 der Städteordnung, der die Öffentlichkeit der Wahl der Magistratsmitglieder vorschreibt; die Wahl selbst aber und die Verhandlungen darüber seien ein einheitlicher Akt, den man nicht künstlich auseinanderreißen dürfe. Er sei überzeugt, daß selbst das preussische Oberverwaltungsgericht eine derartige Interpretation der Städteordnung, wie sie die Liberalen belieben, nicht gelten lassen werde. (Wegen angeblicher Verletzung des Oberverwaltungsgerichts, die in diesen Worten liegen soll, wird dem Redner eine Rüge erteilt.) In dem Augenblick, wo die Liberalen die Mehrheit bekommen, nehmen sie auch alle Fehler der Mehrheit an und suchen die Minorität in wichtigen Angelegenheiten mundtot zu machen. Aber so stark auch der Wille der Mehrheit sei, die Öffentlichkeit auszusprechen, an der Geschlossenheit fehle es ihr.

Nach Waacke plauderte der liberale Schwäger Dr. Spiegel, der keine Gelegenheit, sich zu blamieren, unbenutzt vorübergehen läßt, noch einige Ausführungen über den Parteitag in Jena, die „Vorwärts“-Affäre und dergleichen machen zu müssen. Der Schluß seines torichten Geschwätzes lief auf eine Verhöhnung unseres Genossen Waacke hinaus, der bekanntlich in Stadtwahl mit dem Reichswahlkandidaten steht. Herr Spiegel hält es für sicher, daß Waacke nicht wieder gewählt wird und meinte, Waacke habe nur deshalb noch gesprochen, weil er am 1. Januar nicht wieder ins Stadtparlament einziehen würde.

Diese Anpassungen gaben dem Genossen Hirsch die erwünschte Gelegenheit, mit den Liberalen gründlich abzurechnen. Er erinnerte die Herren daran, daß sie ihre Erfolge nur dem elenden Dreiklassenwahlsystem zu danken hätten und ging des näheren auf die letzten Wahlen ein, bei denen die Liberalen zu schamlosen Wahlbeeinflussungen ihre Zuflucht genommen und ihre politische Ueberzeugung verlaßt hätten. (Große Unruhe.) Redner wird, nachdem er auf Befragen des Vorstehers erklärt hat, daß sich diese Aeußerung auf alle die Liberalen bezieht, die das Kompromiß abgeschlossen hätten, also auch auf Mitglieder des Hauses, zur Ordnung gerufen. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies er nach, wie unnützlich ein Vergleich zwischen den Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei und den Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung sei. Herr Spiegel möge, bevor er über Parteiverhältnisse spricht, sich erst informieren; dann würde er finden, daß seine Behauptung über Jena und über den „Vorwärts“ grundfalsch sind. Genosse Waacke ergänzte diese Ausführungen. Ironisch tief er den Liberalen, die jetzt, um ihn zu verdrängen, auf die Stimmen der Antisemiten hoffen, zu, daß sie stolz darauf sein könnten, von Leuten gewählt zu werden, die noch an das Blutmarchen vom Ritualmord glauben. Wenn die Liberalen auch durch das Wahlbündnis einen Augenblick Erfolg erzielt hätten, die Stunde der Abrechnung werde kommen. Am Tage der Stichwahl werde die arbeitende Bevölkerung den Liberalen noch manche harte Nuß zu knaden geben.

Damit war die Debatte, bei der die Liberalen herzlich schlecht abgeschnitten hatten, erschöpft. Der Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Schöneberg.

Das Kaufmannsgericht in Schöneberg wird mit dem 1. Januar 1906 auf Antrag der Gemeinde Friedenau und laut Beschluß der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung auf den Gemeindebezirk Friedenau ausgedehnt werden. Der Sitz desselben verbleibt unter dem bisherigen Namen in Schöneberg, und die Verwaltung desselben erfolgt nach Maßgabe des bestehenden Ortsstatuts durch die Schöneberger Gemeindebehörden. Die Weisung bleibt bis zum 31. März 1906, wo die erste Wahlperiode abläuft, dieselbe, eine Neuwahl findet also infolge der Ausdehnung des Gerichtsbezirks nicht statt. Schöneberg und Friedenau bilden zusammen einen Wahlbezirk. Die Kosten des gemeinsamen Kaufmannsgerichts werden auf die beiden Gemeinden nach der Anzahl der aus ihnen stammenden Streitfachen verteilt.

Das Schöneberger Magistratskollegium hat jetzt, nachdem Stadtrat Dr. Böck die ihm übertragene Stelle als Gemeindevorsteher in Weihensee angetreten hat, fünf unbesetzte Stellen, und zwar die des zweiten Bürgermeisters, des Rämmerers, eines besoldeten Stadtrats und zweier unbesoldeten Stadträte. In einer der kommenden Sitzungen wird bereits die Wahl des Bürgermeisters und des Rämmerers vorgenommen werden, während die Befetzung der übrigen Stellen wahrscheinlich erst zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen dürfte. Nach der Verabschiedung wird das Magistratskollegium aus 19 Mitgliedern, 7 besoldeten und 12 unbesoldeten bestehen.

Rürnberg, seine Kunst und seine Verherrlicher, im Wilde, Wort und Ton: Albrecht Dürer, Hans Sachs, Richard Wagner etc. wird der nächste Volksklubabend der Stadt Schöneberg am Sonntag, den 19. d. Mts., in der Hohenzollernschule, Ecke Eisenacher- und Velzigerstraße sein. Freiz Stahl wird im Wilde und in einem Vortrag, Dr. Wang in Rezitationen den Besuchern Nürnberg und seine Kunst näher bringen. Aus Richard Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ werden am dem Abend größere Bruchstücke von ersten gefanglichen Kräften zu Gehör kommen. Der Abend wird den vielen hundert, die beim letzten gleichen Abend in Charlottenburg ohne Eintritt zu erhalten umfassen mußten, Gelegenheit geben, ihn in Schöneberg zu besuchen. Karten a 0,30 M. auf allen Plätzen sind in allen Schöneberger Buchhandlungen, sowie im Dürerhaus, Aronensstr. 18 und Verein zur Förderung der Kunst, Genthinerstr. 17 (4-5 Uhr) zu haben.

Pankow.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich mit dem Erlaß eines Ortsstatuts betreffend die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung von 25 auf 31. Genosse Gähler führte aus, daß der verantwortliche Beamte Gemeindevorsteher Gottschalk so überläßt sei, daß die Einstellung eines besoldeten Schöffen zur Notwendigkeit würde. Um das zu erreichen, muß auch die Zahl der Gemeindevorsteher erhöht werden. Nach lebhafter Aussprache wurde der Antrag zum Beschluß erhoben. — Eine scharfe Auseinandersetzung zwischen unseren Genossen und der bürgerlichen Mehrheit zeitigte die Bepfehlung über die Klassenfrequenz der Volksschulen Pankows. Genosse Freiwaldt wies an der Hand des Berichtes nach, daß eine ganze Anzahl von Schulklassen eine Schülerzahl von 60-67 aufweisen, eine Zahl, die angesichts der Klassenräume viel zu hoch sei. Er verlangte die sofortige Aufhebung der Schulklassen in den Dachräumen und stützt sich auf das schon veröffentlichte Gutachten des Schulrates. Genosse Kubig erwähnt die Beschwerden, die über das Prügeln in einzelnen Klassen der Schule in der Kaiser Friedrichstraße geführt werden, und ersucht um schnelle Abstellung der Mißstände. Daß die bürgerlichen Vertreter die Pankower Schulzustände im rosigsten Lichte erscheinen lassen, verliert sich von selbst. Präparat war die Erklärung, daß die Regierung auf Grund des Berichtes im „Vorwärts“ eine Untersuchung der Schulklassen in der Breitenstraße vornahm und auf Grund dieser Untersuchung die Räume noch zum Schulunterricht für geeignet erachtete. Dadurch setzte sie sich in Gegensatz zu dem wissenschaftlichen Gutachten, das der Schularzt vor ein paar Wochen erstattete. — Trotzdem schon seit einigen Monaten feststeht, welche Strafen im nächsten Jahre neu reguliert und asphaltiert werden sollen, wurde der Antrag des Gemeindevorstehers, die Breitenstraße in ihrer ganzen Ausdehnung zu asphaltieren, angenommen. Im nächsten Jahre werden 700 000 M. zur Neuorganisation von Straßenzügen vermerdet werden. — Lebhaft erörtert wurde die Frage über die Fortführung der Untergrundbahn im Zuge der Schönhauser-Allee. Es wird beschlossen, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Bahn bis zum inneren Teile Pankows fortzuführen und das Projekt selbst mit allen Mitteln zu unterstützen.

Königs-Wusterhausen.

Der Wahlverein für Königs-Wusterhausen und Umgegend hatte am Sonntag, den 12. November, in Riedelchme eine gut besuchte Versammlung. Nach der Wahl des Genossen Heinrich Diekmann Vorsitzenden des Wahlvereins referierte Genosse Wölle-Riedorf in eingehender Weise über die geplante Neuorganisation für Groß-Berlin. Da über diese Sache schon wiederholt in unserem Blatte ausführlich berichtet worden ist, auch die Kreisversammlung sich damit beschäftigt hat, glauben wir von einer Wiederholung absehen zu können. Auf Wunsch der Versammlung äußerte sich Genosse Wölle auch über die in der Generalversammlung besprochene „Vorwärts“-Angelegenheit. Die Generalversammlung habe ein Urteil abgegeben, ohne den Parteivorstand gehört zu haben, auch Genosse Diekmann als Delegierter für Königs-Wusterhausen habe der Resolution Südelum-Zubeil seine Zustimmung gegeben. Heute seien viele Genossen anderer Meinung, nachdem sie das Material des Vorstandes in den Händen haben. Auf dem Lande bestehe vielfach noch ein gewisser Autoritätsdusel. Unter der Annahme, daß Genosse Zubeil den Sachverhalt richtig kenne, sei die Annahme der Resolution erfolgt. Erst jetzt, nachdem der Vorstand gesprochen, könne man ein Urteil fällen. Und da stehe er persönlich auf dem Standpunkt, daß es die höchste Zeit war, daß der Vorstand dem Treiben der Sechse ein Ende machte. Das Blatt sei nicht im Sinne der Parteigenossen von Groß-Berlin redigiert worden. Redner verbreitet sich noch eingehender über die Frage, um nachzuweisen, daß Parteivorstand und Prekominmission so wie geschieden handeln mußten und schließlich unter lebhaftem Beifall mit den Worten, daß die Parteigenossen dafür sorgen müßten, daß die Sache endlich zum Abschluß komme und die Erklärungen im „Vorwärts“ ihr Ende erreichten.

In der Diskussion waren die letzten Ausführungen Gegenstand längerer Erörterungen. Genosse Kaiser war auf dem Dresdener

Parteitag als Gast anwesend. Die dort gepflogenen literarischen Debatten hätten bei ihm einen widerlichen Eindruck hinterlassen. Dennoch habe er gehofft, daß die Redakteure nach der dort angenommenen Resolution handeln würden. Das sei aber nicht geschehen. Zu dem jetzigen Vorgehen des Parteivorstandes und der Prekominmission könne nur gesagt werden, daß richtig gehandelt worden sei. Er behauere die Ausführungen, die der Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil, auf der Generalversammlung des Kreises gemacht habe und zwar um so mehr, als Zubeil zu denen gehört, die „von der Bude auf“ gebiet haben. Wenn ein Doktor eine derartige Resolution einbringe, so fränke ihn das weiter nicht, vom Genossen Zubeil hätte er es nicht erwartet. Schließlich schlägt er der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die heute im Restaurant „Bellevue“ tagende Versammlung des Wahlvereins für Königs-Wusterhausen und Umgegend spricht dem Parteivorstand für die von ihm unternommenen Schritte, den 6. „Vorwärts“-Redakteuren gegenüber, ihr volles Vertrauen und ihre Befriedigung aus. Desgleichen bedauert sie die Haltung des Genossen Zubeil in dieser Frage, welche er auf der Kreis-Generalversammlung eingenommen hat, aufs tiefste.“ (Beifall.)

Genosse Schreiber verurteilt den Standpunkt, den unser Delegierter auf der Generalversammlung vertreten hat, indem er der Resolution Zubeil-Südelum zustimmt. Genosse Diekmann hat sich diesmal wirklich von dem Gefühl leiten lassen, daß Zubeil das Richtige treffen werde, er ist aber jetzt eines besseren belehrt.

Wölle wendet sich gegen die ersten Ausführungen Wölles. Er sei gegen die Verschmelzung der 8 Wahlvereine zu einem Verband. Die Hauptarbeit müsse doch nach wie vor von den einzelnen Genossen in den Wahlvereinen getan werden. Auch sei ein Vergleich mit den Gewerkschaften nicht haltbar, er neige den Ausführungen des Genossen Volkmar auf dem Parteitag in Jena zu (Protokoll Seite 162). Der Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg genüge den Anforderungen einer Zentralisation. Das Sammelstellenwesen sei ebenfalls nicht ohne weiteres abzuschaffen, bei größeren Aktionen müsse es doch zur Anwendung kommen. Dem größten Teil des Referats über die Generalversammlung stimmt er voll und ganz zu. In der Sitzung zu Charlottenburg habe er den Eindruck gewonnen, daß Wölle mit der Schuldige ist, auch schließe er sich der Resolution Kaiser an.

Genosse Gebhardt bittet die Resolution abzulehnen. Er habe die Schreibweise des „Vorwärts“ nicht „ekelhaft“ gefunden, das falle vielen Genossen erst jetzt ein, daß der „Vorwärts“ schlecht redigiert war.

Genosse Sorvig weist noch darauf hin, daß Dr. Braun dem Anschein nach nichts Besseres zu tun wußte, als an dem Tage der Stadtverordnetenwahl eine Versammlung in Berlin einzuberufen, um den 6 Redakteuren zu Hilfe zu eilen.

Wölle wendet sich gegen die Ausführungen Gebhardts, wonach wir nicht berechtigt seien, Stellung zu der „Vorwärts“-Frage zu nehmen. Er will die Genossen nicht beeinflussen, aber eine Meinung müssen sie haben, entweder dafür oder dagegen, zumal unser Kreis das Domizil fast aller Literaten der Partei von Groß-Berlin ist. Die Einführung der strengen Organisation habe hauptsächlich den Zweck der Schaffung einheitlicher Beiträge und Aufwahrung bestimmter Geldmittel an die Zentralkasse. Das Korrespondenzblatt sei für die Vorstandsmittelglieder der Wahlvereine bestimmt und solle nur geschäftliche Mitteilungen enthalten.

Darauf wird die Resolution Kaiser einstimmig angenommen.

Genosse Kaiser regt die Schaffung einer Bibliothek für Königs-Wusterhausen an.

Genosse Körle verurteilt die Handlungsweise des Gastwirtes Beddige als „Vorwärts“-Abonnent. Derselbe bedient sich bei der Verlegung der Quittung stets unqualifizierbarer Redensarten. Wenn derselbe sich nicht ändert, muß er den Antrag auf Verweigerung des „Vorwärts“ der Versammlung unterbreiten.

Friedenau.

Wie eine Eifer gestohlen hat die Wirtschaftlerin Emilie K., die bei dem Professor G. in Friedenau angestellt gewesen war. Seit einiger Zeit wurden in dem Haushalte des Professors fortwährend Diebstähle ausgeführt, bei denen alles mögliche entwendet wurde. Vergeblich forschte man längere Zeit hindurch nach dem Urheber der Diebstähle. Kürzlich nahm die Kriminalpolizei bei der ehemaligen Haushälterin, der Frau K., die in den Verdacht der Täterschaft geraten und inzwischen nach Charlottenburg übergesiedelt war, eine Hausdurchsuchung vor. Es wurde dabei denn auch ein förmliches Warenlager von Versteckungsgegenständen, Wäschestücken usw., die aus dem Hause des Professors herrührten,utage gefordert und beschlagnahmt. Angesichts dieses dringenden Befragungsmaterials legte Frau K. ein Geständnis ab und wurde daraufhin verhaftet.

Mariendorf.

Eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung für Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde, besprach, wie die Agitation am zweckmäßigsten zu betreiben sei. Da die Tischlereibetriebe von Mariendorf und Tempelhof zum Innungsbezirk Steglitz-Groß-Lichterfelde gehören und dort ein Tarifvertrag für Bauhändler besteht, so müssen etwaige Differenzen von der dortigen Schlichtungskommission erledigt werden; zu diesem Zwecke müssen auch die dortigen Vertrauensmännerungen besichtigt werden. Die Meinung der Versammlung ging dahin, daß es wünschenswert sei, in Mariendorf eine Zastelle des Verbandes zu errichten. Da aber noch nicht genügend Mitglieder dazu vorhanden sind, wurde eine Kommission gewählt, die eine diesbezügliche Agitation entfalten soll. Der Obmann derselben, P. Ludwig, Mariendorf, Feldstraße 132, nimmt Aufnahmen und Beiträge Sonnabends von 8-9 Uhr bei Reichardt, Chausseestr. 16, entgegen.

Adlershof.

Eine starkbesuchte Volksversammlung hörte am 12. November ein Referat des Genossen Zubeil über: „Die Kirche als Feind der Volksaufklärung“. Zubeil legte dar, daß sich die Kirche stets auf die Seite der Besitzenden gestellt und deren Interessen gewahrt habe. In deren Dienst sei auch die Kanzel mißbraucht worden. Die Kirche sei eben ein Instrument des Klassenstaates. Der Redner begründete in ausführlicher Weise die sozialdemokratische Forderung: Trennung der Kirche vom Staat. Er forderte die Anwesenden auf, durch Austritt aus der Landeskirche auch formell dieser Einrichtung den Rücken zu kehren. Die beiden Geistlichen, die eingeladen waren, waren nicht erschienen; ihre gesandten Schreiben wurden verlesen. In der Diskussion erinnerte Genosse Zolt an die Haltung der Geistlichen beim Gimmitschauer Streik. Weiter teilte er mit, daß die Adlershofer Kirchensteuer die Höhe von 35 Proz. erreicht habe und voraussichtlich noch weiter steigen würde. Darauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die von circa 500 Ein-

Wohnern Adlershofs besuchte Volksversammlung am 12. November 1905 erklärt sich mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Zuberl einverstanden und verpflichtet sich, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Masse der Religionsanhänger überzeugt wird von der Vernichtung der Volksaufklärung durch die Kirche und dieser Vernichtung durch Massenaustritt aus der Landeskirche zu begünstigen. Zum Schluß richtet Genosse Hildebrandt einen warmen Appell an die Versammlung, die gesparten Kolale streng zu meiden, den Wahlverein durch Beitritt zu unterstützen und sich an dem Abonnement der Presse reger zu beteiligen.

Raubanfall auf der Landstraße. In den Raubmord, der feinerzeit gegen einen Kutscher auf der Chaussee zwischen Spandau und Berlin verübt wurde, erinnert ein räuberischer Heberfall, welcher in der gestrigen Nacht auf der Landstraße zwischen Adlershof und Grünau stattgefunden hat. Ebenso wie bei dem damaligen Verbrechen hatten es zwei gefährliche Wegelagerer auf die einflussierten Geldsummen eines nach Berlin fahrenden Kutschers abgesehen. Das Opfer des Raubfalles, der Kutscher Habrecht, hatte für seine in der Reichsbergerstr. 38 schickliche Firma Hebel in den östlichen Vororten Waren abgeliefert und gleichzeitig auch beträchtliche Geldsummen einliefert. Als er abends in der zehnten Stunde mit seinem Fuhrwerk auf dem Heimweg begriffen, die Chaussee Adlgerstell passierte, tauchten zwischen Grünau und Adlershof im Dunkel der Nacht plötzlich zwei Gestalten auf, von denen sich die eine den Pferden in die Fessel warf und den Wagen zum Stehen brachte, während die andere auf das Fuhrwerk sprang und sich auf den Kutscher losstürzte. Er zog jetzt seinen Revolver und so es ihm nicht mehr möglich war, auf seinen Angreifer zu schießen, schlug er ihm die schwere Waffe ins Genick. Der Räuber fiel darauf vom Wagen herunter und der Kutscher sprang ihm nach, um ihn festzunehmen. In diesem Augenblick wurde er jedoch von hinten gepackt und am Halse gewürgt. Es war der zweite Räuber, der seinem Komplizen zu Hilfe gekommen war. Er, der sich jetzt in der bedrängtesten Lage befand, gab einen Schuß ab und die Ladung traf den zweiten Angreifer in den Fuß. Von Schmerzen gepeinigt, ließ der Täter jetzt von seinem Opfer ab und als der Kutscher weiter zu schießen drohte, flohen die Beiden in den nahen Forst. Es war ihnen nicht geblüht, die Geldtasche an sich zu reißen. Die Gendarmerie hat die Verfolgung der beiden Wegelagerer aufgenommen.

Mit dem Projekte einer elektrischen Straßenbahn Adlershof-Altglienicke beschäftigte sich eine Interessentenversammlung. Der Vorsitzende Herr Dr. Fackelmann betonte die Notwendigkeit einer Straßenbahnverbindung für die genannten Ortsteile, da die zurzeit den Verkehr vermittelnden Omnibusse, deren Einnahmen übrigens in kurzer Zeit von 400 auf 700 M. monatlich gestiegen sind, dem Bedürfnis nicht mehr genügen. Sollten sich weder der Kreis noch die Gemeinde zum Bau der Straßenbahn bereit finden, so wird ein Konsortium am Orte selbst die Bahn auf eigene Kosten bauen. Gemeindevorsteher Weidemann erklärte, daß erst durch Herstellung einer bequemen Verbindung die Wohlfahrtsvereinigungen der Gemeinde zur vollen Geltung kommen werden. Nach einer Vorbereitungszeit wird eine Jahresrechnung von 30 000 bis 40 000 M. zu erwarten sein, was einer Dividende von 9 M. entsprechen würde. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung der Interessenten des elektrischen Bahnbauens, größtenteils Haus- und Grundbesitzer, erklärt, daß im Interesse der Weiterentwicklung des Ortes mit dem Bau einer elektrischen Straßenbahn nicht länger gewartet werden könne, und richtet an den Landrat des Kreises Teltow das ergebenste Ersuchen, das schwebende Kreisbahnprojekt nach Möglichkeit zu fördern und zu beschleunigen. Sollte das genannte Projekt aus irgendwelchen Gründen nicht realisierbar sein, so erklärt die Versammlung, nach Kräften dazu beitragen zu wollen, daß eine Bahnverbindung Adlershof-Altglienicke aus Privatmitteln gebaut werde.“

Ober-Schöneweide.

Großes Aufsehen verursacht in Ober-Schöneweide die Verhaftung des Wäldersmeisters H. Auf die Anschuldigungen seiner eigenen Stief-tochter hin wurde H. gestern festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis zu Köpenick eingeliefert. Der Verhaftete steht unter dem Verdacht, sich gegen den § 174 des R.-Str.-G.-B. ver-gangen zu haben.

Rudow.

Sehr zum Verdruß unserer hiesigen Patrioten ist das Ver-fahren verlaufen, das aus Anlaß einer am 1. Mai an einem Telephonbrat schwelenden roten Fahne gegen einige hiesige Partei-genossen eingeleitet wurde. Nachdem einer Vorladung zum Amts-vorsteher eine Vernehmung beim Untersuchungsrichter gefolgt war, ist jetzt den beiden verdächtigten, allerdings ganz unschuldigen Ge-nossen vom Staatsanwalt die Mitteilung zugegangen, daß das gegen sie eingeleitete Verfahren eingestellt worden ist. Es war so schön gewesen!

Potsdam.

Die Aussperrungstaktik der Unternehmerverbände bildet das interessante Thema eines Vortrages, den Fernide-Berlin hier in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung hielt. An der Hand namentlich der letzten Vorgänge in Berlin während der Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie, legte der Referent die Entstehung, Ent-wicklung und die Gründe für die Verdrängung des Nierenkampfes dar. — In der Diskussion verles die bekannte Herr J. J. J. von den Hirsch-Dunderschen, die mit reichem Verfall belohnten Aus-führungen des Referenten in seiner bekannten Feinheitsmanier zu wider-legen. Nicht die Unternehmer trügen die Schuld an der Berliner Massenaußsperrung, sondern — die Führer des Metallarbeiterverbandes, die die Mitglieder „verbeht“ und „irreguliert“ hätten. . . . Der Gewerksverein dagegen scheue die Verantwortung, die Arbeiter dem Hunger zu überlassen und die sauer erworbenen „Arbeitergroßen“ zu vergewenden. . . . Als aber der gewerkschaftliche Wegelagerer auch noch die Partei und die „Vorwärts“-Affäre dafür verantwortlich machen wollte, daß die Hirsch-Dunderschen „föhnen Männer“ ihre eigenen und oftmals recht dunklen und schmutzigen Wege gehen, statt sich der freien, modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, die auf breiten Lichter Strahlen ihrem Ziele, der Befreiung der Arbeiterklasse, zustrebt. — da hatte die Geduld der Zuhörer ihren Höhepunkt erreicht. Die Genossen Staab und Fernide besorgten dem wüsten Geschimpfe des Hirsch-Dunderschen Musterknoten eine so gründliche und deutliche Abfuhr, daß er mit seinen getreuen Anhängern vom „Arbeitskreisverein“ und evangelischen „Arbeiterverein“ zerknirscht auf die stille Straße hinausging, wo im Dunkel der Nacht die im Abbruch befindlichen Wäldereierstöße ihnen ein beherzigendes memento mori zeigten. — Nach einem Hinweis auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen und der Aufforderung zur gewerkschaftlichen und politischen Organi-sierung schloß der Vorsitzende Ley die Versammlung mit einem Hoch auf den Metallarbeiter-Verband und die moderne Arbeiterbewegung

Berliner Nachrichten.

Die Beerdigung unseres verunglückten Genossen Otto Fürschel fand gestern nachmittag von der Leichenhalle des Schauhauses aus statt. Trotz des Wochentages hatten es sich viele Hunderte nicht nehmen lassen, dem für die Partei gestorbenen Braven das letzte Geleit zu geben. Da es unser preussischer Rechtsstaat belamlich nicht zuläßt, auf den Kirchhöfen der Religionsgemein-schaften lieber Toten noch einmal am Grabe zu ge-denken, widmete Genosse Waldebe Kanasse in der Leichenhalle des Schauhauses dem Verstorbene einen warmen Nachruf. In langem Zuge ging es hinaus nach Nieder-Schönhausen, wo auf dem Kirchhofe der Gethsemanegemeinde die Beisetzung stattfand. Viele Kranzspenden — so der Genossen von Berlin, der Redaktion des „Vorwärts“, des Genoss IX des Radfahrer-Verbandes

„Solidarität“, des Holzarbeiter-Verbandes, vieler Radfahrer-Ver-eine Berlins und der Vororte, seiner Arbeitsgenossen und so weiter — bewiesen den am Grabe trauernden Angehörigen, welcher Beliebtheit sich der in treuer Pflichterfüllung leider so früh Verstorbene bei seinen Genossen und Kameraden erfreute. Sehr mißfällig wurde bemerkt, daß bei der Niederlegung des Kranzes der Berliner Genossen der Kirchhofbeamte den Genossen Fischer mit den Worten unterbrach: „Es dürfen keine Reden gehalten werden.“ Jedenfalls dient ein derartiges Verfahren wenig zur Hebung des religiösen Gefühls, das von Pfaffen und Mndern sonst den arbeitenden Klassen so gern gepredigt wird. — Die Berliner Genossen werden das Andenken Otto Fürschels stets in Ehren halten.

Für 2000 M. Schuhwaren gestohlen. Ein großer Einbruchs-diebstahl ist in der gestrigen Nacht in dem Schuhwarengeschäft von B. Conrad, Frankfurter Allee 171, verübt worden. Mittels Nach-schlüssels hatten sich die Diebe in den Hausflur Eingang verschafft und von dort drangen sie in den Ladenraum ein. Die Einbrecher hielten dann fast sämtliche Kartons von den Regalen herunter, nahmen die Schuhe heraus und packten sie in großen Paletten zu-sammen. Die dreißigen Pirschen, die sich außerordentlich sicher fühlten, arbeiteten mit der größten Ruhe und vertauschten, bevor sie sich mit ihrer Beute entfernten, ihr altes Schuhzeug mit neuen Stiefeln. Auf dem Wege, den sie gekommen, entfernten sie sich dann unbemerkt. Der Einbrecherbande war eine Beute im Werte von etwa 2000 M. in die Hände gefallen.

Ein Diebediebstahl ist gestern in der Friedrich Karlstraße aus-gebrochen worden. In letzter Zeit waren in den äußeren westlichen Stadtteilen zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübt worden, wobei den Tätern reiche Beute in die Hände fiel. Die Kriminalpolizei ent-wickelte nach den Ueberebn der Einbrüche rege Nachforschungen und gestern gelang es ihr, in der Friedrich Karlstraße ein Diebediebstahl auszuheben und eine Reihe verdächtiger Personen festzunehmen, die zweifellos an der Ausführung der Diebstähle beteiligt waren. Auch bei einer Razzia in den Kaschemmen fielen den Beamten mehrere Individuen in die Hände, die in dem dringenden Verdacht der Mit-tätererschaft stehen.

Aus Liebe zur See hat der 13 Jahre alte Sohn Erwin des Vorortshändlers Edelmann heimlich die elterliche Wohnung in der Rosenthalerstraße 57 verlassen. Der Junge, der die 2. Klasse der Gemeindegemeinschaft in der Gipsstraße besuchte, las viele Räuber- und Indianergeschichten und legte sich in den Kopf, daß er Seefahrer und Weltumsegler werden müsse. Am Montag nahm er seine Spar-büchse mit 30 M. und fuhr nach Hamburg, während seine Eltern glaubten, daß er nach der Schule gegangen sei. Gestern schrieb er den Eltern aus Hamburg, daß er dort angekommen sei und daß sie, ihm die für die Seefahrt erforderlichen Papiere postlagernd zu senden. Der Vater aber sorgte dafür, daß die Hafenbehörden auf seinen abenteuerlustigen Sproßling aufmerksam gemacht wurden.

Durch einen Sturz aus dem Fenster des vierten Stocks tödete sich gestern morgen um 5 Uhr die 52 Jahre alte Schlosserfrau Emilie Albrecht, die nach dem Tode ihres ersten Mannes, eines Arbeiters, vor ungefähr einem Jahre den zweiten heiratete. Diese Ehe war unglücklich. Schon nach einem Vierteljahre verließ Albrecht seine Frau. Seitdem erhielt diese viele Geschäftsrechnungen, die sie ebenförmig bezahlen konnte wie die Stadtmiete auf dem Friedrich Karl-Platz in Charlottenburg. Während ihre erwachsenen Töchter noch schliefen, sprang sie gestern morgen in der Verzweiflung auf den Hof hinab und war sofort tot.

Verkrüht. Die Arbeiterfrau Judjinski aus der Wollmerstr. 60 wurde gestern nachmittag in der Küche in der ihr 3 Jahre alte Tochter Stanislaus umherließ. Hinter ihrem Rücken rih der Anabe eine Schüssel mit heißem Wasser, die neben der Kochmaschine stand, im Fallen um und verbrühte sich so schwer, daß ihn die Mutter schleunigst nach der Rettungswache nach der Hasenheide-Allee tragen mußte.

Bogelausstellung. Der Berliner Kanarienzüchter- und Vogelschm-verein E. B. veranstaltet in der Zeit vom 2. bis einsch. 5. De-zember d. J. in Wendts Brauereien, Königsgraben 14a, Ede Münz-strasse, seine XV. Allgemeine Kanarienzüchterausstellung, verbunden mit einer Ausstellung von Dampfsäfen, Erzeugen, zur Frucht und Pflege zu verwendenden Hilfsmitteln, Literatur usw. Die Ausstellung ist von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.

Theater. Im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-städtisches Theater) findet heute Freitag noch eine Aufführung von Grillparzers dramatischem Märchen „Der Traum ein Leben“ statt. Dieselbe Vorstellung wird am Sonntag nachmittag im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) wiederholt. Am Mittwoch, den 22. November (Vukstag) abends 8 Uhr wird, wie schon an-gekündigt, auf der Bühne des O.-Hanses eine Aufführung von Joseph Haydns „Schöpfung“ veranstaltet, in der unter anderem der Konzertführer A. H. Hagen-Müller mitwirken wird. — Apollo-Theater. Heute Freitag bleibt das Theater wegen Vorbereitung von „Prinzeß Rosine“ geschlossen. Morgen, Sonnabend, geht unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Linke die Komödie in Szene. Der Spezialitäten-Teil beginnt um 8 Uhr, „Prinzeß Rosine“ um 9 1/2 Uhr. — Im Zirkus Busch gelangt am Sonn-abend eine neue Kostümspektakel „Indien“ zum ersten-mal zur Aufführung. — Im Luisen-Theater gelangt morgen Freitag zum erstenmal „Ein Blitzmädel“ zur Aufführung. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen: Wille, Vogt, Hüffel, Milbisch, der Herren Kinkel, Niedaich, Majeroff, Feiner.

Gerichts-Zeitung.

Einbruch in das Steglitzer Hauptpostamt. Vor der fünften Strafkammer des Landgerichts II fand gestern die Verhandlung gegen die Brüder Girndt statt, die in der Nacht vom 30. Sep-tember zum 1. Oktober den Einbruch in das Steglitzer Hauptpostamt unternommen hatten. Die Anklage richtet sich gegen den Postboten Alfred Girndt und dessen älteren Bruder, Schlossergefellen Artur Girndt. Der Angeklagte wußte, daß zum Quartals-wechsel in der Postkasse immer bedeutende Geldsummen angehäuft liegen und darauf sah er den Plan, in Gemeinschaft mit seinem Bruder einen Einbruch auszuüben und die Postkasse zu berauben. Im Steglitzer Postgebäude hat des nachts immer ein Beamter Wächtdienst und Alfred Girndt sah ein, daß es nötig sei, sich des betreffenden Beamten zu vergewissern, wenn der Plan gelingen sollte. Er setzte sich deshalb mit dem in der Nacht zum 1. Oktober nachhabenden Postkassierer Eggelt in Verbindung, vertraute ihm den verbrecherischen Plan an und suchte ihn zur Teilnahme zu be-wegen, indem er ihm einen nicht unbedeutenden Teil der zu er-wartenden großen Beute — es waren in jener Nacht über 90 000 Mark in der Steglitzer Postkasse — versprach. Der Postkassierer ging zum Schein auf das Unternehmen ein, machte aber dem Post-direktor Anzeige und dieser sorgte dafür, daß die Einbrecher von der Polizei empfangen wurden. Die Kriminalpolizei schickte mehrere Beamte unter Leitung des Kriminalkommissars Hoffmann in das Postgebäude und in dessen Nähe. Zwischen den Brüdern Girndt waren die Rollen so verteilt worden, daß Artur Girndt den Ein-bruch verübte und Alfred Girndt inwischen Kupferstichscheibe ver-über sollte. Als der Einbrecher in das Postgebäude eingedrungen war, traten ihm die Polizeibeamten entgegen und es entwickelte sich nun zwischen ihnen und dem Einbrecher, der über ungewöhnliche Körperkräfte verfügt, ein wütender Kampf, und der wie ein Be-zugsweiser um sich schlagende Einbrecher schien alle Chancen zu haben, zu entkommen, da infolge des Verschens einer Lampe eine große Verwirrung entstand. Im Augenblick der größten Gefahr gab ein Kriminalbeamter zwei Schüsse ab, die den Erfolg hatten, daß nicht nur der Einbrecher am Kopf, sondern auch der Kriminal-kommissar Hoffmann durch eine Kugel an der Hand verletzt wurde. Artur Girndt wurde schließlich überwältigt und gefesselt. Alfred

Girndt, der braunen Schmiere gestanden, hatte, als er merkte, daß im Postgebäude eine unerwartete Störung eingetreten war, sich eiligst aus dem Staube gemacht; er wurde noch in derselben Nacht in seiner Wohnung, in seinem Bette liegend, verhaftet.

Artur Girndt ist 27 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder. Er ist bisher unbestraft, ebenso sein Bruder, der frühere Postbote, der 29 Jahre alt und ledig ist. Letzterer war, ehe er zur Post ging, Vädergeselle. Beide Angeklagten sind im all-gemeinen gehässig. Artur G. behauptet, daß sein Bruder der intellektuelle Urheber des ganzen Planes gewesen sei und gelagt habe, daß er vor allen Dingen sich des Postboten Eggelt versichern müsse, der des nachts den Wächtdienst habe. Der Angeklagte ver-sichert, daß er zuerst Bedenken gehabt habe, auf den abenteuerlichen Plan einzugehen, doch habe ihn die Not bebrüht und so habe er sich dazu verstanden. Seine Frau sei krank gewesen, er selbst habe unter der Aussperrung der Allgemeinen Elektrizitätswerke zu leiden ge-habt. Acht Tage vor der Ausführung des Planes habe er sich unter Führung seines Bruders die Posträume angesehen und kurz vor der Tat habe der Postbote Eggelt ihm gesagt, daß er in den Plan ein-geweiht sei und ihm alle Türen des Postgebäudes offen lassen würde, so daß er sich einschleichen und den Kasten, in welchem da-mals 90 000 M. aufbewahrt wurden, seines Inhalts berauben könne. Es sei verabredet worden, daß er die Hälfte des Geldes für sich behalten sollte und daß man das Geld zunächst vergraben wolle. — Alfred Girndt bestätigt, daß er den Gedanken an-gerogert hatte, die Postkasse zu berauben; er behauptet, daß Eggelt dem Plane günstig war und ihm gesagt habe, daß die Sache „tagel-los“ gehen würde. Es sei verabredet worden, daß Eggelt die Türen öffnen und Artur Girndt gewisse Manipulationen machen sollte, die den Anschein erwecken, als ob die Türen gewaltsam geöffnet worden seien. Alfred G. behauptet, daß er mit der Sache selbst nichts weiter zu tun gehabt habe und daß ihm auch nicht die Auf-gabe zugewiesen gewesen sei, Schmiere zu streichen. Am Abend der Tat habe er den Verdacht gehabt, daß Eggelt die Sache verraten haben könnte, der Verdacht sei aber wieder geschwunden, da Eggelt um 10 Uhr, als er den Briefkasten leerte und ihn sah, ihm sagte: er solle nur nach Hause gehen, denn die Sache würde von dem Bruder und ihm selbst schon gemacht werden. Er behauptet, es sei ihm dann nur darauf angekommen, seinen Bruder aufzufinden und ihm seine Bedenken, daß die Sache verraten sein könnte, mitzuteilen. Dies habe er auch getan, der Bruder habe aber gesagt, er würde ma-zusehen, ob wirklich Berrat geübt worden sei. Er selbst will darauf nach Hause gegangen sein und sich ruhig in das Bett gelegt haben.

Nach der Bekundung des Postinspektors Gerholz hatte der Postbote Eggelt ihm schriftlich um eine Unterredung unter vier Augen gebeten und ihm dann die Absicht des Einbruchs verraten und alle Einzelheiten des Planes mitgeteilt. Der Zeuge hatte den Einbruch, daß Eggelt die gute Absicht hatte, das geplante Verbrechen zu hintertreiben und die Schuldigen zur Bestrafung zu bringen. — Postbote Bruno Eggelt, 21 Jahre alt, bekundet, daß ihm der Postbote Girndt zwei Tage vor der Tat auf der Straße den Plan entwidelt habe. Er habe sich scheinbar darauf eingelassen, aber sofort die Absicht gehabt, die Sache dem Postinspektor zu verraten. Bei der Vernehmung mit den beiden Angeklagten habe er allerdings so ge-tan, als ob er der Dritte im Bunde sein wollte. Alfred Girndt habe sich sehr lebhaft an der Erörterung beteiligt und den Plan an einem Baum in der verlängerten Sedanstraße bezeichnet, wo das zu raubende Geld vergraben werden sollte, ebenso das Ge-wässer, in welches der Bruder das Handwerkszeug werfen sollte. Gleich am nächsten Tage habe er, Zeuge, die ganze Sache dem Post-inspektor mitgeteilt. Verabredetermaßen habe er in der Nacht zum 1. Oktober Punkt 12 Uhr die Tür geöffnet und den Artur G. ein-gelassen. Er brachte ihn zunächst in einen Keller, und nach der Verabredung sollte ihm durch dreimaliges Auftreten mit dem Fuße das Zeichen gegeben werden, daß alles in Ordnung sei. Als dies Zeichen gegeben war, kam Artur G. heraus und ging gleich in den Schalteraum, dessen Tür der Zeuge unbemerkt hinter ihm zu-schloß. Als Artur G. dabei war, eine Holzstift von dem Postkasten-behälter abzapfen, trat der Postdirektor und mehrere Kriminal-beamte in die Erscheinung. Da die mitgebrachte Laterne ausging entwickelte sich im Dunkeln ein hartnäckiger Kampf mit dem Ein-brecher, wobei auch die beiden Schäfte fielen. Die Situation war so verwirrt, daß der Zeuge Eggelt einen Kriminal-beamten packte und des Glaubens war, den Ein-brecher festzuhalten; Eggelt selbst ist wieder irtümlich vor einem Beamten gepackt und an der Gurgel gewürgt worden. Der Zeuge gibt auf Ver-fragen der Verteidigung zu, daß er dem Alfred G. gesagt habe: er könne ruhig nach Hause gehen, er habe den besten Teil erwischt, denn ihm falle das Geld sehr bequem in den Schoß. Der Zeuge gibt weiter die Möglichkeit zu, dem Artur G. den Vorschlag gemacht zu haben, nach vollbrachter Tat ihm einen Schlag gegen den Kopf zu geben, damit der „Einbruch“ wahrscheintlicher ausfalle. — Die Aussagen des Anklägers Grunwald sowie des Polizei-kommissars Hoffmann betreffen die Einzelheiten der Festnahme Grunwalds beim in der Verwirrung „von einem von der Post“ einen Schlag auf den Kopf und gab den ersten Schuß ab. Im weiteren Verlaufe des Vortrags in der Dunkelheit hatte Grunwald das Reich, wieder von dem Post-direktor gepackt und geschlagen zu werden; dabei ist dann der zweite Schuß losgegangen, der den Angeklagten Artur G. am Kopfe traf. Der Zeuge Grunwald ist von den ver-schiedensten Personen geschlagen, auch ist ihm das Zeug vom Leibe gerissen worden. — Der Staatsanwalt betrat die Ansicht, daß der Zeuge Eggelt keineswegs eine Art Anstifter gewesen und die Mitteilungen an den Postinspektor aus Pflichttreue gemacht habe und nicht etwa um sich liebes Kind zu machen. Der Staats-anwalt hielt beide Angeklagte in gleichem Maße für schuldig und beantragte je zwei Jahre Gefängnis. Die Verteidiger machten einige Momente geltend, die zu einem milderen Urteil führen könnten. Die beiden Angeklagten hätten sicher nicht den Plan bis zum Beginne der Tat reifen lassen, wenn sie nicht durch das Verhalten des Eggelt zu der Lieberzeugung gekommen wären, daß sie in ihm einen Förderer des Planes und willfährigen Helfer gefunden hätten.

Das Urteil lautete gegen Artur Girndt wegen versuchten schweren Diebstahls und gegen Alfred Girndt wegen Anstiftung auf je zwei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof billigte beiden mildernde Umstände zu, da sie durch das Verhalten des Zeugen Eggelt in ihrem Vorhaben wesentlich befrücht worden seien. Ohne Zubilligung mildernder Umstände würde nach den Urteils-gründen mit Rücksicht auf die Reue und die Gefährlichkeit des Unternehmens die Strafe viel höher ausgefallen sein. Wegen Nichtausnahme einer Verurteilung war der Genosse Rehebein, der in diesem Sommer dem „Vorwärts“ vertretungs-weise verantwortliche zeichnete, kürzlich vom Schöffengericht frei-geprochen worden. Es handelte sich um eine Verurteilung der Bessensirchner Bergwerks-Aktiengesellschaft bezüglich eines Artikels über das bekannte Gelsenkirchener Grubenunglück, die den Er-fordernissen des § 11 des Preßgesetzes nicht entsprach. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Ver-urteilung wurde gestern von der Strafkammer indessen aus dem formellen Grund verworfen, daß Rehebein diejenige Nummer, in die jene Verurteilung zeitlich gleich hätte einmischen können, gar nicht mehr verantwortlich gezeichnet hat und die Staats-anwaltschaft nicht nachgewiesen hatte, daß der Angeklagte etwa in der Lage war, die Ausnahme der Verurteilung rechtzeitig oder über-haupt zu erwirken.

Verurteilung. Die wegen Unterschlagung von Gewerkschafts-geldern gegen den Schmieß Friedrich Petri in Rixdorf erkannte Strafe beträgt nicht drei Monate, sondern drei Wochen Gefängnis.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. B. W.) Hamburg, 15. Nov. Berlin 4. Sonnabend, den 18. November, der Verlosung, Andreastraße 20: Mitglieder-Versammlung, Tagesordnung: Rahmengericht pro Ueber und Verleumdung.